



*Sarkis Latchinian*

RLS-Sachsen

## ANPUNKT NAHOST

RLS-S

Lebanon und Israel –

R02

hundertkonflikt und wie weiter?

-29

.2002

Bibliothek  
Leipzig

Leibniz-Stiftung Sachsen e. V.

*Sarkis Latchinian*

## **BRENNPUNKT NAHOST**

**Palästinenser und Israel –  
ein Jahrhundertkonflikt und wie weiter?**

# TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
herausgegeben von  
Lutz Höll, Klaus Kinner, Wolfgang Scheler und Ernst Wurl

Heft 29



ISBN 3-89819-106-0

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

*Harkortstraße 10*

*04107 Leipzig*

*Telefon: (0341) 9 60 85 31*

*Telefax: (0341) 2 12 58 77*

*RosaLuxemburg-Stiftung.Sachsen@t-online.de*

Redaktion: Peter Hamann

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

## **Inhalt**

Vorwort .....	5
<b>I. Von den Anfängen des Zionismus bis zur Entstehung des Staates Israel .....</b>	<b>7</b>
1. Zionismus – die geistige Grundlage des Staates Israel .....	7
2. Praktische Umsetzung des zionistischen Anspruchs »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« .....	12
3. Die israelisch-arabischen Kriege .....	23
<b>II. Die palästinensische Gesellschaft zwischen nationaler Befreiung und Aufbau eines eigenen Staates .....</b>	<b>32</b>
1. Zur palästinensischen nationalen Bewegung und ihren Komponenten .....	32
2. Die erste Intifada .....	42
3. Der Osloer Friedensprozess .....	43
4. Die zweite Intifada .....	51
<b>III. Die brennendsten Probleme des israelisch- palästinensischen Konflikts und Lösungsansätze .....</b>	<b>64</b>
1. Das Recht auf einen palästinensischen Staat .....	64
2. Das Jerusalem-Problem .....	67
3. Abbau der israelischen Siedlungen .....	74
4. Das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr .....	78
5. Gerechte Verteilung der Wasserressourcen notwendig .....	82
Schlußbemerkung .....	85
Zum Autor .....	86



## Vorwort

Zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan leben zwei zahlenmäßig annähernd gleich große Völker, Palästinenser und Israelis, deren Koexistenz in Frieden die Grundbedingung ist für die dauerhafte Beendigung eines Jahrhundertkonflikts.

Seit September 2000 dauert nun der zweite Aufstand, die »Intifada«, der Palästinenser an. Er hat demonstriert, dass Sicherheit niemals nur durch militärische Stärke zu erzielen ist. Auch angesichts der schrecklichen Ereignisse des 11. September 2001 in New York und Washington ist das Gebot der Stunde an Israelis und Palästinenser, sich von der Eskalation der Gewalt zu verabschieden.

Während Israel der militärisch stärkste Staat der Region ist, bleiben die Palästinenser noch immer ein Volk ohne Staat unter israelischer Besatzung. Unter diesen ungleichen Bedingungen schürt die unverhältnismäßig brutale Gewalt der militärischen Übermacht Israels immer mehr die Gegengewalt des Widerstands eines um seine nationale Würde und sein Recht auf souveräne Staatlichkeit kämpfenden Volkes.

Der sogenannte Osloer Friedensprozess (ab 1993) musste unter diesen für die Kontrahenten ungleichen Bedingungen unweigerlich scheitern.

Vorliegende Schrift eines gebürtigen Libanesen armenischer Abstammung und eines Zeitzeugen, der seit über 60 Jahren den israelisch-palästinensischen Konflikt begleitet und jahrzehntelang erforscht hat, verfolgt das Ziel, diesen Konflikt als zentrales weltpolitisches Thema verständlich zu machen.

Dazu wird in einem ersten und zweiten Teil die Aufgabe angegangen, das Knäuel von Problemen zu entwirren, an dem sich die Geister wie an keinem zweiten scheiden. Das sind vor allem die ethnischen, historischen, sozialen und politischen Hintergründe des Konflikts. Nicht zu umgehen sind dabei Phänomene wie der Zionismus und der Antisemitismus einerseits und die palästinensische Befreiungsbewegung andererseits, deren Behandlung uns zu den Wurzeln des Konflikts führt. Beleuchtet wird weiter dessen Forcierung infolge der systematischen Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Land, der Einwanderung der Juden nach Palästina, der durch Israel betriebenen Besatzungs- und Siedlungspolitik, die alle unter ein und demselben Anspruch des Zionis-

mus stehen: »Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land.« Die folgerichtige weitere Verschärfung dieses Konflikts wird schließlich in der Untersuchung des verratenen Friedensprozesses sichtbar gemacht.

Ein dritter Teil der Arbeit ist dem Komplex der konkreten, im Osloer Friedensprozess bisher tabuisierten Streitfragen gewidmet, ohne deren kompetente Schlichtung und gerechte Lösung unter Beteiligung der internationalen Gemeinschaft, arabischer und anderer involvierter Staaten kein Frieden im Nahostkonflikt zu erwarten ist.

## I. Von den Anfängen des Zionismus bis zur Entstehung des Staates Israel

### 1. Zionismus – die geistige Grundlage des Staates Israel

Das jüdische Siedlungsprojekt in Palästina nahm historisch bereits 1882 mit dem Bau von Rishon le Zion seinen Anfang. Doch das politische Programm-Buch dazu, *Theodor Herzls* »Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage«, erschien erst Anfang Februar 1896 in Wien und wurde wenig später auf dem Ersten Zionistenkongress 1897 in Basel der Öffentlichkeit vorgestellt.

Was ist eigentlich Zionismus?

Unter dem Zionismus ist im Sinne einer Arbeitsdefinition ein Komplex mythisch-historischer Vorstellungen zu verstehen, der sich auf die alttestamentarisch belegte göttliche Auserwähltheit »der Kinder Israel« beruft, die nach der Flucht aus der ägyptischen Fronherrschaft um den Berg Zion im Land Kanaan ihre Heimat begründeten und gegen andere, ursprünglich hier siedelnde Völkerschaften behaupteten. Die Auserwähltheit des jüdischen Volkes, dessen Heimatanspruch und die Anfeindung durch andere Völker wurden zu Leitlinien der gleichnamigen politischen Bewegung und späteren quasi-offiziellen Staatsdoktrin Israels.

Die Vordenker des Zionismus, *Moses Hess* und *Leo Pinsker*, hatten in ihren Schriften<sup>1</sup> 1862 bzw. 1882 den Aufbau eines eigenen Staates der in der Welt verstreut lebenden Juden gefordert: Ersterer sah ihn in ihrem »angestammten« Land Palästina und der Zweite schlug vor, das dafür benötigte Land irgendwo durch einen Nationalkongress als Nationalgut zu beschaffen.

Inzwischen hatte nach der oben erwähnten Gründung der ersten jüdischen Siedlung in Palästina (1882) die Einwanderung von jüdischen Siedlern aus Ost- und Südosteuropa nach Palästina stark zugenommen. Sie wurde organisiert und finanziert durch jüdische Unternehmerkreise um den Multimillionär *Lord Rothschild* mit dem Ziel, dem jüdischen

---

1 Moses Hess: Ausgewählte Schriften. Köln 1962; Leo Pinsker: Autoempanzipation. Berlin 1917.

Volk eine Heimstatt zu schaffen. Der Erste Zionistische Kongress von Basel, Ende August 1897, sanktionierte die Geburt dieser Heimstatt, indem er für das »jüdische Volk« eine »offiziell anerkannte und juristisch gesicherte Heimstatt« forderte und für »die Kolonisierung Palästinas durch jüdische Landarbeiter, Handwerker und Ausübende anderer Professionen« plädierte.

*Theodor Herzl* fasst diesen Kongress folgendermaßen zusammen: »In Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Wenn ich das heute laut sagte, würde mir ein universelles Gelächter antworten. Vielleicht in fünf Jahren, jedenfalls in fünfzig wird es jeder einsehen.«<sup>2</sup> Und tatsächlich 51 Jahre nach dem Ersten Baseler Zionistenkongress und weiteren 21 Kongressen des Zionismus hat *Ben Gurion* in seiner Eigenschaft als erster Ministerpräsident in Palästina den jüdischen Staat Israel ausgerufen, den *Theodor Herzl* erdacht hatte.

»Herzl und Ben Gurion, das klingt wie Theorie und Praxis, wie Vergangenheit und Gegenwart, wie Denkmal und lebendiger Mensch«, stellt der Zionismusforscher *Joachim Schlör*<sup>3</sup> fest.

Unbestritten stellt der Zionismus den geistigen Ursprung sowie die ideelle und politische Grundlage des Staates Israel dar, ungeachtet dessen, dass er in der Fachliteratur sehr kontrovers diskutiert wird.

So konstatierte *Joachim Schlör*: Die UNO-Resolution von 1975, in der das »rassistische Wesen des Zionismus« verurteilt wurde, ist zurückgezogen, aber sie wirkt nach... »Das Verhältnis der Juden zum Land – und, daher abgeleitet und darauf bezogen, die Beziehungen aller jüdischen Gemeinden zu allen Orten ihrer Anwesenheit in der Zeit – ist das Grundthema, vor dessen Hintergrund der Zionismus seine Funktion hat: sonst bliebe er unverständlich.«<sup>4</sup>

Nach *Schlomo Avineri* ist »der Zionismus [...] nicht einfach die Reaktion eines Volkes auf seine Verfolgung. Er steht für die Suche nach Freiheit und Selbstbestimmung unter den modernen Bedingungen von Säkularisierung und Liberalismus. Er ist darum ebenso sehr Teil der

---

2 Theodor Herzl: Briefe und Tagebücher. Hrsg. von Alex Bein, Hermann Greive, Moshe Schaerf, Julius H. Schoeps. Bd. 2. Zionistisches Tagebuch 1895–1899, bearb. v. Johannes Wachten und Chaya Harel. Berlin, Frankfurt am Main, Wien 1983. S. 538 (Eintragung vom 3. September 1897).

3 Siehe Joachim Schlör: Die Idee eines Israel in Palästina. Hundert Jahre Zionismus. Eine Bilanz? In: Neue politische Literatur. Frankfurt am Main, Berlin, Bonn. (1999)1. S. 11.

4 Ebenda, S. 12 und S. 15.

jüdischen Geschichte von Zertrennung und Rückkehr wie der universellen Geschichte der Befreiung und Suche nach einer eigenen Identität.«<sup>5</sup>

*Dan Diner* beschreibt die »Zionistische Bewegung« als eine »frühe Reaktion auf die Ahnung einer fehlgeleiteten Emanzipation der Juden in Europa«<sup>6</sup>. Der Historiker *Moshe Zimmermann* spricht vom »hyperaktiven« Zionismus, »der im Handeln und im immer schnelleren, dringenderen Handeln sich selbst rechtfertigte, spätestens seit 1967 [gemeint ist der Sechs-Tage-Krieg Israels vom 5.–10. Juni 1967 gegen die PLO, Ägypten und Syrien – S.L.] den Staat Israel in eine tiefe Krise geführt hat; – nicht »Altneuland«, nach *Herzls* Romantitel, wäre Israel deshalb heute, sondern, nach dem älteren Theaterstück des gelehrten Schriftstellers *Herzl*: »Das neue Ghetto«<sup>7</sup>.

Nach *Nahum Goldmann*, einem der Begründer des Zionistischen Weltkongresses, besteht eine Wechselwirkung zwischen der Entwicklung der israelischen Gesellschaft und der des arabisch-israelischen Konflikts. Der Zionismus habe eine solche Unterstützung und moralische Legitimation erfahren, ohne die die jüdische Gemeinschaft Palästinas sich zweifelsohne nicht hätte als Staat bilden und die Unterstützung von zwei Dritteln der UNO-Mitgliedsstaaten erlangen können.<sup>8</sup>

Die Gründung des Staates Israel jedoch ursächlich mit der Notwendigkeit zu koppeln, die Juden Europas vor der physischen Vernichtung zu retten, hält er für ahistorisch und unwahr. Denn an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Europa geschmiedet, habe der Zionismus bereits lange Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zur Eroberung Palästinas angesetzt, zu einer Zeit also, wo sich eine bessere Lösung für die Rettung der Juden Osteuropas anbot als die der systematischen Eroberung eines fernen Landes, mit dem Ziel der Errichtung eines Staates in den Grenzen eines bereits existierenden Staates, Palästinas. Bis 1924 standen doch Tür und Tor der USA weit offen für die aus Osteuropa geflohenen 2.400.000 Juden, von denen lediglich 60.000 den Weg nach Palästina nahmen und zum großen Teil das Land wegen der Schwere der Lebensbedingungen wieder verließen. Der harte Kern der Gründer Israels

5 Siehe Schlomo Avineri: Profile des Zionismus. Die geistigen Ursprünge des Staates Israel. 17 Portraits. Gütersloh 1998. S. 27.

6 Siehe Joachim Schlör: Die Idee eines Israel in Palästina. S. 22.

7 Siehe Moshe Zimmermann: Das neue Ghetto. Der »hyperaktive« Zionismus hat den jüdischen Staat in eine Sackgasse geführt. In: »Der Tagesspiegel«. Berlin vom 21. August 1997. S. 3.

8 Nahum Goldmann: Israel muß umdenken! Die Lage der Juden 1976. Mit einem Gespräch zum deutsch-jüdischen Verhältnis. Reinbek 1976. S. 15.

stammt aus einigen Tausend Jugendlichen, die damals in Palästina ausharrten und so dem zionistischen Projekt zum Erfolg verhalfen.<sup>9</sup>

*Ben Gurion*, der schon 1922 an der Spitze des Zionismus und des sich in Marsch befindlichen Staates stand, erklärte unzweideutig: »Die einzige Sorge, die unsere Aktion drückt und beherrscht, ist die Eroberung unseres Landes und seine Aufrichtung durch eine enorme Einwanderung. Alles andere ist Rhetorik.«<sup>10</sup>

Für *Zeev Sternhell* »ist der ganze Zionismus nichts anderes als eine klassische Variante dieses abgeschotteten Nationalismus, der in Europa am Ende des Jahrhunderts auftrat, während der liberale Nationalismus, geboren aus der Aufklärung und der französischen Revolution, sich auf dem Rückzug befand«.<sup>11</sup>

Dieser jüdische Nationalismus unterschied sich kaum vom zentral- und osteuropäischen vornehmlich slawischen Nationalismus, der den Kult der heroischen Vergangenheit zelebrierte. Er hatte keine Skrupel, anderen Völkern dieselben elementaren Rechte zu verweigern, die er mit stoischer Ruhe für sich reklamierte. Auf seinem guten Recht beharrend, das ganze antike Land der jüdischen Könige und Propheten zu beanspruchen, war der Zionismus nicht willens sich vorzustellen, dass im Lande der Bibel möglicherweise auch noch ein anderes Volk mit Rechtsanspruch existierte.

*Nahum Goldmann* brandmarkte selbst die Idee zur Errichtung eines »Judenstaates« im »Land der Väter«, die in das Zentrum zionistischer Programmatik gerückt worden war: »Stellen Sie sich vor«, schreibt er, »was geschehen würde, wenn alle Völker der Welt die Gebiete zurückverlangten, die ihnen zweitausend Jahre zuvor gehört hätten. Können Sie sich das Chaos vorstellen?«<sup>12</sup>

Dass Palästina von Arabern besiedelt war, ignorierten führende Zionisten, vor allem *Theodor Herzl*, der in keiner seiner Reden auf den Zionistenkongressen die Araber auch nur ein einziges Mal erwähnte und die von *Israel Zangwill* geprägte Formel verteidigte: »Gebt das Land ohne Volk dem Volk ohne Land«<sup>13</sup>. Im Zusammenhang mit dieser For-

---

9 Siehe *Zeev Sternhell*: *Du sionisme au postsionisme* (vom Zionismus zum Postzionismus). In: *Le Monde diplomatique*. Manière de voir. Paris. Novembre-Décembre 2000. S. 34.

10 Ebenda.

11 Ebenda. S. 35.

12 *Nahum Goldmann*: *Das jüdische Paradox. Zionismus und Judentum nach Hitler*. Köln, Frankfurt am Main 1978. S. 124.

13 Siehe *Martin Robbe*: *Zionismus ohne Mythen? Fragen nach seiner Konflikt- und Wandlungsfähigkeit*. In: *Marxistische Blätter (Special)*. Essen. Juli–August 2001. S. 48.

mel sprach der führende Zionist *Nahum Goldmann* von zwei Unwahrheiten, die in der, wie er sagt, Ignoranz der Zionisten zusammenkamen: »Estens war Palästina kein Land ohne Volk, da Hunderttausende von Arabern dort lebten; ferner waren die Juden kein Volk ohne Land, denn die assimilierten Juden waren gute Franzosen, gute Engländer und gute Deutsche«. <sup>14</sup> Die Gesamtbevölkerung Palästinas betrug in den Jahren 1914–1915 725.143 Personen, davon 602.377 Muslime, 38.754 Juden und 84.012 Christen. Nach anderen Angaben betrug die Zahl der Juden 60 bis 80.000. <sup>15</sup>

Der israelische Publizist und Politiker *Uri Avnery* stellte in diesem Zusammenhang fest: »der Zionismus hatte zum Ziel, einen Staat für die Juden zu errichten: sie sollten zum ersten Mal nach Tausenden von Jahren Herren ihres eigenen Geschicks sein. Bei der Verfolgung dieses Ziels ließ der Zionismus völlig die Bevölkerung außer acht, die in dem Land lebte. Ihm schwebte ein homogener Nationalstaat vor, entsprechend dem europäischen Modell des ausgehenden 19. Jahrhunderts, ohne Nicht-Juden oder zumindest mit so wenigen Nicht-Juden wie möglich«. <sup>16</sup>

Zur Erreichung dieses angestrebten Ziels schreckte der Zionismus nicht einmal davor zurück, Hitler zu instrumentalisieren. So zitierte Ben Gurions Biograph *Shabtei Teveth* den Gründer des israelischen Staates: »Es liegt in unserem Interesse, Hitler [...] für die Errichtung unseres Landes auszunutzen [...] je härter das Leid, desto größer die Stärke des Zionismus.« <sup>17</sup>

Der Zionismus bedient sich zugleich des Antisemitismus. Die leise-  
ste Kritik am Zionismus, an seinem kolonialistischen Projekt »ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land« reicht völlig aus für den Antisemitismusvorwurf. Weil auch Antisemiten den Zionismus kritisieren? Der moralisierende Begriff »Antisemitismus« wird durch den Zionismus politisch funktionalisiert, indem er bewusst mit dem Antizionismus gleichgesetzt wird. Einen *Simcha Flapan*, *Nahum Goldmann* oder *Victor Klemperer* kann und darf man aber nicht des Antisemitismus bezichtigen, wenn sie sich dem Zionismus gegenüber kritisch verhalten

---

14 Nahum Goldmann: Das jüdische Paradox, S. 124.

15 Siehe Gerard D. Khoury, zitiert nach Henry Laurens: La Question de Palestine. L'invention de la Terre Sainte. Paris 1999. In: Revue d'études Palestiniennes (77) 25, nouvelle série automnee. Beyrouth 2000. S. 90.

16 Uri Avnery: Das Recht auf Rückkehr. In: Marxistische Blätter (Special): Israel, die Palästinenser und wir. Essen 4-01, Juli–August 2001. S. 78.

17 Shabtei Teveth: Ben Gurion: The Burning Ground. 1886–1948. Boston 1987. S. 850.

und trotz ihrer jüdischen Abstammung negative Züge des Zionismus öffentlich anprangern. Den Antizionismus einer *Felicia Langer*, eines *Peter Scholl-Latour* oder eines *Uri Avnery* darf man nicht als »anti-jüdisch«, »antiisraelisch«, »antisemitisch« abstempeln, weil sie sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen. Die erbärmliche Lage von Millionen palästinensischer Flüchtlinge zu beklagen, hat mit Antisemitismus nichts zu tun. Wohl aber mit den Praktiken des Zionismus, der von seinen Anfängen an mit der biblischen Vorstellung des von »Gott auserwählten Volkes von Zion« eine ethnisch diskriminierende Komponente aufwies, wie alle anderen nationalistischen Projekte auch. Deshalb ist die Hinterfragung des Zionismus zwar »antizionistisch«, nicht aber per se antisemitisch, wie der Zionismus es behauptet und dies sogleich zu instrumentalisieren trachtet. Auch antiisraelisch ist man noch lange nicht, wenn man das Massaker am palästinensischen Dorf von Deir Jassin durch jüdische Militäreinheiten mit dem der Nazis in Oradour-sur-glâne oder Lidice während des Zweiten Weltkrieges vergleicht.<sup>18</sup> Auch antisemitisch ist man deshalb nicht. Deir Jassin gehört nun mal zur Geschichte, ob man es will oder nicht. Das Massaker in Deir Jassin gehört zur Zeitgeschichte, wie Lidice, wie der Holocaust auch. Unbestritten treibt der Antisemitismus seine Sumpfbüten weiter nach dem Holocaust und der Zerschlagung Nazideutschlands, nunmehr im vereinten Deutschland und andernorts in der Welt. Diese beschämende Realität der deutschen Neuzeit mit den Abermillionen jüdischen Opfern darf jedoch nicht instrumentalisiert werden, um die geschichtlichen Wurzeln der Geschehnisse im Palästina-Konflikt zu verschleiern und diese nur auf den Holocaust und den Antisemitismus zu reduzieren. Dies zu artikulieren ist nicht antisemitisch, geschweige denn antiisraelisch oder anti-jüdisch.

## 2. *Praktische Umsetzung des zionistischen Anspruchs* *»Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land«*

Zur praktischen Umsetzung des zionistischen Anspruchs in Palästina schlug einer der Vordenker des Zionismus, *Israel Zangwill* in seiner Schrift »The Voice of Jerusalem« Anfang der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts vor, »die eingesessenen Stämme entweder mit dem Schwert zu

---

<sup>18</sup> In dem am 9. April 1948 von zionistischen Kampfgruppen organisierten Massaker wurden alle 250 Bewohner des nahe Jerusalem gelegenen Dorfes Deir Jassin Männer, Frauen und Kinder bestialisch ermordet.

verjagen, wie das unsere Vorfahren getan haben, oder mit dem Problem zu kämpfen, das eine große, fremde Bevölkerung darstellt.«<sup>19</sup> Zuvor hatte schon *Theodor Herzl* weitgehende Überlegungen angestellt, wie Palästina, die angestrebte Heimstatt für das jüdische Volk, in klassisch-kolonialer Manier in »ein Land ohne Volk« zu verwandeln wäre: »Die arme Bevölkerung«, schrieb er, »trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchgangsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern. Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muß – ebenso wie die Fortschaffung der Armen – mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen. Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über dem Wert zu verkaufen, aber zurück verkauft wird. ihnen nichts.«<sup>20</sup> *Theodor Herzls* Versuch, den türkischen Sultan zu überreden, Palästina den Juden zu verkaufen, war nämlich gescheitert. *Herzl* hatte ihm dafür eine Unterstützung der Jüdischen Bank versprochen, um die finanziellen Probleme des in die Krise geratenen Osmanischen Reiches zu regeln. Sultan *Abdulhamid* war unnachgiebig: »Die Juden sollten lieber ihre Milliarden sparen«, entgegnete er. »Wenn mein Land zerstückelt wird, können Sie Palästina für nichts haben. Zergliedert wird aber unser Kadaver: ich werde einer Vivisektion nicht zustimmen.«<sup>21</sup>

*Ben Gurion*, späterer erster Ministerpräsident Israels und einer der prominentesten Führer des Zionismus, sprach bereits 1937 unumwunden und im Stile eines Eroberers über das Ziel der jüdischen Besiedlung Palästinas: »Das Land ist in unseren Augen nicht das Land seiner jetzigen Bewohner... Wenn man sagt, daß Eretz Israel, das Land zweier Nationen sei, so verfälscht man die zionistische Wahrheit doppelt... Palästina muß und soll nicht die Fragen beider Völker lösen, sondern nur die Frage eines Volkes, des jüdischen Volkes in der Welt.«<sup>22</sup>

Alle drei Vordenker des Zionismus, *Israel Zangwill*, *Theodor Herzl* und *David Ben Gurion* stimmen der einheitlichen Konzeption zu, die erstens die palästinensische Anwesenheit in Palästina überhaupt in Frage stellt, zweitens die Idee einer möglichen Teilung Palästinas zwischen Juden und Palästinensern von vornherein ausklammert und drittens den Palästinensern jedwedes Präsenz- noch Existenzrecht in ihrer ursprüng-

19 Israel Zangwill: *The Voice of Jerusalem*. London 1920. S. 88.

20 Theodor Herzl: *Tagebücher*. Bd. 1. Berlin 1922. S. 98.

21 Siehe Gérard D. Khoury, zitiert nach Henry Laurens: *La Question de Palestine. L'invention de la Terre Sainte*. Paris 1999. S. 91.

22 David Ben Gurion: *Zionistische Außenpolitik*. Berlin 1937. S. 28.

lichen Heimat verweigert. Die Grundlage dafür liefert die zionistische Geschichtsinterpretation, wonach nicht die Palästinenser, sondern die Juden die Ureinwohner Palästinas gewesen seien. Die Palästinenser würden nach diesem Verständnis aus irgendeinem der arabischen Staaten gekommen sein.

Von eminenter Tragweite für die praktische Umsetzung des zionistischen Anspruchs »Dem Volk ohne Land das Land ohne Volk« war die unbestrittene Zusammenarbeit maßgeblicher Vertreter des Zionismus mit Großbritannien, das bis 1947 als Mandatsmacht in Palästina wirkte und den zionistischen Anspruch mit allen Mitteln unterstützte, wenngleich sich dabei die Motivationen der Partner unterschieden. Großbritannien strebte zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Prozess der Aufteilung der Welt in Einflussphären die Konsolidierung seiner Vorherrschaft im erdölreichen nahöstlichen arabischen Raum gegenüber den anderen Großmächten an. Die Zionisten beabsichtigten die Schaffung eines eigenen Staates in Palästina auf Kosten des eingeborenen palästinensischen Volkes. Sie gingen dabei von den folgenden Grundpositionen aus: Erstens die Judenfrage sei eine nationale Frage, denn die Juden seien ein Volk und nicht nur eine Religionsgemeinschaft; zweitens der Antisemitismus stelle eine latente Gefahr für die Juden dar, die sie einigen müsse, um besser gegen diese Gefahr anzukämpfen; und drittens, Palästina sei immer die Heimstatt des jüdischen Volkes gewesen und müsse deshalb den künftigen Judenstaat beheimaten.

Großbritannien und der Zionistische Weltkongress waren sich darin einig, dass der Erfolg des eigenen Kolonialanspruchs im wesentlichen von der zielstrebigem Spaltung der arabischen Welt abhänge. Dafür leistete die Kolonialmacht Großbritannien erfolgreich den Löwenanteil an diplomatischer »Überzeugungsarbeit« sowie an politischem Druck gegenüber den ihr partnerschaftlich gesinnten arabischen Potentaten.

Ihren historischen Höhepunkt erreichte diese Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und dem Zionismus mit dem berühmt-berüchtigten Brief des damaligen britischen Außenministers *Lord Arthur James Balfour* vom 2. November 1917 an den britischen Zionistenführer *Lord Rothschild*, bekannt geworden unter dem Namen »Balfour-Deklaration«. *Lord Balfour* versprach *Rothschild* im Namen der britischen Regierung Unterstützung bei der Errichtung einer Heimstatt für Juden in Palästina. Großbritannien hatte seit Anfang 1917 versucht, vom Völkerbund das Mandat über Palästina zu erlangen unter Umgehung der Bestimmungen des französisch-britischen Vertrages von Sykes-Picot über die Einflussphären im Nahen Osten.

*Lloyd George* war persönlich geneigt, diesen Vertrag in Frage zu stellen und Palästina unter britischer Kontrolle zu haben. Im Gegenzug war er bereit, Syrien Frankreich zu überlassen. So sollte es auch geschehen. Unterstützt durch *Lloyd George* sollte *Sir Marc Sykes* eine wesentliche Rolle bei der Redaktion der Balfour-Deklaration spielen, für den andererseits der Zionistenführer *Chaim Weizmann* eine wichtige Stütze wurde.<sup>23</sup>

Dieses offizielle Angebot *Balfours* wurde vom Weltkongress des Zionismus als Freibrief zur Gründung eines jüdischen Staates in Palästina interpretiert. Mit dieser Erklärung hat Großbritannien das Schicksal der einheimischen palästinensischen Bevölkerung der zionistischen Kolonisierung preisgegeben und die Rechte der hier über mehr als 13 Jahrhunderte hindurch beheimateten Palästinenser mit Füßen getreten, die 90 Prozent der Bevölkerung stellten und 97 Prozent des Landes besaßen.

Durch die Balfour-Deklaration wurde für die Palästinenser die Logik der Dekolonialisierung im Zuge des Zerfalls des Osmanischen Reiches unterbrochen. Die Palästinenser hätten nach den Bestimmungen des Paktes des Völkerbundes alleinige Erben des vom Osmanischen Joch befreiten Palästinas werden müssen. Die britische Regierung besaß zur Zeit der Veröffentlichung der Balfour-Deklaration keine Befugnis über das Territorium von Palästina, das noch Bestandteil des Osmanischen Reiches war. Die britische Deklaration hatte keine Gültigkeit für das internationale Recht. Ungeachtet dessen integrierte der Völkerbund diese Deklaration in den Text des Mandats über Palästina, das Großbritannien unterstellt wurde. Damit konnte aber das international auch für das palästinensische Volk geltende Recht auf Selbstbestimmung nicht in Frage gestellt werden.<sup>24</sup> »Keine Prozedur hat bislang den Palästinensern das unveräußerliche Recht aberkannt, das sie über ihr Territorium innehaben«, stellt die Professorin für Internationales Recht der Pariser Universität Monique Chemillier-Gendreau fest und schlussfolgert: »Nicht nur die jüdische militärische Besetzung und Kolonisation sind illegal, sondern Israel selbst wird keine Rechtmäßigkeit besitzen, bis die Palästinenser feierlich die Übertragung eines Rechts, das sie weiterhin allein besitzen, vornehmen, obwohl die Gewalt sie bislang daran hindert, es auszuüben«.<sup>25</sup>

23 Siehe Gérard D. Khoury: *La vérité dans sa complexité*. In: *Revue d'études Palestiniennes*. (77) 25 nouvelle série. Beyrouth automne 2000. S. 92.

24 Siehe Monique Chemillier-Gendreau: *D'abord le droit des peuples à disposer d'eux-mêmes*. In: *Le Monde diplomatique*. Manière de voir. S. 20.

25 Ebenda.

Die Balfour-Deklaration hat somit die Emanzipation des palästinensischen Volkes in zweierlei Hinsicht behindert: Einerseits brachte sie die Präsenz der Mandatsmacht anstelle der nationalen Unabhängigkeit und andererseits die Perspektive einer jüdischen Heimstatt in Palästina anstelle eines eigenen souveränen Staates. Beides hat aber die Emanzipation des palästinensischen Volkes nicht aufhalten können. Weder der Völkerbund noch die Mandatsmacht Großbritannien konnten das palästinensische Volk zwingen, auf seine Selbstbestimmung zu verzichten.

Unmittelbar nach dieser Deklaration erfolgte im Zuge des Krieges Großbritanniens gegen das Osmanische Reich – einen Alliierten Deutschlands und Österreichs – Ende November 1917 eine britische Offensive an der Suezkanalfront. Am 8. Dezember 1917 wurde Jerusalem eingenommen und am 19. September 1918 die türkische Front bei Jaffa (Palästina) durchbrochen. Am 25. April 1920 wurde die britische Kolonialherrschaft (»Mandats«-Verwaltung) über Palästina errichtet. Dadurch entstanden günstigere Bedingungen für die 1920 verstärkt einsetzende jüdische Einwanderung nach Palästina, die von jahrzehntelangen blutigen Kämpfen zwischen Juden und Arabern begleitet werden sollte. Nach den blutigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen am 1. Mai 1921 mit 95 Toten dehnte sich die Gewalt auf ganz Palästina aus.

*Ein erster arabischer Palästina-Aufstand* gegen die Einwanderung von Juden nach Palästina fand 1921 statt und wurde vom britischen Militär niedergeworfen. 1922 wurde der Teil Palästinas, der nicht dem zukünftigen jüdischen Staat gehören sollte, von Palästina abgetrennt und 1923 als Transjordanien selbständiges britisches Mandatsgebiet. Im August 1929 führten Auseinandersetzungen um die Klagemauer in Jerusalem zu Massakern in verschiedenen Städten und verursachten 200 Tote, darunter 133 Juden.

Die Ablehnung der arabischen Forderung nach einem Verbot der jüdischen Einwanderung durch die Mandatsmacht führte 1930/31 zum *zweiten arabischen Palästina-Aufstand*, der durch die Mandatsmacht ebenfalls niedergeschmettert wurde. Ebenfalls brutal mit 26 palästinensischen Toten niedergeschlagen wurde der allgemeine arabische Streik vom Oktober 1933 gegen die jüdische Einwanderung, die nach der faschistischen Machtergreifung in Deutschland sehr stark zunahm. In den dreißiger Jahren verdoppelte sich die Zahl der in Palästina lebenden Juden gegenüber den zwanziger Jahren. So stieg ihr Anteil von 10 Prozent im Jahre 1918 auf mehr als 30 Prozent im Jahre 1936.

1936 fand *der dritte arabischer Palästina-Aufstand* gegen die Mandatsmacht und ihre prozionistische Politik statt und ein allgemeiner arabischer Streik umfasste ganz Palästina. Im selben Jahr entstanden die

ersten zionistischen bewaffneten Organisationen wie *Irgun Zvai Leumi*, *Haganah* und *Lehi* (die Sterngruppe), die die stillschweigende Unterstützung der Mandatsmacht genossen und in den arabischen Dörfern ihre Tod und Zerstörung bringenden bewaffneten Aktivitäten entfalten.

Angesichts der entstandenen explosiven Situation infolge der zunehmenden Auseinandersetzungen zwischen Juden und Arabern schlug im Juli 1937 eine britische Kommission unter der Leitung von *Lord Peel* vor, das britische Mandatsgebiet Palästina in zwei Staaten aufzuteilen, in einen jüdischen und einen arabischen, mit der Aussicht, zwischen den beiden einen Bevölkerungsaustausch durchzuführen. Jerusalem sollte unter britischer Herrschaft bleiben. Nach dem Willen der Kommission sollte zuerst jegliche weitere Einwanderung von Juden nach Palästina eingefroren werden.

Der Zionistenführer *Ben Gurion*, der eine Politik des Machbaren vertrat, akzeptierte den Teilungsplan der »Peel-Kommission«. Auch in seiner Eigenschaft als Präsident des Zionistischen Exekutivrates (Jewish Agency) setzte *Ben Gurion* damals dem Vorwurf, er betreibe einen »Zionismus ohne Zion« entgegen, man müsse die Chance wahrnehmen, einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen, in der Hoffnung, ihn später ausweiten zu können. *Ben Gurion* schrieb 1937: »Ich habe stets zwischen Eretz-Israel (jenem Großisrael, das ganz Palästina umfassen soll) und einem Staat in Eretz-Israel unterschieden.«<sup>26</sup>

Wie schon *Herzl*, war auch *Ben Gurion* daran interessiert, vor allem das neue Jerusalem westlich der Altstadt zu fördern. Dort sollte eine »jüdische Stadt« entstehen, in Abgrenzung zum alten Jerusalem, das sich der spätere Staatsgründer als ein »geistiges und religiöses Museum aller Religionen«<sup>27</sup> vorstellte. Dementsprechend entwickelte die Jewish Agency 1938 einen sehr detaillierten Plan, in dem vorgesehen war, dass der Westteil Jerusalems zur Hauptstadt des zukünftigen jüdischen Staates werden sollte, während der Ostteil einschließlich der gesamten Altstadt, unter britischer Hoheit bleiben sollte.<sup>28</sup>

Die Araber Palästinas lehnten den Plan der »Peel-Kommission« strikt ab. Großbritannien entschied sich, den arabischen Widerstand

---

26 Siehe Marius Schattner: Israel und Palästina. Jerusalem, Al-Quds Mythos und Wirklichkeit der Heiligen Stadt. In: »Le Monde diplomatique«. Paris vom November 2000. S. 10.

27 Siehe David Ben Gurion: Israel: der Staatsgründer erinnert sich. Brief an das Zentralkomitee der Mapai vom 1. Juli 1937. Frankfurt am Main 1998. S. 24 ff.

28 In den Teilungsplan Palästinas, den die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 29. November 1947 verabschiedete, wurden diese Vorstellungen aufgenommen.

auch diesmal mit Brachialgewalt zu brechen. Tausende palästinensische Aufständische wurden zu Opfern dieser totalitären Politik der britischen Besatzungsmacht. Die Gefallenen erzielten dennoch posthum einen Sieg: Das britische Weißbuch vom 17. Mai 1939 stellte anstatt einer jüdischen nationalen Heimstatt die Perspektive einer Unabhängigkeit Palästinas in den kommenden zehn Jahren in Aussicht und begrenzte drastisch die jüdische Einwanderung und die zionistische Land(weg)nahme durch den Kauf von arabischen Grundstücken. Drei Jahre danach, am 6. Mai 1942, forderte die Zionistische Weltkonferenz in New York, dass »die Türen Palästinas sich öffnen«, um dort ein jüdisches »Commonwealth« zu gründen, »integriert in die Organisation der neuen demokratischen Welt«<sup>29</sup> und die Aufstellung einer jüdischen Armee in Palästina.

Ab 1943 nahm dementsprechend der bewaffnete Kampf zwischen den zionistischen Gruppen und der arabischen Bevölkerung dramatische Ausmaße an. Die britische Mandatsmacht schürte ihrerseits den latenten Kriegszustand zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, indem sie einseitig die militärischen Aktivitäten der jüdischen Kampfgruppen unterstützte.

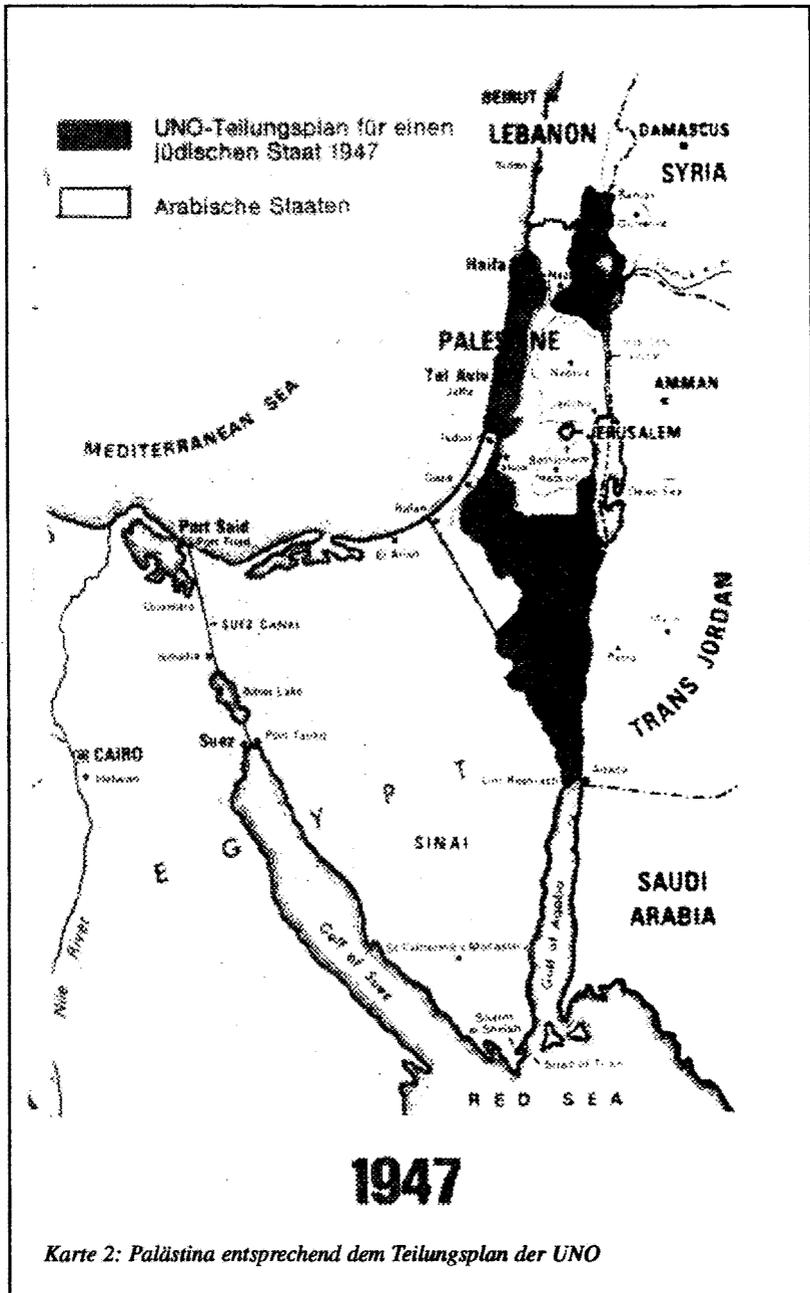
Unter dem unmittelbaren Eindruck des Holocausts wuchs in den Reihen der Antihitlerkoalition und der demokratischen Gemeinschaft die solidarische Bereitschaft zur Schaffung einer Heimstatt für das vom deutschen Faschismus geschundene Judentum. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen wurde durch Großbritannien angerufen, die im April 1947 eine Untersuchungskommission für die Palästinafrage einsetzte. Die Mehrheit entschied sich für die Teilung. Nach *Nahum Goldmann* hätte es ohne Holocaust in der UNO die für die Gründung eines jüdischen Staates erforderliche Mehrheit nicht gegeben.<sup>30</sup> *Michael Wolffsohn* brachte dies auf seine Weise zum Ausdruck: »Eine merkwürdige Koalition scheint sich [...] zugunsten der Zionisten gebildet zu haben; eine Koalition, in der es kaum einer mit ihnen gut meinte, aber jeder offenbar gut machte: Hitler und Himmler, Chamberlain und Churchill, Azzlee und Bevin, Roosevelt und Truman, nicht zuletzt Stalin.«<sup>31</sup>

29 Siehe *Le Monde diplomatique*. Manière de voir. Chronologie d'un conflit centenaire. Paris Novembre-Décembre 2000. S. 78.

30 Nahum Goldmann: *Israel muß nachdenken! Die Lage der Juden 1976*. Mit einem Gespräch zum deutsch-jüdischen Verhältnis. Reinbek 1976. S. 15.

31 Michael Wolffsohn: *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*. München, Zürich 1988. S. 10.





Am 29. November 1947 empfahl die Vollversammlung der UNO die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat und die Stellung Jerusalems und der Heiligen Stätten als »corpus separatum« unter ein »internationales Sondermandat« unter UN-Obhut. Zu diesem Zeitpunkt lebten hier 1.365.000 Araber und 710.000 Juden. Die militärischen Aktionen der jüdischen Einheiten gegen die Palästinenser erreichten nie dagewesene Schärfe mit der Sprengung des König-David-Hotels, in dem die Palästina-Regierung saß, und dem Massaker im palästinensischen Dorf Deir Jassin. Erinnerungen an die Greuelthaten der Nazis in Deutschland, Frankreich und Polen wurden wach. Daraufhin wurden die Einsatzleiter des Massakers von Deir Jassin durch die Briten steckbrieflich als Terroristen gesucht. Unter ihnen befand sich bezeichnenderweise auch der israelische Ministerpräsident in spe (von 1977 bis 1983) *Menachem Begin*. So besetzten jüdische Kampfgruppen noch vor der Beendigung des britischen Mandats Stadt um Stadt, Dorf um Dorf in Palästina.

Am 15. Mai 1948 erlosch das britische Mandat über Palästina. Die britischen Truppen zogen daraufhin von Palästina ab. Der Staat Israel wurde auf einem Teil des Territoriums von Palästina am 15. Mai 1948 von einer Koalitionsregierung unter Ministerpräsident *David Ben Gurion* ausgerufen, der gegen den Widerstand der zionistischen Rechten, die jedoch überstimmt wurde, den Teilungsplan der UNO akzeptiert hatte.<sup>32</sup>

»Namhafte Neue Historiker in Israel entwerfen Thesen, die der bisher gepflegten Gründungsgeschichte ihres Staates widersprechen«, ist in der FAZ in einem kritischen Beitrag zum Diskurs unter jüdisch-israelischen Historikern zu lesen.<sup>33</sup> Zu diesen »Neuen Historikern« gehört neben *Benny Morris* und *Ilan Pappé* der 1987 gestorbene *Simcha Flapan* mit seinem Buch »The Birth of Israel, Myths and Realities«. Er setzt sich darin mit sieben »Mythen« auseinander, die um die Gründung des Staates Israel gewoben worden seien. So habe zwar die Jewish Agency 1947 die Teilungsresolution der Vereinten Nationen akzeptiert, damit hätten die Zionisten aber weder ihren Traum von einem jüdischen Staat im ganzen historischen Palästina aufgegeben, noch seien sie an einer Verwirklichung der Resolution in Frieden und Zusammenarbeit mit den Palästinensern interessiert gewesen. Dass es keinen Widerspruch

---

32 Siehe Karten Nr. 1: Palästina vor der Teilung und Nr. 2: Palästina nach dem Teilungsplan der UNO. Aus: UNO-Teilungsplan Palästinas 1947. New York 1947.

33 Hennig Niederhoff und Jan Kuhlmann: Historische Barrieren. Ohne Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte ist wirklicher Frieden im Nahen Osten nicht möglich. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 18. Januar 2000. S. 13.

gegen den UN-Beschluss gab, sei ein taktischer Schachzug einer umfassenden Strategie gewesen, die eine Vergrößerung des Gebietes, das der jüdischen Bevölkerung von den Vereinten Nationen zugesprochen worden war, vorgesehen habe. Die Thesen *Flapans* und der Neuen Historiker werden in Israel zwar heftig kritisiert, beeinflussen dennoch das offizielle Geschichtsbild. Selbst von den schärfsten Gegnern können sie nicht mehr ignoriert werden, da sie durch die nächsten Schritte des Staates Israel bestätigt werden sollten.

Weder der Völkerbund und die britische Mandatsverwaltung noch die Vollversammlung der Vereinten Nationen waren berechtigt, den Palästinensern das potenzielle Recht der Souveränität über ihr Territorium abzuspreechen. Bekanntlich tat dies die UNO teilweise mit der Resolution 181 vom 29. November 1947, indem sie die Teilung Palästinas in zwei Staaten »empfahl«. Mehrere Staaten haben damals die Überschreitung der Kompetenzen der Vereinten Nationen in dieser Angelegenheit angemahnt. Die UNO hat in der Tat lediglich die Teilung »empfohlen«, denn sie war überhaupt nicht befugt, so eine Entscheidung zu treffen. Noch weniger war sie in der Lage und befugt, eine solche Entscheidung als »verpflichtend« zu sanktionieren. Weder der Völkerbund noch die Vereinten Nationen besaßen oder besitzen irgendeine Kompetenz in Sachen »Staatliches Territorium«. Sie dürfen und sollen die territoriale Integrität der bereits existierenden, international anerkannten Staatlichen Subjekte (Staaten) sowie das Recht der Völker auf Selbstbestimmung schützen und garantieren. Unbestritten ist, dass die Vollversammlung der Vereinten Nationen in der Lage ist, wem auch immer einen Teilungsplan vorzutragen. Seine Rechtmäßigkeit darf jedoch nur und allein vom wahrhaftigen Titular der Souveränität sanktioniert werden. Die Empfehlung der UNO zur Teilung Palästinas ist demzufolge rechtlich nicht ungültig. Ungültig ist die Annahme, diese Empfehlung in eine objektive und dadurch obligatorische Norm des Völkerrechts, d. h. bindend für *alle*, verwandeln zu wollen.

Der jüdische Staat hat die Empfehlung der Vollversammlung zur Teilung Palästinas formell anerkannt, weil er in ihr seine Geburtsurkunde erkannte. Ungeachtet dessen hat Israel aber immer wieder versucht, seine historischen und nationalen Rechte auf das ihm anempfohlene Territorium anderswo als in dem UNO-Text vom November 1947, nämlich in der Bibel, zu begründen.

Was die Palästinenser und die arabischen Staaten anbelangt, so berufen sie sich heute, trotz ihrer damaligen kategorischen Ablehnung der UNO-Empfehlung zur Teilung Palästinas auf sie als Grundlage für Friedensgespräche.

### 3. Die israelisch-arabischen Kriege

#### Der erste Krieg zwischen arabischen Staaten und Israel

Noch am Tage der Staatsgründung Israels erklärten die umliegenden arabischen Staaten – Syrien, Libanon, Transjordanien, Irak und Ägypten – Israel den Krieg. Die sich daraus ergebenden militärischen Auseinandersetzungen endeten für die arabischen Staaten und das palästinensische Volk in der Katastrophe (arabisch an-Nakba). Kein Palästinenser-Staat kam zustande. Die israelischen Streitkräfte nutzten die Kampfhandlungen vielmehr, um das Gebiet, das dem Staat Israel nach dem Teilungsplan der UNO zugestanden hatte, um ein Drittel zu erweitern.<sup>34</sup> Die arabische Bevölkerung von Palästina wurde durch den Vormarsch des israelischen Militärs terrorisiert und aus ihren Wohnsitzen vertrieben. Hunderttausende von ihnen flohen aus den von Israel eroberten Gebieten und suchten Asyl in den benachbarten Staaten, wo sie teilweise bis heute noch unter meist primitiven Bedingungen in Flüchtlingslagern leben. Bis Mitte Mai 1948 hatten bereits 300.000 Palästinenser aus Angst oder wegen Gewaltakten jüdischer Kampfgruppen ihr Land verlassen, bevor noch ein einziger arabischer Soldat aus den Nachbarstaaten Palästina betreten hatte.

Am 17. September 1948 wurde der UNO-Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern sowie den arabischen Staaten zur Beendigung des Kriegszustandes, *Graf Bernadotte*, von israelischen Extremisten ermordet. Sein Nachfolger wurde *Ralph Bunche*. Die ersten Wahlen zur konstituierenden Versammlung Israels fanden am 15. Januar 1949 statt, die mit dem Sieg bürgerlich-zionistischer Parteien endeten. *Chaim Weizmann* wurde am 17. Februar 1949 zum ersten Präsidenten Israels gewählt. Am 11. Mai 1949 wurde Israel mit US-amerikanischer Unterstützung als 59. Staat in die UNO aufgenommen und im Juli wurde ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und den Staaten der Arabischen Liga abgeschlossen.

Nach anfänglichem Zögern gegenüber dem von vornherein mit Großbritannien abgestimmten zionistischen Projekt zur Gründung des jüdischen Staates gaben die USA allmählich ihre Skepsis auf. Sie legten ihm gegenüber nun eine wohlwollende Duldung an den Tag und trugen schließlich mit allseitiger politischer sowie diplomatischer Unterstützung wesentlich zu seinem Durchbruch bei. Danach unterstützten sie

34 Siehe Karte Nr. 3: Israel nach dem ersten israelisch-arabischen Krieg mit den 1948–1949 annektierten Gebieten. Aus: UNO-Karten. New York 1949.



Israel wirtschaftlich und militärisch als Junior- und späterhin wichtigsten Partner im Nahen Osten.

Nach *Michael Wolffsohn* dokumentiert diese Unterstützung »das globale und strategische Interesse der USA am jüdischen Staat... Die massive Hilfe an Israel [gehört – S.L.] auch zum Preis, den die USA zahlen müssen, um ohne einen Großeinsatz eigener Soldaten amerikanische Interessen im Nahen Osten wahrnehmen zu können.«<sup>35</sup>

Die US-amerikanischen Interessen im Nahen Osten sind vor allem solche, die mit ihrer uneingeschränkten Verfügung über die dortigen gigantischen Erdölressourcen in Zusammenhang stehen. »Die ›Friedensordnung im Heiligen Land« – so *Peter Scholl-Latour* – »offenbart sich [...] unverblümt als Teilaspekt der imperialen Pax Americana«<sup>36</sup>. Was, die Allmacht Israels betrifft, finden es Kenner des Nahen Ostens und der US-amerikanischen Strategie bemerkenswert, »daß einer der wichtigsten Verbündeten der USA [...] heimlich ein beachtliches Atomwaffenarsenal aufbauen konnte, während Washington schwieg und die Augen geschlossen hielt.«<sup>37</sup> Zweifelsohne ist die Existenz der Kernwaffenmacht Israel ein wohl kalkulierter Bestandteil der Nahost-Strategie der USA gegenüber den arabischen Staaten. Groß sind auch die Verflechtungen im Militär-Industriellen-Komplex beider Länder besonders angesichts der Militarisierung des Staates Israel, mit einem Anteil der Militärausgaben am Gesamthaushalt von 17,9 Prozent, im Vergleich zu 3,3 Prozent in den USA und 2,7 Prozent in Großbritannien.<sup>38</sup>

Im Einvernehmen mit den USA und Großbritannien annektierte Transjordanien am 24. April 1950 entgegen den Beschlüssen der UNO formell Gebiete westlich des Jordans unter dem Vorwand, diese der israelischen Annexion zu entziehen. Unter ähnlichem Vorwand annektierte Ägypten den Gaza-Streifen.

Als Ergebnis des Krieges waren drei separate Gebiete auf dem Territorium des früheren Palästina entstanden: Israel, das sogenannte Westjordanland (oder auch Westbank genannt) und der Gaza-Streifen. Nach diesem ersten Krieg von 1948/49 verfügte Israel über 77 Prozent

---

35 Michael Wolffsohn: 50 Jahre Israel: Versuch einer historischen Bilanz. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Bonn Nr. 14(1998) vom 27. März 1998. S. 6.

36 Peter Scholl-Latour: Lügen im Heiligen Land. Berlin 1998. S. 420.

37 Seymohr M. Hersch: Atommacht Israel. München 1991. S. 35.

38 Siehe: Antimilitärische Information. Berlin 31(2001) 2. S. 58.

des Territoriums Palästinas, anstelle der vom UNO-Teilungsplan empfohlenen 56,47 Prozent für den jüdischen Staat.

Israels Sieg von 1948/49 wäre nicht so entscheidend ausgefallen, hätten nicht die Jewish Agency und der König Transjordaniens *Abdullah* seit dem 17. November 1947 insgeheim eine Teilung Palästinas in die Wege geleitet und hätte sich die transjordanische Arabische Legion – die einzige arabische Armee, die imstande war, den israelischen Truppen wirksam entgegenzutreten – nicht auf das im Teilungsplan der UNO dem zukünftigen arabischen Staat eingeräumte Gebiet zurückgezogen.<sup>39</sup> Die am 24. April 1950 vollzogene Annexion des palästinensischen Gebietes westlich des Jordans durch Transjordanien dürfte der von Israel, Großbritannien und den USA genehmigte Judas-Lohn für König *Abdullah* gewesen sein.

Unterschiedlich wird dieser Krieg durch Israelis und Palästinenser bewertet. Während Israelis ihn als »Unabhängigkeitskrieg« und »heldenhaften Kampf« der wenigen Juden gegen eine »Übermacht von Arabern« und »Sieg Davids gegen Goliath« würdigen<sup>40</sup> und ihn als einen wesentlichen Baustein der Genesis des israelischen Staates bewerten, sprechen die Palästinenser hingegen von der Katastrophe, der Nakba, als der eigentlichen Ursache für ihr jahrzehntelanges Leid. Während Israelis die Schuld für die Flucht Hunderttausender Palästinenser den Führungen der arabischen Staaten und der Palästinenser zur Last legen, die

---

39 Avi Slaim: *Collision across the Jordan: King Abdullah, the Zionist Movement and the Partition of Palestine*. Oxford 1988. Zitiert bei: Nadine Picandou: *Die Revision der Geschichte geht weiter, Israel, die Araber und die ›eiserne Mauer‹*. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin November 2000. S. 23.

40 Hierzu fand in den neuen israelischen Geschichtsbüchern des Schuljahres 1999 eine revidierte Sichtweise Einzug. Noch in einem Lehrbuch von 1984 hat es geheißt, nur 650.000 Juden hätten gegen die Übermacht von 40 Millionen Arabern gekämpft. Der Sieg Israels habe einem Wunder geglichen. In einem neuen Lehrbuch, geschrieben von einem Historiker der Universität Tel Aviv, Eyal Naveh, finden die Schüler dagegen einen Text, der die Gemüter in Israel bewegt. Es ist nicht mehr die Rede vom Kampf »Davids gegen Goliath« im Krieg 1948/49, vielmehr heißt es: »In beinahe jeder Schlacht und an beinahe jeder Front war die jüdische Seite gegenüber den Arabern im Vorteil, was Planung, Organisation, Handhabung der Ausrüstung und auch Zahl der ausgebildeten Soldaten, die an den Kämpfen teilnahmen, angeht«. Viele Palästinenser seien geflohen, weil sie Angst gehabt hatten oder von israelischen Soldaten vertrieben worden seien, schreibt Professor Naveh, der sich auch nicht scheut, den palästinensischen Begriff »an-Nakba« für die Vertreibung und Flucht zu benutzen. Siehe: Hennig Niederhoff und Jan Kuhlmann: *Historische Barrieren*. Ohne Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte ist wirklicher Frieden im Nahen Osten nicht möglich. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 18. Januar 2000. S. 13.

diese bis zur siegreichen Rückkehr arabischer Armeen zur Flucht aufgerufen haben sollen, machen die Palästinenser für die Flucht die Aktionen jüdischer Militäreinheiten verantwortlich, die »planmäßig« die Palästinenser vertrieben und »zahlreiche Massaker« verübt haben. »Das Massaker von Deir Jassin wurde für die Palästinenser zu einem Synonym für die Terrorisierung der einheimischen Bevölkerung«, schrieb die FAZ. »Der Schreck über die militärische Niederlage war so groß, die Erfahrungen der Flucht, Vertreibung und Enteignung so einschneidend für das palästinensische Bewußtsein, daß die Wunden bis heute nicht verheilt sind.«<sup>41</sup> Im Krieg 1948/49, so *Simcha Flapan*, hätten sich die zionistischen Streitkräfte unbesorgt über allgemein gültige ethische Normen hinweggesetzt, weil sie »die Wut und Rachsucht, die sie gegen die Nazis empfanden, auf die Araber projizierten.«<sup>42</sup>

Nach dem israelischen Journalisten *Uri Avnery* lebten am Vorabend des Krieges 1948/49 »etwa 1.200.000 Araber und 635.000 Juden in Palästina. Im Verlaufe des Krieges, der von den Arabern begonnen wurde, um die Teilung des Landes zu verhindern, wurde über die Hälfte des palästinensischen Volkes, ungefähr 750.000 Personen, entwurzelt. Einige wurden von der israelischen Eroberungsarmee vertrieben, andere flohen, als die Schlacht in die Nähe ihrer Wohnungen kam, wie dies Zivilisten in jedem Krieg tun.«<sup>43</sup> Weiter heißt es bei Avnery: »Unmittelbar nach dem Krieg lehnte der neue Staat Israel es ab, den Flüchtlingen zu erlauben, in die Gebiete, die er erobert hatte, zurückzukehren. Die Regierung *Ben Gurion* vernichtete etwa 450 verlassene arabische Dörfer und errichtete an ihrer Stelle jüdische Siedlungen. Die neuen jüdischen Emigranten – viele aus arabischen Ländern – wurden in die verlassenen Häuser in den arabischen Städten einquartiert. So wurde das Flüchtlingsproblem geschaffen.«<sup>44</sup>

Nach diesem *ersten Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn* sollten bis 1985 noch fünf weitere folgen, die wir hier hauptsächlich in ihrer Bedeutung für die territoriale Expansion Israels und damit für die Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre sich krisenhaft zuspitzende Gefährdung des Friedens und der Sicherheit in der Nahostregion kurz skizzieren wollen.

---

41 Ebenda.

42 *Simcha Flapan*: Die Gründung Israels. Mythos und Wirklichkeit. München 1988. S. 144.

43 *Uri Avnery*: Das Recht auf Rückkehr. In: Marxistische Blätter. (Special). Israel, die Palästinenser und wir. Essen 4-01, Juli–August 2001. S. 78.

44 Ebenda. S. 79f.

*Der zweite Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn* begann am 29. Oktober 1956. Israel ließ sich von Großbritannien und Frankreich vorschicken, die mit einer militärischen Aggression die Verstaatlichung der Suez-Kanalgesellschaft durch die ägyptische Regierung rückgängig machen wollten. Dieser Krieg endete mit einer militärischen Niederlage der britischen, französischen und israelischen Truppen. Die israelische Armee musste von der Halbinsel Sinai, aus dem Gaza-Streifen und aus dem Gebiet von Scharm el-Scheich 1956 und 1957 abgezogen werden gegen die Garantie freier Schifffahrt im Golf von Akaba. Die entschiedene Haltung der Sowjetunion gegenüber der Aggression hatte ihr Ziel nicht verfehlt.

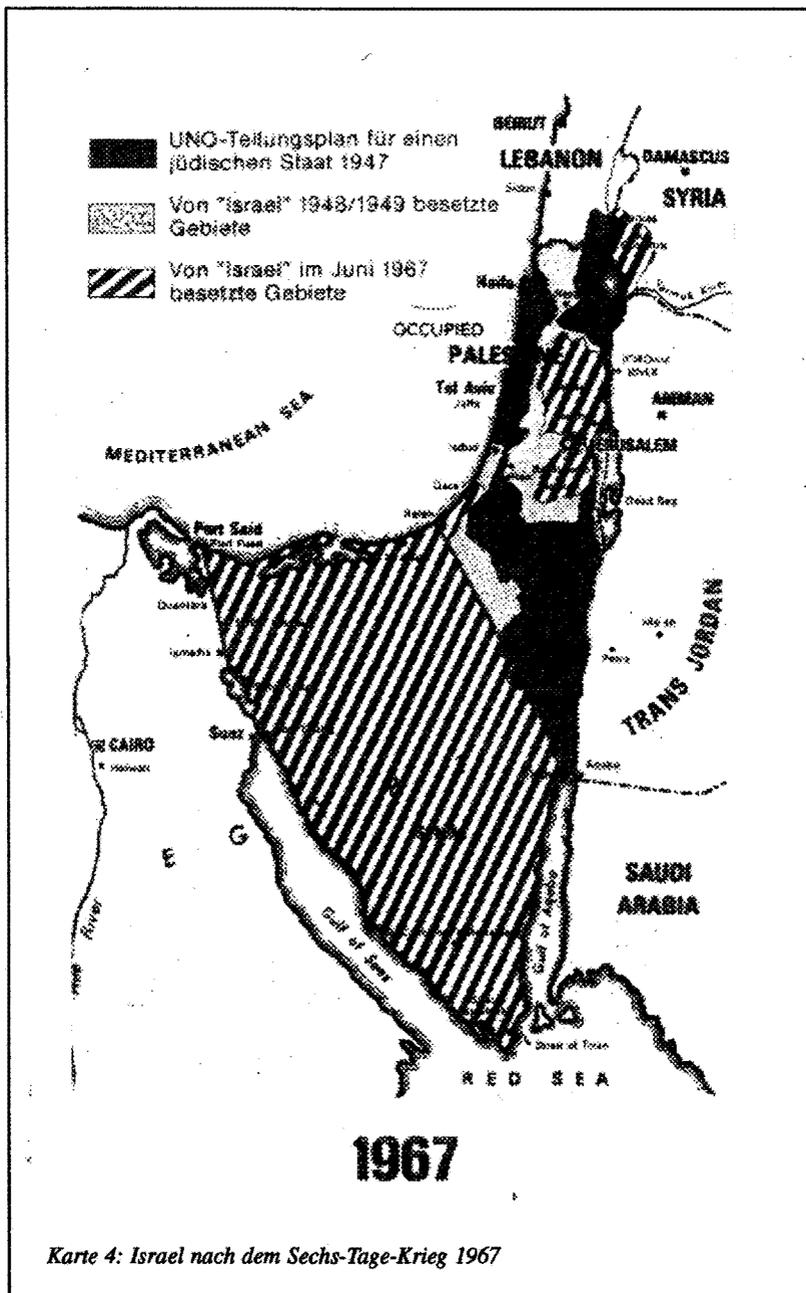
*Der dritte israelisch-arabische Krieg (Sechs-Tage-Krieg)* führte als »Präventivkrieg« Israels vom 5. bis 11. Juni 1967 zur Eroberung des Gaza-Streifens, der Sinai-Halbinsel (Ägypten), der Golanhöhen (Syrien) und des Westjordanlandes durch Israel. Die israelische Regierung stand vor der Frage, ob man während des Vormarsches Jerusalem wieder vereinigen sollte durch die Eroberung des Ostteils der Stadt. Die permanent in der Opposition gewesene zionistische Rechte brachte regelmäßig die »Befreiung Jerusalems« in die Debatte. Verteidigungsminister *Moshe Dayan* befahl die Eroberung. Die Knesset stellte am 27. Juni 1967 kraft eines Gesetzes den Ostteil der Stadt unter israelische Verwaltung.

Unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg begann die Kolonisierung der durch Israel besetzten arabischen Gebiete.<sup>45</sup> Der »Sechs-Tage-Krieg veränderte die geopolitische Situation völlig«, stellt *Michael Wolffsohn* fest.<sup>46</sup> In diesem Krieg wiederholten sich einige Ereignisse der Jahre 1947–1949. Hunderttausende Palästinenser wurden mit Gewalt oder durch Einschüchterung aus Gebieten nahe dem Jordan (die riesigen Flüchtlingslager von Jericho) und der Grünen Linie (den Gebieten Tulkarem, Kalkilia und Latrun) vertrieben.<sup>47</sup> Am 22. November 1967 beschloss die UNO die Resolution 242, die die Rückgabe der im Sechs-Tage-Krieg durch Israel besetzten arabischen Territorien sowie die Anerkennung des Existenzrechts Israels in Frieden und in sicheren Grenzen durch die arabischen Staaten fordert. Diese Resolution harrt bis heute ihrer vollständigen Realisierung. Israel weigerte sich, sich auf die Grenzen vor dem Krieg zurückzuziehen.

45 Siehe Karte Nr. 4: Israel nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967. Aus: UNO-Karten. New York 1967.

46 Michael Wolffsohn: 50 Jahre Israel. Versuch einer historischen Bilanz. S. 3.

47 Uri Avnery: Das Recht auf Rückkehr. In: Marxistische Blätter (Special). S. 79.



Karte 4: Israel nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967

*Der vierte arabisch-israelische Krieg* begann mit einem Überfall der ägyptischen und syrischen Streitkräfte auf Israel am 6. Oktober 1973, am höchsten Feiertag des Judentums, dem Jom-Kippur-Tag (Versöhnungstag) zur Befreiung der durch Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 besetzten arabischen Gebiete. Der Jom-Kippur-Krieg (6.–22. und 25.10.1973) endete mit einer Niederlage für Ägypten und Syrien. Trotz anfänglicher Erfolge Ägyptens und Syriens gelang es der israelischen Armee, auf ägyptisches Territorium jenseits des Suezkanals und unmittelbar bis vor Damaskus vorzudringen. Der UN-Sicherheitsrat appellierte in der Resolution 338 an die Konfliktparteien, im Rahmen der UNO-Resolution 242 einen Frieden abzuschließen. 1974–1975 kam es zu einem Waffenstillstand und zum Truppenentflechtungsabkommen zwischen Israel und Ägypten und im März 1979 zum Abschluss eines Friedensvertrages zwischen beiden Ländern. Israel annektierte am 14. Dezember 1981 die syrischen Golanhöhen und räumte am 25. April 1982 die Sinai-Halbinsel.

*Der fünfte israelisch-arabische Krieg* nahm seinen Anfang am 6. Juni 1982 mit der israelischen Invasion im Libanon. Die israelische Armee besetzte vom 14. bis 18. September desselben Jahres West-Beirut. In den palästinensischen Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila (nahe Beirut) veranstalteten die libanesischen Phalange-Milizen ein grausames Massaker. Der damalige israelische Verteidigungsminister *Ariel Scharon* wird als dessen Initiator bezeichnet und seitdem als der »Schlächter von Beirut« tituliert. Vom 21. August bis 1. September 1982 zogen sich die meisten PLO-Kämpfer mit *Yasser Arafat* an der Spitze aus dem Libanon zurück.

Am 17. Mai 1983 wurde ein Friedensvertrag zwischen dem Libanon und Israel abgeschlossen, der am 5. März 1984 von der libanesischen Regierung annulliert wurde. 1985 wurde der israelische Abzug aus dem Libanon mit Ausnahme des südlichen Grenzgebietes, der sogenannten Sicherheitszone, abgeschlossen, die unter die Kontrolle der israeltreuen Libanesischen Armee des Südens (ALS) geriet.

Im Ergebnis dieser Kriege hatte Israel das ihm durch den UN-Teilungsplan bestimmte Territorium um den Rest Palästinas, das Westjordanland, den Gaza-Streifen, Ost-Jerusalem sowie die Golan-Höhen in Syrien und die sogenannte Sicherheitszone im Libanon vergrößert. Israel versucht mit allen Mitteln, diese Kriege, von denen es mindestens drei als »Präventivkrieg« selbst in Gang gesetzt hat, als reine Verteidigungskriege darzustellen. Diese israelische Interpretation wird besonders seitens der USA, aber auch Deutschlands und anderer EU-

Staaten von offizieller Seite direkt oder indirekt unterstützt und den arabischen Staaten die Rolle des Aggressors zugewiesen.

Bezeichnenderweise wird diese proisraelische Interpretation der arabisch-israelischen Waffengänge vom Zionistenführer *Menachem Begin* persönlich ad absurdum geführt, indem er in der *New York Times* schrieb: »Im Juni 1967 hatten wir wieder eine Gelegenheit. Die Truppenkonzentrationen der ägyptischen Armee im Sinai waren kein Beweis dafür, daß Nasser bereit war, uns anzugreifen. Wir müssen uns gegenüber ehrlich sein. Wir entschieden, ihn anzugreifen.«<sup>48</sup> Dies geschah in voller Übereinstimmung mit den USA und mit dem Ziel, die Militärfkraft des damaligen Zentrums des arabischen Nationalstolzes, des revolutionären Ägyptens unter *Gamal Abdel Nasser* zu zerstören, Syrien und Jordanien zu isolieren und zu zerschlagen sowie die Palästinenser und die Araber von ihrem nationalen Befreiungskampf abzuhalten und sie zu demütigen.

---

48 Siehe »New York Times« vom 21. August 1982. S. 1.

## **II. Die palästinensische Gesellschaft zwischen nationaler Befreiung und Aufbau eines eigenen Staates**

### *1. Zur palästinensischen nationalen Bewegung und ihren Komponenten*

Das zeitliche Umfeld der Entstehung der palästinensischen nationalen Bewegung fällt mit dem der Entstehung des jüdischen Nationalismus zusammen. Beide sind das Ergebnis der Krise und des späteren Zerfalls der alten politischen Weltordnung als Folge der weltumspannenden Veränderungen, die seit dem 18. Jahrhundert dank der europäischen Aufklärung hervorgerufen wurden. Der Zusammenbruch des Osmanischen Reiches Anfang des 20. Jahrhunderts stützte die Hoffnung der gerade in Entstehung begriffenen palästinensischen nationalen Bewegung, nach der jahrhundertelangen nationalen Unterdrückung durch die totalitäre türkische Kolonialmacht endlich die ersehnte nationale Souveränität zu erlangen und bald darauf den eigenen Staat auszurufen. Folgerichtig hätte die Dekolonialisierung unter der Hoheit des Völkerbundes und entsprechend seiner völkerrechtlich anerkannten Praxis und angewandten Satzung dem palästinensischen Volk, wie auch jedem anderen vom osmanischen Kolonialjoch befreiten Volk, die nationale Souveränität und Staatlichkeit gewährleisten müssen. Zumal der Internationale Gerichtshof in seiner Stellungnahme zum zukünftigen Status Süd-West-Afrikas *expressis verbis* daran erinnert hatte, dass das Mandatsregime keine Abtretung von Territorium und keinen Transfer von Souveränität an die Mandatsmacht sanktioniere.<sup>49</sup>

Die Mandatsmacht Großbritannien hat diese Logik der Dekolonialisierung betreffs des palästinensischen Volkes unterbrochen und ihm das Recht auf eigene Staatlichkeit völkerrechtswidrig vorenthalten.

Die umgekehrte wohlwollende Haltung der britischen Mandatsmacht gegenüber dem zionistischen Projekt zur Schaffung einer Heimstatt für die Juden in Palästina sowie ihre internationale politisch-diplomatische Unterstützung bei der Gründung des israelischen Staates

---

<sup>49</sup> Cour Internationale de Justice. Siehe: Statut International du Sud-Ouest-Africain, avis consultatif du 2 Juillet 1950. S. 132, 144.

stießen auf die entschiedene Ablehnung der islamischen und christlichen Bevölkerungsmehrheit Palästinas. Dies verlieh dem im Widerstand gegen das osmanische Kolonialreich bewährten Befreiungskampf der Palästinenser eine antiimperiale und antizionistische Orientierung und verschmolz dadurch den antiimperialen Kampf gegen die neue britische Kolonialmacht mit dem seit Jahrzehnten andauernden nationalen Widerstand gegen das zionistische Kolonialisierungsprojekt in Palästina. Dieser opferreiche Kampf führte 1948 bekanntlich nicht zur Gründung eines eigenen Staates der Palästinenser, sondern des Staates Israel. Während die benachbarten arabischen Staaten Syrien und Libanon nach Erlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit auch den Rückzug der Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens 1946 erreichten, erwiesen sich die Gründung des Staates Israel 1948 und die im ersten arabisch-palästinensischen Krieg erlittene an-Nakba (Katastrophe) als historischer Tiefstand des palästinensischen Widerstandes.

Geteilter Meinung ist die arabische Öffentlichkeit bis in die jüngste Gegenwart ob der Weigerung der arabischen Staaten gegen die Annahme der UN-Resolution zur Teilung Palästinas. Nicht wenige behaupten, damals hätten sich fast alle arabischen Staaten im Krieg gegen Israel dem Willen westlicher Staaten gebeugt und die Niederlage hingenommen. Mit dem Krieg hätten sie gar dazu beigetragen, das im UN-Teilungsplan Israel zugewiesene Territorium im nachhinein noch zu vergrößern. Damit wären sie einem Wunsch Israels nachgekommen, das das ihm zugewiesene Territorium als viel zu klein betrachtete.

Die Niederlage der arabischen Staaten rief Unzufriedenheit und Erbitterung der arabischen patriotischen Kräfte gegenüber den eigenen Machthabern hervor und schuf eine gespannte politische Lage mit schwerwiegenden Folgen für die gedemütigte arabische nationale Bewegung. Die Risse zwischen den arabischen Staaten und die Niederlage der nationalen Bewegungen nutzend, versuchten die USA im kalten Krieg, den Nahen Osten durch das angestrebte Bagdad-Pakt-Bündnis mit ausgewählten Staaten der Region in eine militärische Bastion im eigenen Interesse zu verwandeln.

Unter diesen Bedingungen wurde am 21. Juli 1951 in Jerusalem der jordanische *König Abdullah* ermordet. Einige Monate danach fand am 2. Dezember in Syrien ein militärischer Staatsstreich statt, durch den *Adib Schischakli* die Macht übernahm, das Parlament auflöste und eine Militärdiktatur errichtete. Am 26. Juli 1952 entmachtete in Ägypten die Organisation »Freier Offiziere« *König Faruk*. Einen Monat später, am 18. August übernahm *General Mohammed Nashib* das Amt des Ministerpräsidenten. Er löste alle politischen Organisationen des Landes auf,

an erster Stelle die religiöse »Muslimbruderschaft« (Achuan Muslimin). Am 25. Februar 1954 organisierten der Baath-Partei zugehörige Offiziere in Syrien einen Staatsstreich gegen *Adib Schischakli*, der im Libanon Zuflucht fand. Am 18. April desselben Jahres übernahm *Gamal Abdel Nasser* in Ägypten das Amt des Ministerpräsidenten. Am 27. Juli 1954 wurde der Vertrag zum Abzug der britischen Kolonialarmee aus Ägypten unterzeichnet und am 17. November desselben Jahres wurde *Nasser* Präsident der Ägyptischen Republik.

Durch die Machtergreifung *Nassers* erfuhr die arabische nationale Bewegung einen neuen Aufschwung. Aus diesem Anlass formierten sich auch die konservativen arabischen Kräfte zum Gegenangriff. Unter der Ägide vor allem der USA wurde am 24. Februar 1955 der Bagdad-Pakt zwischen der Türkei und dem Irak unterzeichnet. Ein Jahr später wurden England, Pakistan und der Iran Mitglieder dieses Paktes. Dadurch nahm die Konfrontation zwischen den nationalen Kräften und den Konservativen in den arabischen Ländern und in der Nahostregion rapide zu. Die Nationalisierung der Suez-Kanal-Gesellschaft durch *Nasser* feierte die arabische nationale Bewegung als einen Erfolg. Die Antwort darauf war freilich eine Invasion Frankreichs, Großbritanniens und Israels in Ägypten.

Die feste solidarische Haltung der UdSSR an der Seite Ägyptens erzwang letztendlich die Beendigung der Aggression. 1958 kam es zur Union zwischen Syrien und Ägypten und zur Gründung der Vereinigten Arabischen Republik. Sie war als erster Schritt zur Vereinigung aller arabischer Staaten gedacht. Allerdings waren dafür die objektiven und subjektiven Bedingungen in der arabischen Welt nicht vorhanden, weshalb die Vereinigte Arabische Republik am 28. Oktober 1961 auseinanderbrach.

Unter diesen komplizierten Umfeldbedingungen hatten die Palästinenser ein funktionierendes Netz moderner Vereinigungen geknüpft, das neben den traditionellen Organisationsformen wie Familie, Dorfgemeinschaft, Moschee oder Kirche, eine wichtige Grundlage für den Kampf gegen die israelische Besatzung noch vor 1967 bildete. Vor allem in den Bereichen von Gesundheit und Bildung, die von den israelischen Behörden oft vernachlässigt wurden, gewährleistete dieses Netzwerk eine Grundversorgung für die Bevölkerung, trieb dabei aber zugleich die soziale und politische Militarisierung voran und trug dazu bei, in den besetzten Gebieten die nationale palästinensische Identität zu bewahren.

Beteiligte und Beobachter waren sich damals einig, dass aus diesen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Infrastruktur eines künftigen

palästinensischen Staates hervorgehen würde. Viele solcher Vereinigungen versuchten, in den Gewerkschaften, den Frauenorganisationen oder den Studentenräten führenden Einfluss auf die nationale Bewegung zu gewinnen.

So gelang es den Palästinensern, nach einigen Jahren der politischen Ratlosigkeit auch wegen der Apathie in der arabischen nationalen Bewegung infolge des Zusammenbruchs der Vereinigten Arabischen Republik, Anfang der 70er Jahre eine Nationalbewegung zu schaffen.

Ihre Führungskräfte stammten aus kleinbürgerlichen Kreisen, was deren Zersplitterung (zeitweise gab es mehr als 30 Organisationen) und teilweise Radikalisierung begünstigte. Extremistische Gruppen suchten Israel auch durch Terror außerhalb seiner Grenzen zu treffen, der oft auch Unbeteiligte in Mitleidenschaft zog und der palästinensischen Sache mehr Schaden zufügte als Nutzen. Am 16. Juni 1964 kam es in Kairo zur Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), die im Jahre 1968 die Palästinensische Nationalcharta als Grundlage der eigenen Kampfstrategie beschloss. Ihre Kennzeichen waren ausgesprochene Kompromisslosigkeit und ein unverhohlener Konfrontationskurs gegenüber dem israelischen Staat, dem die PLO das Existenzrecht in Palästina absprach. Dementsprechend war der Kampf der PLO bis zu ihrem erzwungenen Rückzug aus dem Libanon im Jahre 1982 geprägt durch militärische Aktionen und Anschläge gegen israelische Einrichtungen im In- und Ausland. Hierzu zählten sowohl der Überfall auf die Olympiamannschaft Israels in München 1972 als auch die spätere Entführung einer Lufthansa-Maschine nach Mogadischu.

Die PLO widersetzte sich mit diesen »Kampfmitteln« ganz entschieden der Durchdringung ihres Heimatlandes durch ein anderes Volk. Wie *Ze'ev Jabotinsky*, der militante zionistische Führer, seinerzeit schrieb, »hätte jedes andere Volk genauso reagiert«.<sup>50</sup>

Israel gelang es jedoch mit der ihm eigenen Lobby und vor allem mit Hilfe der USA, den palästinensischen Widerstand als Terrorismus und die PLO als Terroristenorganisation vor der Weltöffentlichkeit zu brandmarken. Für die Palästinenser war die PLO aber die nationale Befreiungsorganisation sowie die institutionelle Verkörperung des palästinensischen Nationalgefühls, Selbstbewusstseins und die Heimstatt ihrer Identität.

Parallel zu diesen Aktionen entwickelte die PLO eine rege diplomatische Tätigkeit. Zu ihrem bislang größten Erfolg wurde die Ansprache

---

50 Siehe Uri Avnery: Das Recht auf Rückkehr. In: Marxistische Blätter (Special), S. 78.

*Yasser Arafats* – im Februar 1969 zum Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation gewählt – vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 13. November 1974. Der doppelten Kampfstrategie der PLO ist auch die Annahme des Planes »Land gegen Frieden« des Saudi-arabischen Königs *Fahd* durch die Arabische Liga am 7. August 1981 zu verdanken, wodurch sich die Arabische Liga erstmalig für eine friedliche Lösung des jahrzehntelangen israelisch-palästinensischen Konflikts positionierte.

Als die israelischen Repressionsmaßnahmen vom Frühjahr 1982 gegen die PLO die Hoffnungen der Palästinenser auf eine baldige Staatsgründung auch mittels des Planes »Land gegen Frieden« schwinden ließen, verlagerten sie ihre Aktivitäten aus dem Bereich des politischen verstärkt in den des sozialen Engagements. Überall wurden Volkskomitees für freiwillige Tätigkeiten gegründet, die sich um den Erhalt der Städte kümmerten, den Armen medizinische Hilfe und juristischen Beistand boten, Haushaltskooperativen und Familienplanungszentren schufen. Das bedeutete auch eine Veränderung und Erweiterung des nationalen Kampfes, denn das Netzwerk der Volkskomitees diente den politischen Gruppierungen als Rekrutierungsfeld und zugleich als Möglichkeit, jene Massenmobilisierung vorzubereiten, deren Stärke sich dann während der Intifada zeigte. Diese Organisationsstrukturen spielten eine tragende Rolle beim Aufstand von 1987 – 1993 und prägten völlig neue Formen des zivilen Ungehorsams und alternative Formen der sozial-ökonomischen Entwicklung aus.<sup>51</sup>

Die PLO als Sammelbecken der palästinensischen Befreiungsbewegung setzt sich aus zahlreichen Organisationen mit unterschiedlichen weltanschaulichen und politischen Orientierungen zusammen. Die bekanntesten unter ihnen sind die »Fatah«, die » Hamas « (Bewegung des Islamischen Widerstandes), der »Islamischen Dshihad«, »Die Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) und die »Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas« (DFLP). Sie sind alle im Westjordanland und im Gaza-Streifen tätig.

Zu einer ausgesprochen kampfbetonten und sich überwiegend selbsttragenden Kraft der PLO wurden die Palästinensischen Fedaijin (Freiwilligen) in Jordanien. Dort entwickelten sie sich zur wichtigsten

---

51 Siehe Rema Hammani: *NGO's, the professionalisation of politics, Race and Class*. Bd. 37. Nr. 2. London 1995; siehe auch Nadine Picandou: Die palästinensische Gesellschaft zwischen nationaler Befreiung und Aufbau des Staates. Veränderte Fronten in der Al-Aksa-Intifada. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin März 2001. S. 4.

militärischen Basis der PLO gegen Israel und gerieten deshalb in Widerspruch und Widerstreit zum jordanischen König *Hussein*. Im September 1970 kam es zum berüchtigten »Schwarzen September-Massaker« der jordanischen Eliteeinheiten gegen die Fedajin. Mehr als 3.000 PLO-Kämpfer fielen diesem Massaker zum Opfer und im Juni 1971 wurde die PLO aus Jordanien vertrieben. Dadurch wurde dem gesamten palästinensischen Widerstand ein Schlag versetzt, von dem er sich bis in die Mitte der 70er Jahre nicht mehr erholen konnte.

Die »*Hamas*« versteht sich nach ihrer Charta vom August 1988 als der palästinensische Flügel der ägyptischen Muslimbruderschaft, die 1928 in Ismailia (Ägypten) von Hassan Al-Banna als islamische Organisation gegründet worden war. Für diese Organisation ist die islamische Welt Palästina und Palästina ist die islamische Welt. 1935 hatten sie aufgerufen, Palästina, das »heilige islamische Vaterland«, durch den *Djihad* (den heiligen Krieg) zu retten. Dementsprechend beteiligte sie sich aktiv an allen arabischen Aufständen gegen die Mandatsmacht Großbritannien und die Einwanderung der Juden nach Palästina, so wie am ersten Krieg zwischen Israel und den arabischen Staaten (1948) und am Suez-Kanal-Krieg 1956. Ziel der Muslimbruderschaft ist die Schaffung einer »islamischen Gesellschaft«, die es staatlich zu organisieren gelte und *erst danach* sei Palästina zurückzugewinnen. Dieses Ziel verfolgen die Mutterorganisation in Ägypten und die aus ihr hervorgegangenen Organisationen in Palästina und in anderen arabischen Staaten bis in die Gegenwart.

Eine solche religiös begründete »islamische Lösung« des Palästina-konflikts kritisierten prominente Vertreter der Muslimbruderschaften den besetzten Gebieten als Abwartepolitik bzw. Verzögerungsstrategie. Sie wandten sich vehement dagegen, bis zum »Jüngsten Tag« abzuwarten mit dem bewaffneten Kampf gegen Israel und verlangten die sofortige Schaffung von paramilitärischen Einheiten. Diese trennten sich von der Muslimbruderschaft und schlossen sich der 1959 gegründeten palästinensischen Widerstandsorganisation »*Fatah*« an. Unter ihnen waren *Yasser Arafat*, *Mahmud Abbas*, *Khalil al-Wazir*, *Salah Khalaf* und weitere, die später in der PLO führende Positionen bekleiden sollten. Die *Fatah* blieb der säkularen Grundorientierung der palästinensischen nationalen Bewegung treu.

Nach dem Verbot der Muslimbruderschaft durch den Präsidenten *Nasser* in Ägypten gab die Muslimbruderschaft in Palästina ihr ursprüngliches konspiratives Organisationsprinzip auf und gründete sich neu als »Islamische Sammlung« unter Führung von *Ahmad Yessin*, der später Führer der *Hamas* wurde. Die palästinensische »Islamische

Sammlung« blieb der ursprünglichen Verzögerungsstrategie und der »islamischen Lösung« der Muslimbruderschaft treu, wurde dafür im Westjordanland und im Gaza-Streifen durch Israel geduldet und durfte sich legal betätigen mit der Auflage, dem palästinensischen Widerstand fern zu bleiben.

Das anfänglich loyale Verhältnis der »Islamischen Sammlung« gegenüber der israelischen Besatzungsmacht stand in krassem Widerspruch zur Haltung Israels gegenüber der palästinensischen nationalen Bewegung, die physisch verfolgt und bekämpft wurde. Die »Islamische Sammlung« samt all ihrer Vernetzung als Nachfolgeorganisation der »Muslimbruderschaft« im Gaza-Streifen und im Westjordanland wurde deshalb durch Israel als »ideologische, politische und militärische Alternative zu dem von der PLO vertretenen Modell des Kampfes«<sup>52</sup> angesehen, die »Israels unmittelbaren Interessen direkt und indirekt« diene.<sup>53</sup> Dadurch drohte der »Islamischen Sammlung« die Isolation und die Marginalisierung in der palästinensischen nationalen Bewegung.

In den Jahren 1980–1988 vollzog sich eine grundlegende Umorientierung der Strategie der »Islamischen Sammlung«, die zur Islamisierung der palästinensischen nationalen Bewegung wesentlich beitragen sollte. Eingeleitet wurde dies durch den Übergang der islamischen Gruppierungen in den besetzten Gebieten zum bewaffneten Kampf, der in der oben genannten Umorientierung seine logische Fortsetzung fand und in der Gründung des »Islamischen Dshihad« und der »Hamas« kulminierte.

Ausschlaggebend für diese Wende waren nationale sowie regionale Faktoren. Erstens hatte der Sieg der Islamischen Revolution im Iran auch Auswirkungen auf die palästinensische Nationalbewegung. Zweitens zerstörten der Friedensvertrag Ägyptens mit Israel (Abkommen von Camp David am 17. September 1978) sowie die Niederlage und der Rückzug der PLO aus dem Libanon (1982) das Vertrauen der islamischen Basis der Palästinenser in den besetzten Gebieten gegenüber der Verzögerungsstrategie ihrer Führung, der »Islamischen Sammlung«. Drittens wuchs die Anerkennung für die PLO (und namentlich die Fatah) als einzige und rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes und viertens stieg das Vertrauen in den bewaffneten Kampf als

---

52 Siehe Jean Francois Legrain: *Islamistes et lutte nationale palestinienne dans les territoires occupés par Israël*. In: *Revue Francaise de Sciences Politiques*. Paris 36 (1986). S. 244.

53 Mohammad K. Shadid: *The Muslim Brotherhood Movement in the West Bank and Gaza*. In: *Third World Quarterly*. London, New York 10 (1988). S. 675.

geeignetes Mittel zur Erlangung der palästinensischen Eigenstaatlichkeit sowie zur Bewahrung der nationalen Identität.

Nach ihren ersten bewaffneten Aktionen wurden die Hamas und der »Islamische Dshihad« durch Israel zur »terroristischen Organisationen« erklärt. Die Hamas verkündete ihrerseits den Dshihad unter der Losung »gegen den zionistischen Feind, überall, an allen Fronten und mit allen Mitteln«.

Die Hamas und den Islamischen Dshihad eint die religiöse Dimension des Palästinakonflikts als Schicksalskampf zwischen dem Islam und dem Judentum. Gemeinsam ist beiden auch die Abgrenzung von der PLO. Während diese Abgrenzung für die Hamas vorrangig religiöser Natur ist, ist sie für den Islamischen Dshihad vor allem politisch bedingt. Die Hamas respektiert die Legitimität der PLO und unterhält kooperative Beziehungen vor allem zum Fatah sowie zur Vereinigten Patriotischen Führung der Intifada. Die Hamas versteht sich gleichzeitig als Alternative zu den von der PLO vertretenen Ideen des säkularen Staates. Der Hauptvorwurf der Hamas an die PLO und an den Fatah richtet sich gegen ihren »Defätismus«, insbesondere gegen die Zwei-Staaten-Option der PLO für Palästina und gegen ihre Verhandlungsbereitschaft mit den USA und Israel, um diese Option zu realisieren. Allerdings akzeptierte die Hamas die Bildung der Autonomiebehörde aufgrund des Osloer Abkommens (1993) als eine Zwischentappe im Kampf um die Rückgewinnung ganz Palästinas. Kenner des israelisch-palästinensischen Konflikts bewerten diese Haltung der Hamas<sup>54</sup> mit dem Prädikat der »politischen Reife« und sehen in ihr »ein Maß an Realismus«; dies entferne sie vom »vereinfachenden Stereotyp einer fanatischen Organisation, die einzig dem Terror verpflichtet ist.«<sup>55</sup>

Gleiches gilt auch für die zweigleisige Politik der Hamas: die »der kontrollierten Gewalt gegen Israel und des Dialogs mit der Palästinensischen Autonomiebehörde.«<sup>56</sup> Die Möglichkeit wird nicht ausgeschlossen, »dass eine Fortsetzung der israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen sowie der Koexistenz von Hamas und der PA

---

54 Die Hamas betreibt in den besetzten Gebieten ein breites Netzwerk wohltätiger Einrichtungen, die zur Linderung der Armut großer Teile der Bevölkerung in einem Gebiet beitragen, wo die meisten staatlichen Institutionen entweder bankrott oder zerschlagen sind und wo dem Träger eines derart lebenswichtigen sozialen Netzwerkes entsprechende Popularität zuteil wird.

55 Wendy Kristiansen: *Low Expectations*. In: *The Middle East*. New York, London (1994). 231. S. 8.

56 Schaul Mishal, Avraham Sela: *The Palestinian Hamas. Vision, Violence and Coexistence*. New York 2000. S. 81.

[Palästinensische Autonomiebehörde – S.L.] die Organisation [ Hamas – S.L.] ermutigen könnte, ein politisches Einvernehmen mit Israel zu suchen«. <sup>57</sup>

Innerhalb der Hamas-Bewegung liegen Pragmatiker und Radikale in ständigem Zwist. Die einen nehmen die veränderte und gewissermaßen auch irreversible politische Situation zur Kenntnis, die durch die Autonomieverträge von Oslo 1993 geschaffen wurde; die anderen versteifen sich auf eine Verweigerungshaltung und rufen weiterhin zur Befreiung von ganz Palästina auf. Die Hamas ihrerseits rief im Gaza-Streifen eine eigene politische Organisation ins Leben: die »Partei der Islamischen Rettung« (Hisb al-Challas al-Islami), die bis zum 2. Februar 2000 den Instruktionen der Hamas Folge leistete. Am 2. Februar 2000 delegierte die Partei der Islamischen Rettung 4 ihrer Mitglieder zu einer Tagung des Palästinensischen Zentralrats – eines der führenden Organe der PLO und Vermittler zwischen dem Nationalrat und dem Exekutivkomitee. Diese Initiative verschärfte den Zwist innerhalb der Hamas, denn die Präsenz der Partei der Islamischen Rettung auf der Tagung der PLO bestätigte die offizielle Zugehörigkeit der Partei zur PLO.

Am 4. Juli 2000, kurz nach dem überstürzten Rückzug der israelischen Armee aus dem Libanon aufgrund der Erfolge des libanesischen Widerstandes gegen die israelische Besatzung Südlibanons und des Zusammenbruchs der »Südlibanesischen Armee«, verkündete die Hamas in den besetzten palästinensischen Gebieten den Dshihad. Widerstand und Märtyrertum seien die einzige Sprache, die Israel verstünde. Palästina und Al-Quds (Jerusalem) seien das alleinige Eigentum der arabischen Nation. Ihrerseits kamen der »Islamische Dshihad« und die PLO im April 2001 überein, dass militärischer Widerstand ein legitimes Recht jedes Volkes sei, das unter Besatzung lebe.

Die Islamisierung der politischen Rhetorik der palästinensischen Nationalbewegung darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die führende Rolle in ihr weiterhin bei der Fatah liegt. Unter ihrer Führung hat sich ein oberstes nationales und islamisches Komitee zur Fortführung des Volksaufstandes gebildet, in dem alle politischen Richtungen vertreten sind.

Als politische Bewegung hat die Fatah seit 1994 eine Vormachtstellung in fast allen Institutionen der Autonomiebehörde inne, in der Zivilverwaltung wie innerhalb der Streitkräfte, aber auch im seit Januar 1996

---

57 Ebenda. S. 170.

bestehenden Legislativrat, in dem die Anhänger des Präsidenten *Arafat* über eine Zweidrittel-Mehrheit verfügen, die ihnen eine uneingeschränkte Macht sichert.

Dazu hatte die kluge Entscheidung *Arafats* maßgeblich beigetragen, unmittelbar mit dem Osloer Vertrag den Befreiungskampf der PLO erstmals auf den heimatlichen Boden von Palästina zu verlegen und ihm damit ein breites Hinterland zu geben. Es war ihm auch gelungen, seine führenden Mitstreiter, seine Anhänger sowie Mitkämpfer nach Palästina zu bringen. Damit hatte er ein unfruchtbares Kapitel abgeschlossen, den Kampf gegen Israel vom Ausland aus, von Beirut, Amman, Tunis und Algier führen zu wollen. Die Bodenhaftung des Kampfes der PLO dürfte die Schlagkraft sowie Effizienz des palästinensischen Widerstandes wesentlich erhöht und dem Ansehen und der Autorität *Arafats* als Palästinenserführer in den besetzten Gebieten und im Ausland wichtige Impulse verliehen haben. Nur wenige Optimisten hatten dies *Arafat* nach dem Debakel von Beirut (1982) noch zugetraut. Er wurde der Präsident eines geachteten Beinahe-Staates und zum meist ghassten, aber auch gesuchten Ansprechpartner Israels.

Damit wuchsen aber auch die Ambitionen der Autonomiebehörde zu einer unkontrollierten Herrschaft, die zu gravierenden Schwächen in der politischen Führung und in der Wirtschaft führen sollten wie zu Vetternwirtschaft und Korruption, Demokratiedefiziten und Missbrauch der Justiz. *Ludwig Watzal*, akribischer Kenner der palästinensischen Wirklichkeit, stellt fest: »Arafat ist Präsident, Regierungschef, Oberster Richter, Staatsanwalt und Verteidiger. Er steht über dem Gesetz, hält alle Macht in seinen Händen und kontrolliert das gesamte Geld, inklusive großer Mengen Hilfsgelder«. <sup>58</sup>

Die Härte und die ungewöhnlichen Bedingungen des Kampfes gegen die stärkste Militärmacht der Region dürften den Machtmissbrauch der Autonomiebehörde gegenüber Andersdenkenden im Inland und in der palästinensischen Diaspora nicht rechtfertigen. Darunter leiden unweigerlich das Vertrauen der Palästinenser gegenüber der eigenen Verwaltung und die Effizienz des Widerstandes.

Eine wichtige Rolle in der Kräftekonstellation der Palästinensischen Autonomiebehörde spielen schließlich die Mitglieder der Fatah-Miliz Tansim, die einst bei den Kommandos der ersten Intifada (arabisch: Aufstand bzw. Abschüttelung) sowie vor allem bei den Falken der Fatah

---

58 Ludwig Watzal: *Friedensfeinde. Der Konflikt zwischen Israel und Palästina in Geschichte und Gegenwart*. Berlin 1998. S. 204.

aktiv waren. Ein Teil von ihnen ist inzwischen bei der Bürokratie der Autonomiebehörde angestellt, die immerhin eine Truppe von etwa 4.000 Bewaffneten unterhält. Aus den übrigen, die nicht unmittelbar bei der Verwaltung der Palästinensischen Behörde in Dienst genommen sind, rekrutieren sich die Verbände des Tansim. Diese halten sich nicht unbedingt an die Anweisungen der palästinensischen Führung.

## 2. *Die erste Intifada*

Die am 9. Dezember 1987 ausgebrochene Intifada geht in die Geschichte der palästinensischen nationalen Befreiung als eine zivile Volkserhebung ein, in der unbewaffnete Zivilisten in den besetzten Städten und Gemeinden gegen die Besatzungsmacht antraten. Sie ist als spontane Reaktion eines unterdrückten Volkes auf die erlittene nationale Erniedrigung, Demütigung und Repression, auf die Not, die Landenteignungen, das aggressive Verhalten der Siedler, auf die Angst vor Deportationen und aus Verzweiflung über die Massaker in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila entstanden. Die Intifada wurde getragen vom Hass der Palästinenser auf die Besatzer, die ihnen das Leben im eigenen Lande immer unerträglicher machten. Sie war der Kampf eines Volkes, das spürte, nichts mehr verlieren zu können als die Unterdrückung und Erniedrigung. Mit der Intifada wurde der Versuch unternommen, die besetzten Gebiete soweit wie möglich von Israel abzukoppeln, sich auf die eigenen Kräfte zu besinnen und die Bevölkerung auf einen langfristigen Widerstand vorzubereiten. Sie verstand sich auch als Antwort auf die Veränderung im Stil der Besatzung, die der Likud-Block nach seiner Regierungsübernahme vollzog, indem er alle Selbstverwaltungsstrukturen der Palästinenser zerschlug und alle 1976 gewählten palästinensischen Bürgermeister absetzte.

Die Selbstverwaltungsstrukturen waren geschaffen worden, als die Hoffnungen der Palästinenser auf eine baldige Staatsgründung Anfang 1982 schwanden. Sie sollten eine tragende Rolle in der Intifada spielen, die von 1987 bis 1993 andauerte.

Für Israel und seine Armee kam die palästinensische Volkserhebung völlig überraschend und stellte sie vor die bislang größte politische und zugleich militärische Herausforderung in der noch jungen Geschichte des Landes. Nach dem militärischen Desaster des Libanon-Abenteuers vertiefte die Intifada die Identitätskrise der israelischen Gesellschaft und ihrer Armee.

Völlig unerwartet kam die Intifada auch für die PLO-Führung. Für ihren Volkscharakter spricht die Tatsache, dass sie nicht von der damals noch im Exil (in Tunis) ansässigen Führung der PLO angeordnet oder gebilligt worden war. Sie wurde vielmehr von zusammengeschlossenen örtlichen Räten und PLO-Stäben angeführt und erst ein Jahr später von der PLO-Exil-Führung in Algier auf einer Sitzung des PLO-Rates im November 1988 nachträglich sanktioniert.

Die Autonomieregelung, die den Palästinensern 1993 im Rahmen des Osloer Vertrages angeboten wurde, war nicht zuletzt eine Folge der Intifada. Israel hoffte, die aufständische Bevölkerung auf Abstand zu halten, indem man sie unter die Aufsicht einer palästinensischen Verwaltung stellte, die nach Berechnungen Israels zum verlängerten Arm der israelischen Sicherheitsinteressen werden sollte. Israel hoffte, auf diese Weise eine Radikalisierung des Aufstandes verhindern zu können, ohne sich durch Rückgriffe auf unzeitgemäße Formen kolonialer Unterdrückung zu kompromittieren. Die geografische Trennung durch die Teilung in palästinensische Autonomiegebiete – Westjordanland und Gaza-Streifen – einerseits und Israel andererseits schien Israel das beste Mittel gegen die Gewalt und die Intifada. Der Osloer Vertrag dürfte tatsächlich den Abbruch der ersten Intifada zur Folge gehabt haben. Fünf Jahre lang war es Israel nicht gelungen, diese Intifada zu ersticken, trotz aller militärischer Überlegenheit und Gewalt, die 1.500 Tote, Zehntausende Verletzte und Tausende Verhaftungen verursacht hatte.

### *3. Der Osloer Friedensprozess*

Der Begriff »Friedensprozess« existiert, seitdem der israelische Staat sich bereit erklärt hatte zu Verhandlungen mit seinen arabischen Nachbarn und mit den Palästinensern unter US-amerikanischer Vermittlung. Dieser Begriff wird für einen Vorgang gebraucht, der von israelischer Seite als Separation bzw. Abtrennung bezeichnet wurde. Für Israel bestand das Ziel des Friedensprozesses darin, eine Trennung zwischen der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiete und dem israelischen Kernland vorzunehmen.

Ganz unterschiedlich wird die nach dem ägyptisch-israelischen Separatfrieden von 1978/79 beliebt gewordene Floskel vom Friedensprozess im Nahen Osten interpretiert. Mancher bestimmt ihn als einen starken »Euphorismus, wenn nicht eine irreführende Bezeichnung für

die tatsächliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel, seinen arabischen Nachbarn und den Palästinensern«. <sup>59</sup>

Für *Edward Said*, einen an der Columbia University in den USA lehrenden Palästinenser, war der »Osloer Friedensprozeß ein hoffnungsloser Irrläufer seit der ersten Stunde«, denn die »Führer der Arbeiterpartei [Arbeitspartei – S.L.] und des Likud-Blocks machten kein Hehl daraus, daß der Osloer Vertrag die Palästinenser in unzusammenhängenden Enklaven abschotteten sollte: umringt von israelisch kontrollierten Grenzen und zerschnitten von Siedlungen und Siedlungsstraßen, die den Zusammenhalt der Gebiete zerstörten«. <sup>60</sup>

Die USA haben stets versucht, den Eindruck einer ausgewogenen Schirmherrschaft über den Friedensprozess zu erwecken, die sie jedoch seit Jahrzehnten durch ihr Engagement für ihren strategischen Verbündeten Israel selbst ad absurdum geführt haben. Einhellig betrachtet die arabische Öffentlichkeit die Vermittlerrolle der USA als Betrugsmanöver. Wie konnte ein strategischer Verbündeter einer der Konfliktparteien auch die Hoffnung hegen, als »ehrlicher Makler« durchzugehen? Israels Schutzmacht USA verstand unter »Friedensprozess« die allmähliche und kontinuierliche Zurückdrängung palästinensischer Forderungen als Vorleistung für einen sogenannten Friedensschluss, der die Kapitulation der Palästinenser bedeuten sollte. Dieser Friedensprozess konnte nicht der Beginn einer neuen Etappe des palästinensischen Emanzipationsprozesses werden, sondern der Anfang vom Ende dieses Prozesses. Denn am Ende hätten die Unterdrückten ihre Unterdrücker legitimiert, bevor die Besatzung ein Ende gefunden hätte, bevor ihr Staat entstanden, bevor ihre nationale Identität rechtskräftig geworden wäre.

Dass es so und nicht anders kam, zeigten die dem Osloer Vertrag vom September 1993 folgenden Entwicklungen des so genannten Friedensprozesses.

Nach der Unterzeichnung der Prinzipienklärung von Oslo markierten zwei größere Etappen diese Entwicklung: *Erstens* das Abkommen von Kairo (auch »Gaza-Jericho-Abkommen« genannt) vom 4. Mai 1994 über die Modalitäten zur Durchführung der palästinensisch-israelischen Prinzipienklärung, die den Beginn der »Palästinensischen

---

59 Andreas Rieck: Der Golfkrieg als Schlüsselereignis für den arabisch-israelischen Konflikt: Aus Politik und Zeitgeschichte 7-8 (1991). Beilage zu: Das Parlament. Bonn. 8. Februar 1991. S. 39.

60 Edward Said: Die Wut und ihr Recht. Ende eines Friedensprozesses. In: »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 12. Oktober 2000. S. 49.

Selbstverwaltungen« und die Bildung einer palästinensischen Behörde in Gaza und im Westjordanland vorsah. Ein weiteres Abkommen des Jahres 1994 regelte die Modalitäten der Ausdehnung der Autonomie auf acht Bereiche: Arbeitsverwaltung, Gas und Öl, Handel, Industrie und Landwirtschaft sowie lokale Verwaltung, Versicherung, Post und staatliche Datenerfassung. *Zweitens* die Unterzeichnung des israelisch-palästinensischen Taba-Interimsabkommens (auch Oslo II genannt) vom 28. September 1995, das den Rückzug Israels aus den großen palästinensischen Städten des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens ermöglichen sollte. Die Aufteilung des Autonomieterritoriums in A-, B- und C-Zonen<sup>61</sup> wurde durch Oslo II zur bösen Realität: Der Sieger hatte seine Diktatur über den Besiegten völkerrechtlich sanktionieren lassen.

Zone A war der weitgehenden palästinensischen Autonomie unterstellt und umfasste nur 3 Prozent des Westjordanlandes. Weitere 23 Prozent der Westbank – meist dörfliche Gebiete – wurden zur Zone B mit geteilter israelisch-palästinensischer Zuständigkeit erklärt. Die Zone C, die 74 Prozent des Westjordanlandes ausmacht, enthält alle größeren jüdischen Siedlungen – 145 an der Zahl –, neuerdings Siedlungsblöcke genannt, sowie die neu »erschlossenen« Gebiete um Ost-Jerusalem. Alle diese Gebiete der C-Zone bleiben voll unter israelischer Kontrolle.

Die Gebiete unter vollständiger palästinensischer Kontrolle (Zone A) sind, wie die Karten es beweisen, ein Flickenteppich unzusammenhängender Enklaven, die weder das besetzte Ost-Jerusalem umfassen noch die Gebiete, die an andere arabische Länder grenzen. Wie die Karten weiter zeigen, ist das Westjordanland in drei Kantone aufgeteilt, während die jüdischen Siedlungen zugleich bestehen bleiben. Und Ost-Jerusalem bietet das Bild eines unentwirrbaren Gemenges aus jüdischen Siedlungen und palästinensisch kontrollierten Zonen.<sup>62</sup>

Ein bemerkenswerter Realitätssinn ist dem israelischen Polizeiminister *Moshe Shahal* zu bestätigen, der das Taba-Abkommen (Oslo II) folgendermaßen charakterisierte: Arafat wurde gezwungen, »ein Abkommen zu unterzeichnen, das die de facto und de jure Anerkennung des jüdischen Siedlungsnetzes in den Territorien einschließt [...] Wenn Oslo I den Palästinensern in der Interimsperiode alles außer den Sied-

61 Siehe Karte Nr. 5: Die palästinensischen Autonomiegebiete – Westjordanland und Gaza-Streifen – nach Oslo I und Oslo II. Aus: »Die Welt«. Hamburg vom 10. Oktober 2000. S. 2.

62 Siehe Faisal Hussein: Der verpasste Kompromiss. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin Dezember 2000. S. 15.

## Die palästinensischen Autonomiegebiete



Karte 5: Die palästinensischen Autonomiegebiete – Westjordanland und Gazastreifen – nach Oslo I und Oslo II

lungen gegeben hat, hat Oslo II all das umgekippt, was zugesagt war und mit Ausnahme der palästinensischen Städte alles in den Händen Israels gelassen«. <sup>63</sup>

Nach der Evakuierung der wichtigsten palästinensischen Städte bis Anfang 1996 und der späteren partiellen Evakuierung Hebrons im Januar 1997 kontrolliert die palästinensische Autonomiebehörde nicht mehr als 4 Prozent des Territoriums und nicht mehr als 20 Prozent der Bevölkerung des Westjordanlandes. In ca. 450 Dörfern – das sind 27 Prozent dieses Territoriums und 70 Prozent dieser Bevölkerung – hat sie nur kommunale Macht, die israelische Armee behält sich in ihrer Verantwortung für die Sicherheit das Recht vor, jederzeit in dieses Territoriums einzudringen – im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus. Während Israel somit die Handhabe über 70 Prozent des Westjordanlandes beibehält, schließen seine Siedlungen und seine Armee diese palästinensischen Inselchen ein. Das tägliche Leben wird damit unerträglich. Menschen und Waren können sich nicht mehr frei bewegen. Die Agrarprodukte palästinensischer Bauern verfaulen an den Übergängen zu Israel, das den gesamten Handel mit der Außenwelt kontrolliert. Kinder sterben, weil sie nicht in Krankenhäuser gebracht werden können. Oft können Studenten nicht zu ihren Universitäten kommen. Die Arbeitslosigkeit ist im Westjordanland und im Gaza-Streifen von 18 Prozent im Jahre 1993 auf 34 Prozent 1996 gestiegen. <sup>64</sup> Der Traum von einem auf Entwicklung gegründeten Frieden wurde zum Alptraum.

Während des Friedensprozesses haben besonders jüdische Siedlungen im Autonomiegebiet zugenommen, sowohl unter der Regierung der Arbeitspartei als auch der Likudpartei, wodurch jegliche palästinensische territoriale Kontinuität unmöglich gemacht wurde. Im Zeitraum vom September 1993 bis zur Übernahme der Regierung durch die Likudpartei im Mai 1996 ist die Zahl der Siedler im Westjordanland (außer Jerusalem) von 100.000 auf 145.000 gestiegen. Der Staat gab grünes Licht für den Bau tausender Wohnungen, während mehr als 12 Prozent von ihnen leer stehen. Das Abkommen zur Räumung Hebrons vom 15. Januar 1997, unterzeichnet durch die Regierung des Ministerpräsidenten *Netanyahou*, wurde als eine »historische Wende« in der Politik der Likud gepriesen. In Wahrheit reflektiert es die Kräftekonstellation, die sich neu etabliert hatte. »Wir verlassen Hebron nicht«,

---

63 Siehe Alain Gresh: Comment la paix fut manquée. Zitiert nach News from within. Jerusalem Oktober 1995. In: Le Monde diplomatique. Manière de voir. Paris Novembre – Décembre 2000. S. 15.

64 Ebenda.

sagte *Netanyahou*, »wir breiten uns wieder aus in einem Teil der Stadt. Wir bleiben in all den Städten, wo eine jüdische Präsenz existierte, existiert und weiter existieren wird. Die israelischen bewaffneten Kräfte, und nur sie, werden die Kontrolle und die Verantwortung beibehalten und werden überall dort ohne jegliche Einschränkung weiterwirken...«<sup>65</sup>

Der Friedensprozess samt seines Vertragssystems beweist eindeutig, dass das Ziel der israelischen Regierung in den sogenannten Friedensgesprächen mit den Palästinensern in der Annexion größtmöglicher Teile der Autonomiegebiete und Jerusalems bestand, wobei die Siedlungen von ihr nicht als Handicaps, sondern als Trumpf instrumentalisiert wurden.

»In den besetzten Gebieten geht täglich die Erweiterung der Siedlungen vor sich. Boden wird enteignet, Häuser werden demoliert«, so der israelische Journalist *Uri Avnery*, »die Palästinenser glauben, sie werden täglich im ganzen Lande, in den ganzen besetzten Gebieten von Israel angegriffen, und sie sehen, dass in dem sogenannten ›Friedensprozess‹ überhaupt nichts vor sich geht. Viel Gerede, aber nicht ein einziger Schritt vorwärts.«<sup>66</sup>

Wut und Widerstand sind die Ergebnisse der bertichtigten Abriegelungen palästinensischer Gebiete durch Israels Armee. Sie »verstärken das Gefühl, immer mehr von Israel abhängig zu sein. Es scheint, als habe die Autonomie nicht nur keinen Abbau des Besatzungsregimes gebracht, sondern die Bevölkerung mehr denn je den israelischen Behörden ausgeliefert«<sup>67</sup>, schreibt Nadine Picandou. »Es herrscht das allgemeine Gefühl«, heißt es bei der Autorin weiter, »die Dynamik des Friedensprozesses sei so sehr von außen bestimmt, dass die Gesellschaft darauf keinen Einfluss mehr nehmen könne. Seit sieben Jahren wird die palästinensische Führung mit dem Argument, der Frieden sei dringend geboten, regelrecht erpresst. Der Druck, ein ungünstiges Kräfteverhältnis hinzunehmen und damit letztlich jede Entscheidungsfreiheit aufzugeben, ist enorm.«<sup>68</sup>

65 Pressekonferenz von Herrn Benjamin Netanyahou vom 16. Januar 1997. Wiedergegeben vom *Summery of World Broadcasts*, BBC. London. 18. Januar 1997.

66 Uri Avnery: Interview durch Klaus Bednarz. In: »Monitor«. ARD vom 19. Oktober 2000.

67 Nadine Picandou: Die palästinensische Gesellschaft zwischen nationaler Befreiung und Aufbau des Staates. *Veränderte Fronten in der Al-Aksa -Intifada*. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin März 2001. S. 4.

68 Ebenda.

Auch das Wye Abkommen – Wye Plantation 1998 – verfehlte seine Zielsetzung. Es hatte den israelischen Abzug aus weiteren 13,1 Prozent des Westjordanlandes festgelegt. Der Berg kreite und gebar ein Mäuschen. Israel zog sich nur aus 2 Prozent zurück. Danach wurde der Abzug (wegen anstehender Wahlen in Israel!) gestoppt. Alles musste danach mit dem neuen Ministerpräsidenten *Ehud Barak* neu verhandelt werden.

Die gescheiterten Verhandlungen von Camp David waren im Juli 2000 der vorläufige Endpunkt des Friedensprozesses. Israel hatte versucht, mit Unterstützung der USA den Palästinensern so weitreichende Zugeständnisse abzurufen, »dass sie für das palästinensische Volk niemals akzeptabel gewesen wären. Und auch nicht – was den Punkt Jerusalem betrifft – für die arabische und muslimische Welt insgesamt. Damit war das Gipfeltreffen gescheitert«. <sup>69</sup> Zu den oben genannten Kompromissen gehörte nach *Faisal Husseini* besonders die Forderung Israels, dass im abzuschließenden Vertrag alle Siedlungen als Teil Israels weiterbestehen müssten und dass Israel im Westjordanland kein erobertes Gebiet aufgeben wollte. <sup>70</sup>

Camp David hat offenbart, dass Israel in all den Jahren des Friedensprozesses hauptsächlich auf Zeit gespielt hat, um sein Besatzungsregime aufrecht zu erhalten, die Siedlungspolitik fortzusetzen, die Rückkehr der Flüchtlinge zu verhindern und schließlich den Palästinensern ein politisches System nach dem Modell der ehemaligen südafrikanischen Bantustans aufzuzwingen sowie die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates systematisch zu durchkreuzen.

Die große Mehrheit der Palästinenser glaubt nicht mehr an Verhandlungen. Zehn Jahre lang wurde verhandelt, und in dieser Zeit haben die Israelis immer neue Siedlungen und Straßen für die Siedler errichtet. Für die Flüchtlinge in den Autonomiegebieten und in den arabischen Staaten wurde das Leben noch unerträglicher.

Israel kontrolliert alle Grenzen der palästinensischen Gebiete zu den Nachbarstaaten und entscheidet allein darüber, wer nach Palästina gelangen und wer Palästina verlassen darf. Die Autonomiebehörde bleibt ohne eigene Währung und ohne das Recht, ihren Bewohnern international gültige Personaldokumente ausstellen zu können. Die israelischen Kontrollposten entscheiden, wer die Grenzen zwischen einer Zone A und der diese umgebenden Zone B bzw. C betreten oder verlassen, wer vom Gaza-Streifen in das Westjordanland oder aus dem Westjordanland

---

69 Faisal Husseini: Der verpasste Kompromiss. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin Dezember 2000. S. 15.

70 Ebenda.

nach Jerusalem reisen darf. Was unterscheidet eigentlich dieses Regime von den berüchtigten südafrikanischen Bantustans?

Was hat der sogenannte Friedensprozess also den Palästinensern gebracht?

- Ein zerstückeltes Westjordanland in »A-, B- und C-Zonen« und eine palästinensische Kontrolle über ganze 18 Prozent dieses Teils der Autonomiebehörde. Israel behält die Kontrolle über 61 Prozent.
- Einen Gaza-Streifen, geteilt in »gelbe, weiße, blaue und grüne Gebiete«. 6000 Siedler nennen 40 Prozent davon ihr Eigentum. Eine Million Palästinenser sind in den Rest gesperrt.
- Ein stark umkämpftes Ost-Jerusalem, völlig getrennt von der übrigen palästinensischen Welt.
- 200 Quadratkilometer Acker- und Weideland, ihren palästinensischen Eigentümern geraubt und für den Bau der israelischen Siedlungen, Siedlungsstraßen und Infrastruktur verwendet.
- 400.000 Siedler im Jahre 2001, doppelt soviel wie 1967, mit einem modern gestalteten Netz von Schnellstraßen und sogenannten Umgehungsstraßen für Siedlungen, die den Lebensraum des palästinensischen »Friedenspartners« in kleine isolierte Inseln zerschneiden und damit das Entstehen einer lebensfähigen konkurrierenden Volkswirtschaft verhindern.

Verheerend sind die Kosten der Belagerung der Autonomiegebiete durch Israel. Nach einem UN-Bericht kostet die Belagerung die palästinensische Wirtschaft täglich 8,6 Millionen Dollar (körperliche Schäden, Verlust an Steuereinnahmen und die Kosten für die Versorgung von mehr als 10.000 Verletzten nicht mitgerechnet). Insgesamt haben sich die Verluste zwischen September 2000 und Februar 2001 auf 1,5 Milliarden Dollar summiert, was gleichbedeutend ist mit einem Niedergang des Bruttoinlandsprodukts um 20 Prozent. Armut hat um 50 Prozent zugenommen und betrifft inzwischen 32 Prozent der gesamten Bevölkerung und die Arbeitslosigkeit ist auf das Niveau von 38 Prozent der arbeitenden Bevölkerung angestiegen (palästinensische Quellen nennen noch erheblich höhere Werte).<sup>71</sup>

Mit *Ariel Scharons* Machtantritt endet der siebenjährige »Osloer Friedensprozess«. Der israelische Publizist *Amos Wollin* berichtet, dass

---

71 Siehe Mouin Rabbani: Kräfteverhältnisse im Umfeld der Intifada. In: Israel, die Palästinenser und wir. Marxistische Blätter (Special). Essen 4-01 (Juli–August) 2001. S. 21f.

kurz nach *Scharons* Machtantritt am 6. Februar 2001 der neue US-Außenminister *Colin Powell* seine Leute im State Department anwies, den bisher üblichen Ausdruck »peace process« (Friedensprozess – als Markenzeichen für Oslo) im Zusammenhang mit den israelisch-palästinensischen Beziehungen nicht mehr zu verwenden. Der noch amtierende israelische Regierungschef *Barak* stellte am 8. und 9. Februar 2001 in Notizen an den USA-Präsidenten *Bush*, an den palästinensischen Präsidenten *Jasser Arafat* und den EU-Präsidenten fest, dass die während seiner Amtszeit getroffenen Vereinbarungen mit den Palästinensern die neue *Scharon*-Regierung nicht verpflichteten. Alle bisherigen »unproduktiven Ideen« – alles, was beim Camp-David-Gipfel im Juli 2000 und später in Washington und Taba besprochen wurde – sind damit ebenfalls vom Tisch. Und schließlich stellte der neue US-Präsident *George W. Bush* auch seines Vorgängers letzte »Überbrückungsvorschläge« für eine Konfliktlösung auf die Liste der nicht mehr gültigen Dokumente.<sup>72</sup>

Statt eines Abkommens über eine umfassende friedliche Lösung des Konflikts will *Scharon* nach den Worten des israelischen Publizisten »langfristige Zwischenabkommen« erzwingen. Dabei sollen sogenannte heikle Fragen wie die Zukunft Jerusalems und das Flüchtlingsproblem ausgeklammert werden. Die Palästinenser lehnen dieses System von Zwischenlösungen auch deshalb ab, so *Wollin*, weil es den israelischen Besetzern auf unbegrenzte Zeit den weiteren Ausbau der Siedlungen und die Fortsetzung der expansiven »Judaisierung« im Raum Groß-Jerusalem ermöglicht und damit die Hoffnung auf palästinensische Selbständigkeit im Westjordanland und im Gaza-Streifen weiter reduziert.<sup>73</sup>

#### 4. Die zweite Intifada

Nicht nur die Zeiten haben sich beim zweiten Volksaufstand der Palästinenser geändert, gravierend geändert haben sich besonders auch sein Umfeld, seine Methoden und seine Ziele.

Die erste Intifada der Jahre 1987 bis 1993 hatte den Friedensprozess maßgeblich mit initiiert. Der neue Aufstand seit Ende September 2000

---

72 Siehe Amos Wollin: Freie Bahn für den rechten »Bulldozer« Ariel Scharon. Mit dem Amtsantritt von Israels neuem Premier endet der Osloer Friedensprozess. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 15. Februar 2001. S. 3.

73 Ebenda.

ist auf den Trümmern eines Friedensprozesses entstanden, der dem palästinensischen Volk Enttäuschung und Erniedrigung gebracht hat.

»Diese Intifada hat ja ihre Ursache in einer tiefen Enttäuschung, im Frust, in Bitterkeit über die Ergebnislosigkeit der Verhandlungen und über die fortdauernde völkerrechtswidrige Besiedlung«, meint die israelische Anwältin *Felicia Langer*. »Die Palästinenser haben erlebt, daß man sie betrogen hat, daß sich die Situation für sie nicht geändert, eher verschlimmert hat.«<sup>74</sup>

Noch vor sieben Jahren waren es vorwiegend unbewaffnete Zivilisten, die gegen die israelischen Besatzer antraten. Diesmal werden unbewaffnete Proteste stellenweise von gewaltsamem bewaffnetem Widerstand begleitet, innerhalb und an den Rändern der palästinensischen Autonomiegebiete, in der unmittelbaren Nähe jüdischer Siedlungen und israelischer Armee-Kontrollpunkte, »also an den Fronten zwischen zwei feindlichen Territorien.«<sup>75</sup>

Die neue Intifada wird offiziell als bewaffneter Konflikt eingestuft und nicht mehr nur als gewalttätige Auseinandersetzung in Friedenszeiten. Dieser Wandel in der Einschätzung des Al-Aksa-Aufstandes hat weitreichende Konsequenzen: Statt erst einmal »nur« mit Gummigeschossen zu schießen, dürfen die Soldaten nun jederzeit sofort scharf feuern. Eine Generalmobilmachung wird durch die Militärs gefordert. Alle Reservisten sollen einberufen werden, um die im Westjordanland eingesetzten Soldaten abzulösen, damit sich diese auf einen Krieg mit den Nachbarstaaten vorbereiten können.

Das Netzwerk der Volkskomitees, das den politischen Gruppierungen während der ersten Intifada als Rekrutierungsfeld und zugleich als Möglichkeit zur Massenmobilisierung diente und deren Stärke sich dann während des Aufstandes zeigte, ist unter den Bedingungen der neuen Intifada nicht mehr in der Lage, seine frühere führende Rolle zu spielen. Die Masse der Bevölkerung in den palästinensischen Autonomiegebieten ist offensichtlich müde geworden und, wenn überhaupt, schwer zu mobilisieren. Hauptursache dafür ist die dramatische Verschlechterung der Lebensbedingungen und die zunehmende Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die die Autonomie gebracht hat: Den Palästinensern ist das Verlassen der von ihnen bewohnten Gebiete verboten.

74 Felicia Langer: Quo vadis, Israel? Interview mit Felicia Langer. In: Marxistische Blätter (Special). S. 84.

75 Siehe Nadine Picandou: Die palästinensische Gesellschaft zwischen nationaler Befreiung und Aufbau des Staates. Veränderte Fronten in der Al-Aksa-Intifada. In: »Le Monde diplomatique«. S. 4.

Überall patrouilliert israelisches Militär. Auf jeder Ortseingangs- und -ausgangsstraße begegnet man sogenannten Checkpoints – von israelischer Armee besetzte Kontrollpunkte, an denen sogar Krankenwagen mit Blaulicht oft stundenlang aufgehalten werden. Seit 1. Oktober 2000 wurden 120.000 Palästinenser, die in Israel gearbeitet hatten, entlassen. 200.000 Menschen können ihre Arbeitsplätze in den palästinensischen Gebieten nicht erreichen. Den palästinensischen Bauern wird der Zugang zu ihren Olivenbäumen und Obstplantagen verwehrt, die Ernte verkommt. Handel und Tourismus sind zum Erliegen gekommen. Zeitweise werden Energie, Telefon und Internet abgeschaltet.<sup>76</sup>

»Man muss sich vielleicht auch einmal vergegenwärtigen, was Gewalt bedeutet«, stellt die bekannte israelische Publizistin *Felicia Langer* fest: »34 Jahre Besatzung, Besiedlung, Landnahme, Zerstörung von Obstbäumen und Pflanzungen, ungerechte Wasserentnahme, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. All das ist Gewalt. Wir Israelis herrschen dort mit Gewalt.«<sup>77</sup>

Die Menschen haben das Gefühl, immer mehr von Israel in Abhängigkeit zu geraten. Sie lasten der Autonomie an, dass sie nicht nur keinen Abbau des Besatzungsregimes gebracht, sondern sie mehr denn je der Willkür der israelischen Behörden ausgeliefert hat. Deshalb sind sowohl die sozialen als auch die politischen Strukturen, von denen die erste Intifada solidarisch getragen wurde, nach und nach zerfallen. Die neuen Widerstandsformen und vor allem der bewaffnete Widerstand haben zwar weiterhin die Unterstützung der Mehrheit der Palästinenser der Autonomiegebiete, sie werden aber von einer Minderheit in die Tat umgesetzt. Palästinenser sehen in der neuen Intifada eine langwierige, zermürbende Konfrontation mit Israel. Nach der Ernüchterung über den fruchtlosen siebenjährigen Verhandlungsprozess haben die Palästinenser nicht das Gefühl, dass das in allen Belangen haushoch überlegene Israel wirklich einen umfassenden und dauerhaften Frieden mit Gleichberechtigten will. Viele glauben, dass die Israelis nur noch unter dem Druck von Verlusten eine annehmbare politische Lösung zugestehen. Unter den verzettelten Palästinensergruppen hat sich ein breiter nationaler Konsens durchgesetzt, der die Fatah, die Volksfront für die Befreiung Palästinas, die Hamas, den Islamischen Dshihad, Akademiker, gewöhnliche

---

76 Hans Lebrecht: Wer führt den Aufstand der Palästinenser an? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen alter und neuer Intifada. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 21. November 2000, S. 3.

77 Felicia Langer: Quo Vadis, Israel? Interview mit Felicia Langer. In: Marxistische Blätter (Special). Israel, die Palästinenser und wir. Essen Juli–August 2001. S. 86.

Bürger und einfache Intifada-Aktivisten von der Straße eint. »Die Palästinenser empfinden ihren Widerstand [...] als nationale Reaktion«, stellt die »Neue Zürcher Zeitung« fest. »Dieser ist für sie zugleich auf absehbare Zeit die letzte Chance, jemals eine angemessene Regelung im Einklang mit dem Mitbestimmungsrecht zu ertrotzen. Deshalb will auch niemand frühzeitig einlenken.«<sup>78</sup>

Die führende Rolle in der neuen Intifada ist unter diesen veränderten Bedingungen an die Fatah und das von ihr geführte Oberste Nationale und Islamische Komitee zur Fortführung der Intifada übergegangen, in dem alle politischen Richtungen der palästinensischen Gesellschaft vertreten sind. Man hat aus den bitteren Erfahrungen der Jahre die Lehre gezogen, dass man »nicht mehr auf die USA als neutrale und im Sinne des Völkerrechts gerechte Staatsmacht in einem Verhandlungsprozess zählen kann. Als Aufgabe stellt sich die Führung heute, dem israelischen Volk, seiner Regierung und auch den mit ihnen verbündeten Amerikanern die Illusion von Frieden zum Billigpreis auszutreiben... Nach Maßgabe der Osloer Abkommen unterhält die Autonomiebehörde offiziell Sicherheitskräfte mit 15.000 Sturmgewehren und Pistolen sowie 240 schweren Maschinengewehren. Zudem treten vermehrt auch irreguläre Milizen auf, die wahrscheinlich nochmals viele tausend Sturmgewehre aus illegalen Beständen besitzen. Entsprechend ernst nimmt die israelische Regierung die Drohung der Lokalkommandanten, dass die Israelis nicht ungestraft die Volksproteste blutig unterdrücken könnten. »Als ein Volk unter der Fremdbesetzung haben wir das Recht auf Widerstand«, unterstrich *Abu Ali Mustafa*,<sup>79</sup> »und wie wir dafür Waffen benutzen, das entscheiden wir.«<sup>80</sup>

Während die Palästinenser seit Generationen mit immer neuen Opfern leben mussten, zeigte Israel durch seinen sogenannten einseitigen Abzug aus Südlibanon im Frühjahr 2000, dass das israelische Volk andauernde Verluste über längere Zeit, wie im Libanon, nicht mehr hinzunehmen bereit ist. Eine zivilisierte und anspruchsvolle Industriegesellschaft, wie die Israels, so die Logik der Palästinenser, kann die sporadischen Gewalteinbrüche des Chaos nicht lange verkraften: die Regierung gerät unter massiven Druck der Bevölkerung, um Abhilfe zu

78 Siehe Victor Kocher: Wer gewinnt eine Intifada mit Freischerlern? In: »Neue Zürcher Zeitung« vom 18.–19. November 2000. S. 3.

79 Ranghöchster von Israel im Jahre 2001 ermordeter palästinensischer Politiker, Generalsekretär der Volksfront für die Befreiung Palästinas mit dem bürgerlichen Namen Mustafa al-Sibri.

80 Siehe Victor Kocher: Wer gewinnt eine Intifada mit Freischerlern? S. 3

schaffen. Die Palästinenser hingegen leben ohnehin längst in befehlsmäßigen Strukturen und haben wenig zu verlieren. Hinzu kommt noch die Enttäuschung der Palästinenser über die Ineffizienz und den Mangel an Demokratie und Transparenz der eigenen Verwaltung. Nicht nur Radikale der Hamas-Bewegung und des Islamischen Dshihad machen aus ihrem Protest kein Hehl, dass die Autonomiebehörde zu nachgiebig sei gegenüber dem israelischen »Partner«. Indirekt richten sich die Proteste auch gegen das Autonomieregime. Zugleich verkörpert *Arafat* eindeutig den nationalen Befreiungskampf, der es auch diesmal verstanden hat, sich an den Hoffnungen seines Volkes zu orientieren. Alle nationalen und islamistischen Organisationen, einschließlich der Hamas und des Islamischen Dshihad, haben sich – erstmals seit 1987 – einer gemeinsamen Führungsstruktur untergeordnet und akzeptieren die Fatah als die führende Kraft der Intifada. Das Neuartige an dieser Bewegung ist, dass sie sich als Organisation auf die Anwendung von Gewalt – auch Waffengewalt – gegen die israelischen Siedler wie Soldaten in den besetzten Gebieten verständigt hat.

Die strategischen Zielsetzungen der neuen Intifada sind nicht vergleichbar mit denjenigen des ersten Aufstands. Damals ging es um den legitimen Widerstand gegen die Besatzung und den israelischen Terror sowie um die Anerkennung des Rechts auf Staatlichkeit. Diesmal geht es nicht mehr um eine solche Anerkennung, sondern »um die Befreiung der 1949 in arabischer Hand verbliebenen 22 Prozent des ursprünglichen palästinensischen Gebietes im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems und des gesamten Gaza-Streifens – aller Gebiete also, die Israel mit Waffengewalt eroberte. Das Recht der Palästinenser auf diese Gebiete wurde in den UNO-Resolutionen 242 und 338 international verbrieft und von Israel in der Osloer Prinzipienklärung und allen folgenden Interimsabkommen ausdrücklich anerkannt«. <sup>81</sup>

Die Wahrnehmung des Rückkehrrechts der 3,5 Millionen palästinensischen Flüchtlinge wie auch die Freilassung der über 3000 Intifada-Gefangenen aus israelischen Gefängnissen gehören ebenfalls zu den strategisch-politischen Zielsetzungen der gegenwärtigen Intifada.

Die Existenz der jüdischen Siedlungen mitten im palästinensischen Territorium und der Bau immer neuer Siedlungen machen die Idee von einem unabhängigen und lebensfähigen Staat Palästina sowie die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge in ihre Heimat zur Illusion. Des-

---

81 Hans Lebrecht: Wer führt den Aufstand der Palästinenser an? Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen alter und neuer Intifada. S. 3.

halb haben sich diese Siedlungen zu einer unerbittlich umkämpften Konfliktzone und ihre Befreiung zu einer entschiedenen Zielsetzung des neuen Aufstandes entwickelt. Die allerwichtigste Botschaft der zweiten Intifada lautet eindeutig: Israel muss sich entscheiden zwischen dem Frieden und der Rückgabe der im Juni 1967 besetzten Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalem: keinen Kilometer mehr, keinen weniger!

Im übrigen waren die palästinensischen Verhandlungspartner in Camp David bereit, über einen Gebietsaustausch mit Israel nachzudenken. Falls Israel die angrenzenden Gebiete zu annektieren trachtet, in denen sich die meisten Siedlungen befinden, dann sollte es entsprechende Gebietsanteile vom israelischen Territorium an Palästina abtreten.

Die Palästinenser gehen davon aus, dass sie mit der Aufgabe von 78 Prozent des Territoriums des historischen Palästinas das Ihre zu einem sogenannten historischen Kompromiss beigetragen haben. Weitere Gebietsteile wollen sie sich nicht mehr abnehmen lassen, heißt eine weitere wichtige Botschaft der neuen Intifada. Ihre Forderung lautet: Beachtung des internationalen Rechts, namentlich der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967, Anerkennung des Rechts auf Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge – die Wiederaufnahme der Verhandlungen auf *neuer* Grundlage. *Marwan Barghuti*, ein Führer der Intifada, hat dazu erläutert, man müsse das amerikanische Monopol auf den Verhandlungsvorsitz beenden und »eine semiinternationale Konferenz« einberufen, natürlich unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und mit Beteiligung auch von Syrien und Libanon, neben den Großmächten sowie von Israel und Palästina.<sup>82</sup>

Die Umfeldbedingungen für die Al-Aksa-Intifada haben sich mit der Machtübernahme durch den Ministerpräsidenten *Ariel Scharon* dramatisch zugespitzt. »Gewandelt hat sich auch die Gewaltbereitschaft Israels«, meint die israelische Anwältin *Felicia Langer* und fährt fort: »Auch damals [während der 1. Intifada – S.L.] wurde Gewalt ausgeübt, es wurden Menschen, auch Kinder getötet, man hat den Menschen die Knochen gebrochen – das war die Maxime von Rabin. Jetzt ist die Gewaltanwendung viel massiver. Mir scheint, die Bereitschaft, die Palästinenser noch mehr zu demütigen und zur Verzweiflung zu treiben, ist heute viel stärker als damals.«<sup>83</sup>

82 Siehe Marwan Barghuti: Interview mit der Tageszeitung »Al-Zaman«. London vom 27. Oktober 2000. Zitiert nach: Summary of World Broadcasts (SWB). BBC. London. 30. Oktober 2000.

83 Felicia Langer: Quo vadis, Israel? Interview mit Felicia Langer. In: Marxistische Blätter (Special). S. 84.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen von Camp David bedurfte es nur noch des provokatorischen Besuches von *Scharon* auf der Esplanade der Al-Aksa-Moschee, um den Funken zu schlagen, der die angestaute Verzweigung, Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit der Palästinenser zur Explosion brachte.

Die palästinensische nationale Bewegung hat im Ministerpräsidenten *Ariel Scharon* seit mehr als einem halben Jahrhundert einen der erklärtesten zionistischen Widersacher der Idee eines selbständigen palästinensischen Staates. Das Schicksal des jahrhundertalten israelisch-palästinensischen Konflikts ist seit der Al-Aksa-Provokation vor allem mit dem heutigen Machthaber in Israel, mit seinem Denken, seinem Tun und seinem politischen Anspruch eng verflochten.

*Scharon* ist kein unbeschriebenes Blatt. »Es war immer schon sein Traum, Ministerpräsident zu werden«, stellt Gisela Dachs in »Die Zeit« fest. »Doch sein Image als Kriegstreiber, der für den Libanonfeldzug und das Massaker von Sabra und Shatila im Jahre 1982 verantwortlich gemacht wurde, versperrte ihm den Weg.«<sup>84</sup>

Zu den politisch-strategischen Vorstellungen des Zionistenführers *Scharon* erfahren wir weiter dort: »Scharon schloss unter allen Umständen eine Rückkehr zu den Grenzen von 1967 aus; auch will er keinesfalls auf den Jordan verzichten, der für ihn eine notwendige Pufferzone zwischen Jordanien und dem künftigen Palästinenser-Staat darstellt. Jerusalem dürfte nicht geteilt werden und müsse für immer unter israelischer Souveränität bleiben.«<sup>85</sup>

»Der meistgehasste Israeli vom Nahen Osten«, heißt es in »Die Welt«, »das war Ariel Scharon schon vor seinem Besuch auf dem jüdischen Tempelberg, wo heute der islamische Felsendom und die Al-Aksa-Moschee stehen. Ein Besuch, wie er kaum charakteristischer sein könnte: provozierend, dickköpfig – aber bis ins Detail geplant, alle Folgen einkalkuliert.«<sup>86</sup>

Es hat keine wichtige Schlacht gegen die arabischen Nachbarstaaten und keinen Akt der Gewalt gegen die Palästinenser gegeben, an denen *Ariel Scharon* in den letzten 50 Jahren nicht beteiligt war. »Statt an die Universität ging *Scharon* 1945 in die Untergrundarmee des gerade um

---

84 Gisela Dachs: Mit Kreide im Rachen. Im Nahen Osten droht die Eskalation. Barak und Arafat werden schwächer. Nur einer wird stärker: Ariel Scharon. In: »Die Zeit«, Nr. 2 Hamburg vom 4. Januar 2001. S. 2.

85 Ebenda.

86 Norbert Jessen: Scharon – gehasst und gefürchtet (Besuch des israelischen Oppositionschefs auf dem Tempelberg gilt als Auslöser der Unruhen). In: »Die Welt«, Hamburg vom 10. Oktober 2000. S. 2.

seine Unabhängigkeit kämpfenden Judenstaates... Er bereitete die Überquerung des Suezkanals vor, der im Jom-Kippur-Krieg 1973 die dritte ägyptische Armee in die entscheidende Zange nahm. Spätestens nach dieser taktischen Meisterleistung war er ›Ariel, König von Israel‹... Später wurde er Verteidigungsminister und führte die israelische Armee 1982 in den Libanon. Tiefpunkt dieser Aktion: Im Zuge der ›Operation Frieden für Galiläa‹ verübten mit Israel verbündete maronitische Christen Massaker an palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern Sabra und Shatila – unter den Augen der israelischen Armee. 900 Menschen starben damals – dafür musste Scharon seinen Hut nehmen. Auch Ministerpräsident Menachem Begin dankte enttäuscht ab«. <sup>87</sup>

Die Brüsseler Staatsanwaltschaft führt Ermittlungen zu einer Menschenrechtsklage gegen den israelischen Ministerpräsidenten *Ariel Scharon* durch. Kläger in diesem Fall sind 23 Libanesen und Palästinenser, die 1982 die Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im Libanon überlebt hatten. Sie werfen dem heutigen israelischen Regierungschef vor, als Verteidigungsminister für das Vorgehen der israelischen Armee während des Massakers verantwortlich gewesen zu sein.

*Efraim Sneh*, stellvertretender Verteidigungsminister und einer der wenigen Minister im Kabinett *Ehud Baraks*, die in *Scharons* Kabinett geblieben sind, meinte Anfang Januar 2001 in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« zur Zukunft mit *Ariel Scharon* als Premierminister: »Düster und voller Gräber. Blicken Sie doch zurück ins Jahr 1982: Wer hat damals den katastrophalen Libanon-Einmarsch initiiert? Scharon«. <sup>88</sup>

Schon vor fast 50 Jahren war *Ariel Scharon* Mitbegründer und Befehlshaber des berühmten Sonderkommandos 101, das bei bewaffneten Aktionen in den benachbarten arabischen Staaten sogenannte Vergeltungsschläge austeilte. Bei einer dieser Operationen im palästinensischen Dorf Kibia wurden am 14. Oktober 1953 mindestens 45 Menschen ermordet und 15 weitere verletzt. Als Generalmajor kommandierte *Ariel Scharon* 1967 eine Panzerdivision. 1969 wurde er Oberkommandierender der Südfront und suchte mit ihm eigenen Zerstörungsmitteln den palästinensischen Widerstand im Gaza-Streifen zu brechen. Als Minister für Landwirtschaft und die Besiedlung der besetz-

---

87 Ebenda.

88 Efraim Sneh im Interview mit Thorsten Schmitz: Nahost-Konflikt: Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister im SZ-Interview. In: »Süddeutsche Zeitung«. München vom 16./17. Januar 2001. S. 6.

ten Gebiete ab 1977 erwarb er sich besondere Verdienste beim Kolonisierungsprojekt dieser Gebiete.

Der israelische Publizist *Amos Wollin*, Kenner der Materie, charakterisiert den israelischen Ministerpräsidenten folgendermaßen: »Was Scharon stets von einigen seiner ähnlich denkenden Kollegen unterschied, war sein grenzenlos brutaler, menschenverachtender und nationalistisch-militärischer Aktivismus. Verschiedentlich wurde er mit einem Bulldozer oder einer Dampfwalze verglichen. ›Stoppen Sie diesen Mann‹, soll USA-Außenminister James Baker 1991 dem damaligen israelischen Premier Yitzhak Shamir geraten haben, als Scharon vor der Madrider Nahost-Friedenskonferenz verstärkten Siedlungsbau und weitere Annexionen gefordert hatte.«<sup>89</sup>

Mit grünem Licht aus Washington für seine harte Linie im israelisch-palästinensischen Konflikt kehrte *Ariel Scharon* von seinem Besuch beim neuen US-Präsidenten *Bush* nach Israel zurück. Mit dieser Rückendeckung aus Washington konnte *Scharon* weiterhin mit freier Hand in den besetzten Gebieten schalten und walten. Ob, wann und wie verhandelt wird, entscheidet zumindest für Israel allein *Scharon*. Als Vorbedingung für Friedensverhandlungen fordert er ein Ende der Gewalt, das heißt kurz und bündig: das Ende des palästinensischen Widerstandes gegen die Besatzung. Dabei stünden die USA »bereit zu assistieren, nicht zu insistieren«. Was für eine Wende in der USA-Politik! Noch vor Monaten weigerten sich US-Präsident *Clinton* und seine Außenministerin *Albright*, sich mit ihm zu treffen.

Seit der Machtübernahme *Scharons* ist der gesamte Nahe Osten in Aufruhr geraten. Bombardiert wird das Hauptquartier des künftigen palästinensischen Staates, ausradiert werden Polizeistationen der Autonomiebehörde im Gaza-Streifen und im Westjordanland durch Raketen von F-16-Kampffjets und Hubschraubern. Kinder werden auf dem Schulweg erschossen, syrische Radarstationen im Libanon zerstört. Leichen israelischer gelynchter Soldaten aus Fenstern geworfen. Die Attaken, die als Vergeltung für sogenannte palästinensische Selbstmordanschläge durchgeführt werden, nehmen immer mehr an Härte und Zerstörungskraft zu.

Die israelische Armee ist seit Ende August 2001 mehrmals mit Panzern in Städte unter palästinensischer Verwaltung eingedrungen und

---

89 Amos Wollin: Freie Bahn für den rechten »Bulldozer« Ariel Scharon. Mit dem Amtsantritt von Israels neuem Premier endet der Osloer Friedensprozess. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 15. Februar 2001. S. 3.

hat erhebliche Verwüstungen verursacht. Besonders betroffen waren die Stadt Dshenin, die Gegend um Betlehem, Hebron und Ramallah im Westjordanland und der gesamte südliche Gaza-Streifen.

Der Norden Ramallahs grenzt an den israelischen Militärstützpunkt Betel. Viele der palästinensischen Bewohner haben wegen der israelischen Einmärsche ihre Häuser verlassen. Straßen in Ramallah wurden durch die Einwohner mit einbetonierten schweren Eisenträgern unzugänglich gemacht. Palästinensische Sicherheitskräfte haben ihre Posten mit Sandsäcken vor kommenden Angriffen verstärkt. Freie Gelände sind mit Schützengräben durchzogen als Verteidigungsmaßnahmen.

Ein harter Schlag war auch die israelische Besetzung des symbolträchtigen palästinensischen Orient-Hauses in Ost-Jerusalem. Das Orient-Haus gehört seit 1992 als (inoffizielle) Repräsentanz der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Ost-Jerusalem. Für viele Palästinenser ist es ein Symbol des Strebens nach einem eigenen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt. Es ist zugleich eine wichtige Stätte palästinensischer Außenpolitik und Sitz der 1979 gegründeten Gesellschaft für Arabische Studien. Deshalb war das Haus der israelischen Regierung stets ein Dorn im Auge. Der Grundlagenvertrag zwischen Israel und der PLO vom September 1993 (Oslo I) legte fest, dass palästinensische Einrichtungen in Ost-Jerusalem bestehen bleiben dürfen. *Scharon* verstieß mit der Besetzung des Hauses gegen den Geist des Vertrages von Oslo, den er längst für tot erklärt hat. Was die 220.000 arabischen Bewohner Ost-Jerusalems betrifft, so ist ihre Enttäuschung groß, denn sie sind dadurch ohne eigene politische und soziale Institution geblieben. Nach dem palästinensischen Politologen *Dr. Mahdi Abd al-Hadi* war das Orient-Haus das erste im arabischen Viertel in Jerusalem, das Israelis empfangen hat, Gemäßigte, Extremistische, Rechte und Linke. Er vertritt die Meinung, »dass die Schließung des Hauses Teil eines Vier-Punkte-Planes von Scharon ist. Erstens die Judaisierung Jerusalems. Zweitens die Erweiterung der Siedlungen und damit der israelischen Kontrolle über die besetzten Gebiete. Drittens die Zerschlagung der Palästinensischen Autonomiebehörde und viertens die Fortführung des Krieges gegen die Palästinenser, um sie zur Flucht zu zwingen... Was er im Moment aufbaut, ist de facto ein Apartheidsystem. Es gibt zwei Gesetze, zwei Gesellschaften.«<sup>90</sup>

---

90 Mahdi Abd al-Hadi: ND-Gespräch mit dem palästinensischen Politologen Dr. Mahdi Abd al-Hadi: Orient-Haus war Vision einer offenen Stadt. In: »Neues Deutschland«. Berlin vom 16. August 2001. S. 2.

Nach jenem Besatzungsakt trachtet Israel danach, die offizielle palästinensische Präsenz im annektierten Ost-Jerusalem noch weiter einzuschränken. Israel hat angekündigt, palästinensische Polizisten in der Stadt verhaften zu lassen. Diese haben bislang inoffiziell, aber von Israel geduldet, in Ost-Jerusalem gearbeitet – im Dienste der Sicherheit Israels. Die Ankündigung kann nur als ein weiterer Schritt zur Vertreibung der Palästinenser aus Ost-Jerusalem gewertet werden, der kommende Anschläge nicht verhindern kann, sondern provoziert. Der Besatzer stößt bei seinen Angriffen auf palästinensische Polizeiposten und andere Einrichtungen der Autonomiebehörde, auf Städte und Häuser, auf den immer mehr wachsenden Widerstand von Polizisten und Guerillas.

Auch *Scharons* Politik der sogenannten präventiven Liquidierungen verkennt die Realität und fordert noch mehr Gegengewalt heraus. Gemeint sind Morde an maßgeblichen Funktionären, potenziellen »Attentätern« und Angriffe auf vermutete »Terrorzentralen«. Diese »chirurgischen Schläge« verletzen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit, schätzt der Leipziger Journalist *Kostas Kipuros* ein: »Wenn das Recht auf Selbstverteidigung dahingehend interpretiert wird, dass Verdächtige bereits vor Tausführung getötet werden, ist dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.«<sup>91</sup> Er gelangt zu dem Schluss: »Wer den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlässt und Willkür zur Basis seiner Handlungen macht, räumt in letzter Konsequenz auch seinem Gegner das gleiche Recht ein. Das Ergebnis wird nicht weniger, sondern mehr Gewalt sein. Selbstverteidigung verkommt so zur moralisch fragwürdigen Gewaltanwendung ... Scharon bekämpft die Folgen, nicht die Ursachen seiner Politik. Stoppt internationaler Druck nicht doch noch den Regierungschef, droht die nächste Gewalttrunde.«<sup>92</sup>

Die von der *Scharon*-Regierung praktizierte Politik der mordenden Liquidationsschläge auf palästinensische Führungskader, die von Exekutionskommandos der israelischen Armee außergerichtlich hingerichtet werden, hat nicht Ruhe und Sicherheit für Israel und sein Volk gebracht, sondern den Frust und den Hass der Palästinenser auf die Besatzungsmacht noch mehr geschürt.

Den gezielten Hinrichtungen von Aktivisten aus der Fatah-Bewegung und den Islamistengruppen Hamas und Dshihad sind bis Mitte September 2001 mehr als 55 Personen zum Opfer gefallen, darunter

---

91 Kostas Kipuros: Spannungen in Nahost. In: »Leipziger Volkszeitung« vom 2. August 2001. S. 1.

92 Ebenda.

auch der Generalsekretär der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) *Mustafa al-Sibri*, bekannt als *Abu Ali Mustafa* in Ramallah.<sup>93</sup>

Die Ermordung politischer Führer hat bislang jedenfalls nicht zur Eindämmung bewaffneter Aktionen gegen Israel beigetragen. Im Gegenteil. Präsident *Arafat* hat es nun noch schwerer, die Eindämmung von Angriffen gegen Israel gegenüber seinen Landsleuten zu rechtfertigen. Die Bombardierungen durch Kampffjets, Hubschrauber und Panzer, der Einmarsch in palästinensisch verwaltete Gebiete, die gezielte Hinrichtung von Aktivisten und die Zerstörung von Häusern und Feldern durch Armee und Siedler machen deutlich, dass die Regierung *Scharons* keine Grenzen mehr kennt.

Diese Politik *Scharons* hat möglichen neuen Friedensgesprächen den Weg versperrt und auch dem sogenannten Mitchell-Plan den Durchbruch versagt. Dieser sah die Einstellung der Kampfhandlungen und ein Einfrieren des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten als erste Maßnahmen einer Friedensregelung vor. Die USA haben bisher der israelischen Regierung einseitig eingeräumt zu beurteilen, wann Waffenstillstand herrscht, dem durch den Mitchell-Plan (auch als Mitchell-Report bekannt) Priorität zuerkannt wird, um Ruhe an den Fronten zu sichern, bevor Friedensgespräche anfangen können. Diese Haltung der USA lässt der militärisch stärkeren Konfliktpartei genügend Spielraum, mit Liquidierungen von verdächtigen Palästinensern und Luftangriffen »zur Sicherheit« Israels neue Widerstandshandlungen zu provozieren und so den durch den Mitchell-Plan angestrebten Waffenstillstand und damit die Konfliktlösung auf unbestimmte Zeit zu verschieben.

Der Zeitplan zur Wiederaufnahme von Friedensgesprächen sieht nach dem Mitchell-Plan zunächst eine siebentägige Ruhepause vor, um die Entschlossenheit der Palästinenser zu prüfen, alle Feindseligkeiten einzustellen. Anschließend solle eine siebenwöchige Abkühlungsperiode beginnen, auf die vertrauensbildende Maßnahmen folgen sollen. Weiter sieht dieser Plan vor, den palästinensischen Verzicht auf Gewalt mit einem israelischen Siedlungsstopp zu koppeln.

---

93 Abu Ali Mustafa ist der ranghöchste von Israel ermordete palästinensische Führer seit 13 Jahren. 1988 hatte ein Kommando unter dem späteren Ministerpräsidenten Ehud Barak den zweiten Mann in der PLO, Abu Dshihad, in Tunis liquidiert. Mustafa, der vor etwa zwei Jahren George Habash an der Spitze der PFLP abgelöst hatte, war durch seine Volksnähe bekannt geworden. 1999 hatte er von Israel die Erlaubnis zur Rückkehr aus dem Exil erhalten, um an der historischen Generalversammlung der PLO teilnehmen zu können, die Israel-feindliche Passagen aus der PLO-Charta streichen sollte. Mustafa stimmte damals allerdings gegen die Annullierung dieser Klauseln.

Die palästinensische Führung fordert seit Monaten die Entsendung internationaler Beobachter in die besetzten Gebiete, um die Waffenruhe feststellen zu lassen. Israel lehnt dies ab und probt stattdessen den militärischen Einmarsch in palästinensische Städte und errichtet statt des Stopps des Siedlungsbaus immer neue Siedlungen. Und die Gewalt eskaliert immer weiter!

### **III. Die brennendsten Probleme des israelisch-palästinensischen Konflikts und Lösungsansätze**

Die Spirale der Gewalteskalation, die nach dem Ende des Osloer Friedensprozesses das Verhältnis zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde belastete, wird einer neuen Runde von Friedensgesprächen zwischen den Konfliktgegnern Platz machen müssen. Nur nach der Rückkehr vom Prinzip »Gewalt gegen Sicherheit« zum bewährten Prinzip »Land gegen Frieden« scheint eine gerechte Lösung des Jahrhundertkonflikts zwischen Israelis und Palästinensern möglich.

Neue Gespräche würden dann Sinn haben, wenn man endlich das im Osloer Friedensprozess für später ausgeklammerte Bündel der heikelsten Konfliktprobleme unter Gleichen aufschneiden und diese einer umfassenden friedlichen Lösung unter Mitwirkung der internationalen Gemeinschaft unter UNO-Aufsicht zuführen würde. Zu diesem Bündel gehören bekanntlich die Probleme des palästinensischen Staates und seiner Grenzen, Jerusalems, der jüdischen Siedlungen, der Flüchtlinge und der Wasserressourcen.

Wir wollen im Folgenden das Bündel dieser bislang tabuisierten Probleme auseinandernehmen und den bereits vorhandenen Ansätzen zu ihrer möglichen Lösung nachgehen.

#### *1. Das Recht auf einen palästinensischen Staat*

Seit über 50 Jahren hegen die Palästinenser in der ganzen Welt die Hoffnung, ihre nationale Identität und ihren unabhängigen Staat auf palästinensischem Boden zu verwirklichen. Mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung standen, haben sie versucht, diese ihre Hoffnung zu erfüllen.

Die Idee des Palästinenser-Staates entwickelte sich während des Befreiungskampfes, der die Palästinenser immer mehr mit den sie umgebenden materiellen Realitäten konfrontierte. Drei Etappen sind für diese Entwicklung<sup>94</sup> charakteristisch. Eine erste Etappe, die vom

---

<sup>94</sup> Siehe Georges Bourdeau: L'Etat. Paris 1970. S. 14.

Teilungsplan der Vereinten Nationen bis zum Sechs-Tage-Krieg 1967 reichte, war gekennzeichnet durch das Fehlen einer expliziten Forderung nach einem eigenen palästinensischen Staat in einer arabischen Welt, die unter der Obhut der Arabischen Liga stand.

Eine zweite Etappe begann mit dem Bewußtwerden einer eigenen palästinensischen Identität, gefördert durch die Konsolidierung einer unabhängigen, politisch-militärischen Kraft, der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), deren erklärtes Ziel die Befreiung Palästinas und die Errichtung des palästinensischen Staates war. Zu diesem Staat gab es verschiedene konzeptionelle Vorstellungen über staatliche Entwicklungsphasen: Beginnen sollte man mit einem einheitlichen Staat, offen für Juden und Palästinenser, die zusammen eine homogenisierte zivile Gesellschaft bilden sollten. Danach sollte ein Staat entstehen, in dem nur die Palästinenser die zivile und politische Gesellschaft bilden sollten, nachdem die Israelis aus dem Palästinenser-Staat vertrieben worden wären.

Die dritte Etappe in der Entwicklung der Idee eines palästinensischen Staates ist die der ersten Intifada-Logik, die die Existenz des Staates Israel akzeptierte und die Palästinenser in letzter Konsequenz zum Osloer Friedensprozess führte, der innerhalb der palästinensischen Befreiungsbewegung sowohl seine Anhänger als auch seine Gegner hat. Die einen gehen vom ungleichen Kräfteverhältnis und vom Misserfolg des Osloer Friedensprozesses aus und fordern dessen Beendigung sowie die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes bis zur Gründung eines palästinensischen Staates – islamisch für manche Gruppierungen, weltlich für andere – auf dem ganzen Territorium Palästinas. Die anderen sehen sich bestätigt vom bisherigen Friedensprozess und von der Logik der friedlichen Koexistenz mit Israel, erwägen alle Eventualitäten – z.B. eines binationalen Staates oder von zwei nicht getrennten Staaten – die den Israelis und den Palästinensern ermöglichen würden, in Frieden und Sicherheit auf einer und derselben Erde zu leben.

Der palästinensische Staat, bereits fünfmal angekündigt, ist immer noch nicht errichtet worden.

Die *erste* Ankündigung kam unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg. Das Mandatsregime im Nahen Osten, das durch den Völkerbund Großbritannien anvertraut wurde, betraf Territorien, die nach Beendigung des Mandats unabhängige Staaten werden sollten. Seit dem Lausanner Abkommen 1923 existiert der palästinensische Staat rechtens. De facto aber nicht!

Die *zweite* Ankündigung eines palästinensischen Staates geschah in der Resolution 181 der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom

29. November 1947 mit dem berüchtigten Teilungsplan. Diese Resolution beschränkte zwar die Fläche des arabischen Staates von Palästina auf 45 Prozent seines historischen Territoriums, indem sie die Gründung zweier Staaten, eines jüdischen und eines arabischen, an der Stelle des britischen Mandats empfahl, aber sie war nicht in der Lage, die Gründung des palästinensischen Staates de facto zu veranlassen. Der erste arabisch-israelische Krieg begann mit den bekannten Folgen.

Die *dritte* Ankündigung eines palästinensischen Staates folgte unmittelbar der zweiten im Oktober 1948. Unter dem Eindruck der Niederlage wuchs in der nationalen Bewegung die Forderung nach einem »Staat von Gesamtpalästina«. Dadurch entstand jedoch kein Staat! Es wurde damit allerdings der nationale Widerstand gegen das Verschwinden der Idee eines Staates artikuliert sowie die Ablehnung eines Verzichts auf einen eigenen Staat deutlich gemacht.

Die *vierte* Ankündigung ist die Unabhängigkeitserklärung des palästinensischen Staates, die vom Palästinensischen Nationalrat in Algier am 15. November 1988 einstimmig angenommen wurde. Mehr als 100 Regierungen haben seitdem den im Exil ausgerufenen Staat anerkannt. Aber weder Europa, das sich für das Prinzip des Staates ausspricht, noch die USA wollen von diesem palästinensischen Staat etwas wissen.

Die *fünfte* Ankündigung sollte am 4. Mai 1999 erfolgen, als die sogenannte Interimsperiode, die mit dem Abkommen von Kairo – auch »Gaza-Jericho-Abkommen« genannt – zu Ende ging. Daraus wurde aber nichts. Lediglich die Zahl der Länder, die mit der PLO diplomatische Beziehungen unterhalten, erhöhte sich auf 130.

Die Befreiungsorganisation Palästinas – PLO – hat präzise Vorstellungen zu den Grenzen eines Palästinenser-Staates: Die internationalen Grenzen zwischen dem palästinensischen Staat und Israel werden die des Waffenstillstandes vom 4. Juni 1967. Die beiden Staaten werden in Frieden und Sicherheit innerhalb dieser anerkannten Grenzen leben. Grundlage dafür ist für die Palästinenser die Resolution 242 des Sicherheitsrates der UNO, die sich auf die Unannehmbarkeit jeglichen Erwerbs von Territorium durch Gewalt beruft, den Rückzug der israelischen Armee aus den während des Krieges von 1967 eroberten Territorien verlangt und das international anerkannte palästinensische Recht auf Selbstbestimmung anmahnt.

Das Westjordanland und der Gaza-Streifen machen zusammen nur 22 Prozent des historischen Palästinas aus. Die Anerkennung der Grenzen vom 4. Juni 1967 durch die PLO stellt also einen außergewöhnlichen Kompromiss dar. Jeder weitere Übergreif seitens Israels auf palästinensisches Territorium wird allerdings strikt abgelehnt.

Die PLO hat ihre Position zu einem palästinensischen Staat in einem Positionspapier zu den verschiedenen Facetten der Verhandlungen in Camp David vom 11.–25. Juli 2000 dokumentiert, die wir im Folgenden wiedergeben:<sup>95</sup>

### »S T A A T

*Kraft seines Rechts auf Selbstbestimmung hat das palästinensische Volk die Souveränität über das Westjordanland inne, darunter Ost-Jerusalem, sowie über den Gaza-Streifen und folglich das Recht, auf diesem Territorium einen unabhängigen Staat zu errichten.*

*Die Wahl des Zeitpunktes für die Ausrufung dieses Staates und die Bestimmung der Art seiner Institutionen unterliegen der souveränen Entscheidung des palästinensischen Volkes. Die PLO, der legitime und einzige Repräsentant des palästinensischen Volkes, ist das Instrument, wodurch das palästinensische Volk seine politischen Entscheidungen trifft. Israel übt seit dem Krieg 1967 seine Kontrolle über das Westjordanland und den Gaza-Streifen aus. Es ist durch die internationale Gemeinschaft als Besatzer mittels des Krieges zu betrachten und hat folglich kein Recht auf diese Territorien.«*

## 2. Das Jerusalem-Problem

Jerusalem<sup>96</sup> hat sich als eines der entscheidenden Probleme bei den gescheiterten Verhandlungen über den endgültigen Status der 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebiete erwiesen. Es geht um Ost-Jerusalem, d.h. den Tempelberg mit der Al-Aksa-Moschee und dem Felsendom, sowie die Wohnviertel der Altstadt. Israel weigert sich hartnäckig, Ost-Jerusalem aufzugeben. Für Israel gilt die israelische Souveränität über den Tempelberg nach wie vor als unabdingbare Voraussetzung für einen Friedensvertrag mit den Palästinensern.

---

95 Document. La Position des Palestiniens sur les divers volets de la négociation. Camp David 11-25 Juillet 2000. In: Revue d'études Palestiniennes. (7) 25 nouvelle série. Beyrouth automne 2000. S. 26. (Übersetzung aus dem Französischen vom Autor)

96 Siehe Karte Nr. 6: Jerusalem - Ost- und West-Jerusalem und Nr. 7: Das Westjordanland. Aus: »Le Monde diplomatique, die tageszeitung/WoZ«. Berlin vom Dezember 2000. S. 15.





Im Sechs-Tage-Krieg 1967 hatte Israel ganz Jerusalem eingenommen, auch das Plateau, auf dem die Al-Aksa-Moschee und der Felsen-dom stehen – der Tempelberg der Juden. Damals hatte Verteidigungsminister *Moshe Dayan* erklärt: »Heute morgen hat der Zahal [israelische Armee – S.L.] Jerusalem, die geteilte Hauptstadt Israels, befreit. Wir sind an unsere heiligste Stätte zurückgekehrt, und wir werden diesen Ort nie mehr aufgeben.«<sup>97</sup>

Der Tempel, der wie die Bibel berichtet, von König *Salomo* auf dem Berg Moria errichtet wurde, ist für die gläubigen Juden der heiligste Ort auf Erden: der Ort, wo Abraham anstelle seines Sohnes Jakob einen Hammel opferte. In diesem Tempel befand sich das »Allerheiligste«, das allein der Hohe Priester betreten durfte. Im weltlichen Sinne wurde jedoch bis zum 7. Juni 1967 die Frage der jüdischen Souveränität über den Tempelberg noch niemals gestellt, weder von der israelischen Staatsführung noch von den bis dahin maßgeblichen zionistischen Führern. Der Waqf, die Verwaltung der heiligen Stätten und Besitztümer des Islam, tolerierte die Gebete der Juden an der Klagemauer. Aber zum Haram asch-Scharif, dem heiligen Bezirk des Islam auf dem einstigen Tempelberg, wollte man den jüdischen Gläubigen keinen Zugang gewähren. Diese Anlage mit ihren beiden Moscheen, die 600 Jahre nach der Zerstörung des Tempels errichtet wurde, ist nach Mekka und Medina der drittwichtigste heilige Ort des Islam. Die Forderung wurde von den frommen Juden auch überhaupt nicht erhoben, für sie wäre es doch ein Sakrileg gewesen, den heiligen Boden des Tempels zu betreten, ohne die rituellen Reinigungsgebote erfüllen zu können.

Am 10. Juni 1967 rückten israelische Planiermaschinen an, um das arabische Mugrabi-Viertel dem Erdboden gleichzumachen und einen riesigen Platz vor der Klagemauer freizuräumen. Am 27. Juni verabschiedete die Knesset ein Gesetz, das den Ostteil der Stadt unter israelische Verwaltung stellte. De facto war damit die Annexion von Ost-Jerusalem vollzogen. Im Jahre 1980 hat das israelische Parlament das »vereinte Jerusalem« zur ewigen Hauptstadt Israels erklärt.

Bereits in seinem Werk »Der Judenstaat« (1896) sicherte der Begründer des Zionismus, *Theodor Herzl*, den Christen zu, dass für deren heilige Stätten »eine Art von Exterritorialität« vorgesehen sei. Bei seiner Zusammenkunft mit dem Apostolischen Nuntius in Wien, am 18. Mai 1896, stellt *Herzl* sogar Exterritorialität für ganz Jerusalem in

---

97 Siehe Israel Foreign Relations, selected document, Ministry of Foreign Affairs. Jerusalem 1976. S. 243.

Aussicht. Die Hauptstadt des künftigen jüdischen Staates solle nördlich der Heiligen Stadt errichtet werden.<sup>98</sup>

Zum ersten Mal wurde bei den Verhandlungen zu Camp David II<sup>99</sup> das Problem Jerusalems ohne die bekannten Klischees von ewiger Hauptstadt diskutiert. Diese Bereitschaft *Baraks* wurde nach dem Scheitern der Gespräche als wichtige Konzession an *Arafat* dargestellt, die seitens *Arafats* unbeantwortet geblieben sei. Präsident *Clinton* hat sogar den Misserfolg des Gipfels von Camp David II *Arafat* in die Schuhe geschoben, der nicht den Mut gehabt haben soll, den letzten Schritt zu vollziehen, während er in diesem Zusammenhang *Baraks* Wendigkeit hervorhob.

Die Realität war jedoch eine andere. *Arafat* hatte akzeptiert, auf die palästinensische Souveränität über einige Stätten Ost-Jerusalems zu verzichten, nämlich auf die Klagemauer und auf das jüdische Viertel der Altstadt. Die Autorität *Arafats* war aber begrenzt und konnte nicht auf Stätten ausgedehnt werden, die eine geistliche Bedeutung für die gesamte islamische Welt haben, nämlich den Haram al-Scharif (den die Israelis Tempelberg nennen). *Arafat* konnte nichts anderes tun, als die Vorschläge Präsident *Clintons* abzulehnen, die vorsahen, die Souveränität über diese Stätte vertikal zu teilen. Im Ergebnis dessen hätten die Palästinenser Souveränität »über« der Erde von Haram al-Scharif ausüben dürfen und die Israelis »unter« der Erde von Haram. Der nachdrückliche Wille Israels nach der Kontrolle über die Zone, die sich unter der Al-Aksa-Moschee befindet, wird damit begründet, dass sich die Ruinen des zweiten, einst von König *Salomo* errichteten Tempels ebenda befänden. Eine Behauptung, die keine Ausgrabung bislang hat bestätigen können.

Die Teilungsresolution der Vollversammlung der UNO vom 29. November 1947 hatte für Jerusalem und seine Umgebung den Status eines »Corpus separatum« unter Vormundschaft der Vereinten Nationen vorgesehen. Der corpus separatum dürfte weder dem islamischen noch dem palästinensischen Staat angehören. Dieser corpus separatum, der sich über die Grenzen des unter Mandat befindlichen Jerusalem aus-

---

98 Siehe Marius Schattner: Israel und Palästina: Jerusalem, Al-Quds, Mythos und Wirklichkeit der Heiligen Stadt. In: »Le Monde diplomatique« (deutsche Ausgabe). Berlin November 2000. S. 10.

99 Die Verhandlungen in Camp David vom 11.–25. Juli 2000 zwischen der palästinensischen Delegation unter Arafat und der israelischen Delegation unter Barak in Anwesenheit des US-Präsidenten Clinton sind als Camp David II bezeichnet worden in Anlehnung an das Camp David-Abkommen (auch Camp David I genannt) zwischen Ägypten und Israel vom 17. September 1978.

dehnte, umfasste eine Bevölkerung von 100.000 Juden und 105.000 Palästinensern, während nur 6,6 Prozent seiner Fläche jüdisches Eigentum war. Die jüdischen Besitztümer im *corpus separatum* hatten eine Fläche von 12.500.000 m<sup>2</sup> (1250 Hektar) von insgesamt 187.000.000 m<sup>2</sup> (18.700 Hektar).<sup>100</sup>

Innerhalb der Mandatsgemeinde von Jerusalem selbst erreichten die jüdischen Besitztümer nicht mehr als 24 Prozent. Die jüdischen Streitkräfte hatten jedoch während der Kämpfe in den letzten Monaten des Mandats 84,13 Prozent der Mandatsgemeinde von Jerusalem erobert, die zu West-Jerusalem wurde, innerhalb dessen die jüdischen Besitztümer annähernd 30 Prozent ausmachten.<sup>101</sup>

Das, was in den Händen der Palästinenser blieb und Ost-Jerusalem wurde, entsprach nur 11,8 Prozent dessen, was die Jerusalem-Gemeinde unter dem Mandat darstellte. Der Rest, das sind 4,39 Prozent der Gesamtfläche, wurde als angebliches Niemandsland zwischen den beiden Sektoren errichtet von 1949 bis 1967, d.h. zwischen dem jordanisch-israelischen Waffenstillstand und der Besetzung Ost-Jerusalems während des Krieges 1967.<sup>102</sup>

Die USA haben von 1949 bis 1967 ihre Politik gegenüber der Jerusalem-Frage grundlegend geändert. Nach ursprünglicher Unterstützung der Vormundschaft der Vereinten Nationen über den *corpus separatum* haben sie de facto die Teilung Jerusalems in einen West-Sektor, durch Israel besetzt, und einen Ost-Sektor, durch Jordanien besetzt, anerkannt. Dennoch hat es keine offizielle Anerkennung der Souveränität des einen oder des anderen dieser beiden Staaten über die Sektoren gegeben, die unter ihrer Okkupation standen.

Kurz nach dem Krieg 1967 hat Israel die Jerusalem-Gemeinde von 6 auf 73 km<sup>2</sup> in die Tiefe des Territoriums des Westjordanlandes ausgedehnt. Seitdem hat sich die jüdische Besiedlung von Ost-Jerusalem und seiner Umgebung innerhalb dieser konzentrischen Ringe vollzogen: ein innerer Ring, bestehend aus den 73 km<sup>2</sup> diesseits der erweiterten Jerusalemer Gemeindegrenzen sowie zwei weitere Ringe, ein Zwischenring und ein Außenring, mit einer Fläche von 330 bzw. 665 km<sup>2</sup> im Westjordanland, bekannt unter den Namen Großraum Jerusalem respektive Hauptstadt Jerusalem.<sup>103</sup>

100 Siehe Jewish Settlement in Palestine, Jewish National Fond. Jerusalem. März 1948. S. 11.

101 Siehe Sami Hadawi: Map of Jerusalem. New York, Palestine Arab Refugee Office.

102 Siehe Jewish Settlement in Palestine ..., S. 11 f.

103 Siehe Walid Khalidi: L'affaire de l'ambassade américaine à Jerusalem. In: Revue d'études Palestiniennes (77)25 nouvelle série. Beyrouth, automne 2000. S. 34f.

Seit 1967 hat Israel unermüdlich seine Entschlossenheit kund getan, West- und Ost-Jerusalem vereint als ewige Hauptstadt zu behalten. Dieses Ziel wurde bestätigt durch die Resolutionen aller Zionistischen Weltkongresse, die seit 1967 in Jerusalem stattfanden, d.h. vom 28. im Jahre 1968 bis zum 34. im Jahre 1998. Die Delegierten des Zionistischen Weltkongresses sind zu 38 Prozent Israelis, zu 29 Prozent amerikanische Juden, die anderen kommen aus der ganzen Welt.<sup>104</sup>

Die internationale Gemeinschaft hat mit mehr als hundert Resolutionen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates – desgleichen die Europäische Union und auch der Vatikan – die einseitigen israelischen Maßnahmen in Ost-Jerusalem verurteilt und wiederholt bestätigt, dass die 4. Konvention von Genf und die Kriegsgesetze auch für Ost-Jerusalem anwendbar sind. Alle aufeinanderfolgenden USA-Administrationen bis hin zur *Clinton-Administration* haben es abgelehnt, eine israelische Souveränität über Ost-Jerusalem anzuerkennen.

Nur drei Länder, Costa-Rica, Salvador und Honduras, haben ihre Botschaften nach Jerusalem überführt. Sie sind auch die einzigen, die die Souveränität Israels über West-Jerusalem anerkannt haben. Der Druck Israels auf die USA wird immer größer, damit sie ihre Botschaft aus Tel-Aviv nach Jerusalem überführen.

Die PLO hat ihre Position zum Jerusalem-Problem innerhalb des bereits erwähnten Positionspapiers zu den Verhandlungen von Camp David II bestimmt, die wir im Folgenden wiedergeben:

#### »J E R U S A L E M

*Wie in der Prinzipienklärung über die Interimsregelungen der Selbstverwaltung vom 13. September 1993 festgelegt, wird Jerusalem – und nicht nur Ost-Jerusalem – Gegenstand der Verhandlungen über den endgültigen Status.*

*Als integraler Bestandteil der 1967 besetzten Gebiete gehört Ost-Jerusalem zur Zuständigkeit der Verfügungen der Resolution 242 des Sicherheitsrates. Ost-Jerusalem ist integraler Bestandteil des Territoriums, über das der Palästinensische Staat, unmittelbar nach seiner Bildung, seine Souveränität ausüben wird. Der Palästinensische Staat wird Ost-Jerusalem zu seiner Hauptstadt erklären.*

*Jerusalem muss eine offene Stadt werden. Innerhalb Jerusalems und unabhängig von der Lösung des Souveränitätsproblems, wird*

---

104 Ebenda.

*keine physische Teilung stattfinden, die den freien Verkehr von Personen in der Stadt verhindern würde. Was die religiösen Stätten anbelangt, die sich in der Mehrheit übrigens in der Altstadt befinden, wird der Palästinensische Staat die Freiheit der Kultausübung und des Zugangs garantieren.*

*Der Palästinensische Staat wird alle entsprechenden Maßnahmen treffen für den Schutz dieser Stätten und die Unantastbarkeit ihrer Würde.«<sup>105</sup>*

### 3. *Abbau der israelischen Siedlungen*

Nach mehr als dreißig Jahren der ununterbrochenen Siedlungspolitik Israels scheint die Welt sich nicht nur an das Unrecht gewöhnt zu haben, das die Siedlungen innerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete darstellen, sondern auch an die katastrophale Belastung, die diese für den Frieden und die Sicherheit im Nahen Osten darstellen.

Seit den Osloer Friedensverhandlungen sind mehr Siedlungen in den besetzten Gebieten gebaut worden als in den 26 Jahren zuvor. »Man vergegenwärtige sich nur einmal«, schreibt *Felicia Langer*, »dass es 1991 noch 9200 Siedler gab, heute sind es etwa 200.000 Siedler, und zwar ohne Ostjerusalem, wo auch noch einmal ca. 180.000 Siedler sind.«<sup>106</sup>

Indem Israel den Siedlern die gleichen Rechte gewährt wie seinen Bürgern, hat es ein System der Diskriminierung und Absonderung in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffen, indem zwei Bevölkerungen, die in ein und derselben Region leben, durch zwei unterschiedliche Gesetzssysteme verwaltet werden. Die Palästinenser sind dem Militärgesetz unterstellt und werden sehr oft für zivile Delikte durch Militärgerichte abgeurteilt. Für ähnlich geartete Delikte werden die jüdischen Siedler durch israelische Zivilinstanzen beurteilt. Die jüdischen Siedler genießen die gleichen Rechte wie die Juden im israelischen Kernland: volle Bewegungs-, Meinungs- und Organisationsfreiheit, Teilnahme an kommunalen und israelischen nationalen Wahlen, soziale Sicherung, Gesundheitsfürsorge usw. Das dichte Netz von Straßen und Autobahnen, die im Westjordanland in und um die Siedlung

---

105 Document. La Position des Palestiniens sur les divers volets de la négociation. Camp David. S. 27.

106 Felicia Langer: Quo Vadis, Israel. Interview mit Felicia Langer. In: Marxistische Blätter (Special). S. 84.

gen gebaut worden sind, ermöglicht es den Siedlern, sich ohne Schwierigkeiten jederzeit nach Israel zu begeben. Für die Palästinenser, die einige hundert Meter entfernt von den Siedlungen leben, ist die Bewegungsfreiheit ernsthaft beschränkt. Sie können nicht wählen und auch nicht am israelischen Versicherungs- und Gesundheitssystem teilhaben. In Südafrika nannte man ein ähnliches System Apartheid.

Diese Siedlungen sind bereits integraler Bestandteil Israels. Der *de facto*-Anschluss der Siedlungen, der die Siedler durch eine Vielzahl von Rechts- und Verwaltungsmitteln mit den in Israel Lebenden gleichsetzt, hat es ermöglicht, einen *de jure*-Anschluss der Siedlungen an Israel zu vermeiden, der vielleicht einen Widerstand der internationalen Gemeinschaft hervorgerufen hätte.

Am 14. September 1999, einen Tag nach dem Beginn von Gesprächen zwischen Palästinensern und Israelis über den endgültigen Status der besetzten Gebiete, Jerusalems und der Siedlungen, hat Ministerpräsident *Ehud Barak* die in den Vororten von Jerusalem im Westjordanland gelegene größte jüdische Siedlung Maale Adumim besucht. Er versprach in einer provokanten Botschaft, dass Maale Adumim für immer ein Teil des Staates Israel bleiben wird. »Jedes Haus, das Sie hier gebaut haben«, sagte er, »ist ein Teil des Staates Israel. Für immer. Die neue Regierung wird die Stärkung des Staates Israel und den Erwerb der israelischen Erde fortsetzen sowie die Entwicklung und die Stärkung Maale Adumims fortführen«. <sup>107</sup>

Diese Siedlung entstand 1975 unter Ministerpräsident *Itzhak Rabin*; 1992 wurde Maale Adumim durch großzügige Förderung zur ersten Siedlung Israels, die den Status einer Stadt erhielt. 1999 zählte sie 25.000 Einwohner. Sie wurde errichtet auf den einst Palästinensern gehörenden und von Israel konfiszierten Grundstücken der Dörfer Abu Dis, El Izriyeh, El Issawiyeh, El Tur und Anata. Die Siedlung dehnt sich heute über 53 Quadratkilometer aus. Sie hat damit eine größere Fläche als Tel-Aviv und wird in Jerusalem integriert. Maale Adumim ist nur 7 Kilometer östlich von Jerusalem gelegen, auf dem Wege, der Jerusalem mit Jericho verbindet. Das Entwicklungsschema dieser Siedlung zeugt davon, dass eine der wichtigsten Zielsetzungen der Siedlungspolitik seit ihren Anfängen die territoriale Ausdehnung des Staates Israel war – ohne den *de jure*-Anschluss der durch die Siedlungen besetzten Zonen. »Die Grenzen sind dort, wo es Juden gibt: nicht dort,

---

107 Ehud Barak. In: »International Herald Tribune«. Tel-Aviv vom 15. September 1999. S. 13.

wo es eine Linie auf einer Karte gibt«, erklärte vor 25 Jahren die israelische Ministerpräsidentin *Golda Meir*.<sup>108</sup>

Jerusalem befindet sich im Mittelpunkt des palästinensisch-israelischen Konflikts und die weiteren Ausdehnungspläne von Maale Adumim liegen im Zentrum des israelischen Strebens nach Konsolidierung des illegalen Anschlusses Ost-Jerusalems. Dieser Plan sieht vor, die großen Siedlungen von Jerusalem miteinander zu verbinden, die Einverleibung größerer Zonen des Westjordanlandes durch Israel zu fördern, die Palästinenser Ost-Jerusalems von denen des Westjordanlandes noch mehr zu isolieren und zur Flucht anzuregen.

*Ehud Baraks* Ausführungen in Maale Adumim zeugen davon, dass für ihn der Anschluss schon eine vollendete Tatsache ist. Was heißt sonst: »Ich sage, daß Sie ein Teil von Jerusalem sind«!<sup>109</sup>

Dieser Anschluss und die Politik der schleichenden Expansion stellt sich zum Ziel, eine Verbindung zwischen dem Norden und dem Süden des Westjordanlandes zu verhindern, insbesondere zwischen Ramallah und Betlehem. Dadurch würden die Palästinenser gezwungen sein, sich von einer palästinensischen Stadt in die andere palästinensische Stadt nur durch Überquerung von Territorien unter israelischer Kontrolle begeben zu können. Jeder territorialen Kontinuität der palästinensischen Autonomiegebiete zuvorkommend, bezweckt dieser Expansionsplan der Siedlung Maale Adumim, die Lebensfähigkeit des palästinensischen Staates zu blockieren. Dem Beispiel Maale Adumims werden sicher noch andere Siedlungen folgen.

Ein wesentlicher Aspekt dieses de facto-Anschlusses der Siedlungen an Israel ist die allmähliche Anwendung des gesamten israelischen Rechtssystems auf die Siedlungen. Tausende von Gesetzen, Regelungen und Anordnungen ziviler und militärischer israelischer Behörden sichern inzwischen den Siedlern, dass das Leben in den Siedlungen dem der Israelis innerhalb der Grenzen Israels vom 4. Juni 1967 gleichkommt.

In einem Dokument des Stadtrats von Maale Adumim heißt es: »Unsere Stadt ist dem israelischen Gesetz untergeordnet in Erfüllung der Anordnungen (militärischen) und die Armee ist in der Region der Souverän. Im täglichen Leben wird diese Präsenz nicht wahrgenommen

---

108 Golda Meir: Erklärung vom 27. September 1972. Zitiert von Geoffrey Aronson: *Palestinians and the Intifada. Creating Facts on the West Bank*. London, New York 1990. S. 14.

109 Ehud Barak. In: »International Herald Tribune«. Ebenda.

und die Bewohner sind israelische Bürger. Mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die anderen.«<sup>110</sup>

Falls die internationale Gemeinschaft keine Maßnahmen ergreift, um dieser Politik des fortgesetzten Anschlusses palästinensischen Territoriums durch Israels Siedlungspolitik ein Ende zu setzen, könnten die vom Architekten der israelischen Politik in den besetzten Gebieten, *Moshe Dayan*, vor mehr als zwanzig Jahren ausgesprochenen Worte zur Realität werden: »Politisch ist Palästina am Ende.«<sup>111</sup>

Die PLO hat ihre Position zum Siedlungsproblem innerhalb des bereits erwähnten Positionspapiers zu den Verhandlungen von Camp David II bestimmt, die wir im Folgenden wiedergeben:

### »DIE SIEDLUNGEN

*Die Siedlungen sind illegal und müssen abgebaut werden.*

*Die 4. Genfer Konvention widersetzt sich konsequent der Einverleibung fremder Territorien durch Gewalt und legt vertraglich fest, dass die Besatzungsmacht ihre eigenen Bürger nicht in einem besetzten Land unterbringen kann. Israel hat versucht, seine Beschlagnahme von besetztem Land zu sichern, indem es einen großen Teil seiner Bürger im Westjordanland unterbrachte – darunter in Ost-Jerusalem – und im Gaza-Streifen.*

*Die Resolution 465 (1980) des Sicherheitsrates hat Israel aufgefordert, »die existierenden Siedlungen abzubauen, und besonders dringend aufzuhören, Siedlungen zu errichten, zu gründen oder zu planen in den seit 1967 besetzten arabischen Territorien, einschließlich Jerusalem«.*

*Die israelischen Siedlungen zerstückeln die Territorien des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens und unterminieren dementsprechend die Lebensfähigkeit des Palästinensischen Staates. Des weiteren belasten diese Siedlungen unerträglich den freien Verkehr und die Entwicklung des palästinensischen Volkes, dem dadurch wichtige Wasser- und Bodenressourcen entzogen werden. Israel hat zwei unterschiedliche Gesetzgebungen in den besetzten*

---

110 Stadtrat von Maale Adumim. Maale Adumim, Profil einer Stadt (in hebräischer Sprache). Maale Adumim 1998. S. 12.

111 Siehe Michael Curtis u.a. (unter der Leitung von ihm): *The Palestinians*. New Brunswick 1975. S. 185.

*Gebieten eingerichtet, die eine für die Siedler, die andere für die Palästinenser und damit die Diskriminierung legalisiert.*<sup>112</sup>

#### 4. Das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr

Den Massakern am palästinensischen Volk und der durch sie erzeugten Panik vor und nach der Ausrufung des Staates Israel ist eine bis heute unbekannte Zahl von Zivilisten zum Opfer gefallen, derer jedes Jahr am 15. Mai im Rahmen der an Nakba (deutsch: Katastrophe) des Jahres 1948 gedacht wird. Diese Katastrophe hatte auch einen Flüchtlingsstrom von mindestens 850.000 Palästinensern zur Folge. Mit ihren Nachfahren zählen die damals Geflohenen heute etwa 3,5 Millionen Menschen, von denen etwa ein Drittel in Lagern im Libanon oder Syrien, in Jordanien oder im Westjordanland, in Ost-Jerusalem oder in Gaza lebt.

Am 30. Juni 2000 waren die über 3,5 Millionen palästinensischen Flüchtlinge in den benachbarten arabischen Staaten und in den Autonomiegebieten folgendermaßen verteilt:<sup>113</sup>

Land	Zahl der Flüchtlingslager	Gesamtzahl der Flüchtlinge	davon in den Flüchtlingslagern lebend
Jordanien	10	1.570.192	280.191
Libanon	12	376.472	210.715
Syrien	10	383.199	111.712
Westjordanland	19	583.009	157.676
Gaza-Streifen	8	824.622	451.186
Gesamt	59	3.737.494	1.211.480

Manche sind in Ägypten ansässig geworden oder im Irak, am Golf sowie in den USA und Europa. Manche von ihnen haben mit der Armut zu kämpfen, aber andere sind Ärzte, Ingenieure, glänzende Intellektuelle oder reiche Geschäftsleute geworden. Oft im Exil geboren, geben sie

112 Document. La Position des Palestiniens sur les divers volets de la négociation. Camp David. S. 27.

113 Siehe Le Monde diplomatique. Manière de voir. Paris. Novembre-Décembre 2000. S. 84.

ihre Geburtsstätte mit Haifa, Ramallah, Jaffa oder Dörfern an, die vor und nach 1948 zerstört wurden und von denen sie Erinnerungen in Bildern, Eigentumsdokumenten oder anderen Andenken bewahren. Sie kennen alle auswendig die Resolution 194 der Hauptversammlung der Vereinten Nationen vom 11. Dezember 1948: »Es muß den Flüchtlingen, die es wünschen, erlaubt sein, schnellstmöglich in ihre Heimstätte zurückzukehren und mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben«. Um so heftiger weisen sie die andere Bestimmung derselben Resolution zurück: »Entschädigungen müssen bezahlt werden als Kompensation für die Güter derjenigen, die entscheiden, nicht zurückzukehren«.

Israel weigert sich bislang hartnäckig, *seinen* Teil der Verantwortung für das Flüchtlingsproblem anzuerkennen und das Rückkehrrecht der Flüchtlinge zu respektieren. Israel, seine Streitkräfte und die zionistischen Terrorgruppen, die im britischen Mandatsgebiet Palästina wirkten und die Hauptverantwortung dafür tragen; gemeinsam mit der konservativ-reaktionären Führung des von der britischen Mandatsverwaltung in Palästina eingesetzten sogenannten Arabisch-Palästinensischen Hochkomitees unter dem damaligen Großmufti von Jerusalem, dem Hitler-Verehrer Hadsh el Amir el-Husseini, und vielen Führern benachbarter arabischer Staaten und der Mandatsmacht Großbritannien selbst.

Zu jener Zeit der Vertreibung aus der Heimat war die nationale Identität der Palästinenser – damals in der Mehrheit Bauern – mit dem Boden verbunden. Der Verlust des eigenen Bodens, des eigenen Hauses war gleichbedeutend mit dem Verlust der Ehre, mit dem Verlust der eigenen Identität.

Der israelische Publizist *Avnery* bestätigt dies mit folgenden Worten: »Das Recht auf Rückkehr drückt gerade den Kern des palästinensischen nationalen Ethos aus. Es ist verankert in den Erinnerungen der Nakba, der palästinensischen Katastrophe von 1948 und in dem Bewusstsein, dass gegen das palästinensische Volk ein historisches Unrecht begangen wurde. Ignoriert man dieses Gefühl für das erlittene Unrecht, so ist es unmöglich, den Kampf der Palästinenser in Vergangenheit und Gegenwart zu verstehen«. <sup>114</sup>

Keine dauerhafte Lösung für die ganze Nahost-Region ist vorstellbar mit der weiteren Aufrechterhaltung und bewussten Duldung des Geschwürs der Destabilisierung, das die Flüchtlingslager und die 3,5 Millionen Flüchtlinge darstellen.

---

114 Uri Avnery: Das Recht auf Rückkehr. In: Marxistische Blätter (Special). S. 79.

»Wir, Israel, haben sie [die Flüchtlingsfrage – S.L.] verursacht«, stellt die israelische Publizistin *Felica Langer* fest, »entweder durch Vertreibung oder durch Flucht, und danach haben wir noch die Dörfer zerstört, um die Rückkehr unmöglich zu machen. Das Recht der Flüchtlinge auf Rückkehr ist ein absolutes Recht, ist Menschen- und Völkerrecht... In Israel wird das Rückkehrrecht der Araber immer mit der Vernichtung des Staates Israel gleichgesetzt. Damit wird bewusst auf die Vernichtung der Juden durch die Nazis angespielt. Als eine Überlebende des Holocaust kann ich dazu nur sagen, dass der Holocaust hier politisch in einer Weise missbraucht wird, dass es einer Beleidigung der Opfer gleichkommt«. <sup>115</sup>

Nach offizieller israelischer Denkart wird die Resolution 194 der Vereinten Nationen, die das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Wiederkehr in ihre Heimat fordert, tatsächlich so interpretiert, als ob damit beabsichtigt sei, den Staat Israel zerstören zu wollen.

Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister *Efraim Sneh* gab in einem Interview Anfang 2001 offen zu verstehen: »Wir können diesem Recht nicht zustimmen, weil dies das Ende des jüdischen Staates bedeuten würde. Arafat weiß das, und fordert es trotzdem«. <sup>116</sup>

Während der Verhandlungen in Camp David im Juli 2000, wo zum ersten Mal das Flüchtlingsproblem substanziell zwischen offiziellen palästinensischen und israelischen Delegationen unter der Schirmherrschaft der USA zur Diskussion stand, hat Israel seinen neuen Standpunkt zu diesem Problem kundgetan und seine Bereitschaft angekündigt, in einem Zeitraum von 10 Jahren, jährlich 5 bis 10 Tausend Flüchtlinge aufzunehmen oder mehrere Tausend mit einem Mal. Das Problem einer Entschädigung wurde völlig ausgeklammert. Das Mitglied der palästinensischen Delegation *Yasser Abed Rabbo* meinte dazu: »Wir erwarten die Entschädigung für die von den Flüchtlingen verlassenen Güter, die durch einen israelischen Administrator verwaltet wurden«. Er erinnerte daran, dass eine dreiseitige – englisch-französisch-türkische – Kommission im Jahre 1949 den Wert dieser Güter auf 1.124.000.000 Pfund Sterling geschätzt hatte (heute sind das mehrere Hunderte von Milliarden Dollar). *Rabbo* forderte, dass man beginnen müsse, die Flüchtlinge aus diesem Fonds zu entschädigen. *Elyakim Rubinstein*, Rechtsberater der israelischen Regierung, äußerte dazu:

---

115 Felicia Langer: Quo vadis, Israel? S. 86-87.

116 Efraim Sneh: Nahost-Konflikt: Der stellvertretende israelische Verteidigungsminister im SZ-Interview. In: »Süddeutsche Zeitung«. München vom 5./6./7. Januar 2001. S. 6.

»Diese Mittel existieren nicht mehr. Wir haben sie verbraucht. Es ist an der internationalen Gemeinschaft, die Fonds für diese Aufgabe bereitzustellen.«<sup>117</sup>

Abgelehnt wird durch Israel ebenfalls kategorisch die Rückgabe der konfiszierten Güter der Flüchtlinge. Mehr noch: Israel besteht darauf, dass nur ein Teil der zum Zwecke der Entschädigung der palästinensischen Flüchtlinge zu schaffenden internationalen Fonds zur Verfügung stehen solle und der andere Teil die jüdischen Flüchtlinge entschädigen müsse, die aus den arabischen Staaten nach Israel geflüchtet seien. *Yasser Abed Rabbo* dazu: »Es genügt nicht, dass diese neuen Einwanderer in den Häusern Zuflucht gefunden haben, deren Inhaber vertrieben wurden oder vor Pogromen flohen, vielmehr versucht man, diese noch auf unsere Kosten zu entschädigen.«<sup>118</sup>

Die PLO hat ihre Position zum Flüchtlingsproblem innerhalb des bereits erwähnten Positionspapiers zu den Verhandlungen von Camp David II bestimmt, die wir im Folgenden wiedergeben:

### »DIE FLÜCHTLINGE

*Jeder palästinensische Flüchtling hat das Recht auf Rückkehr in seine Heimat. Jeder Palästinenser hat ebenfalls das Recht auf Entschädigung für die Verluste, die durch seine Enteignung und seine Vertreibung entstanden sind.*

*Die palästinensische Position zum Flüchtlingsproblem beruht auf der Resolution 194 (1948), die die Rückkehr und die Entschädigung der Flüchtlinge fordert. Seit ihrer Annahme wurde die Resolution 194 praktisch jedes Jahr wieder bestätigt durch die Gesamtheit der Weltgemeinschaft mit anhaltender Ausnahme Israels.*

*Die palästinensische Seite schlägt vor, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Parteien einen detaillierten Plan der Heimkehr zu entwickeln, der die Modalitäten, die Staffelung und die Zahlen für eine Rückkehr der Flüchtlinge in Phasen regelt. Dieser Plan muß gemäß den universellen Prinzipien der Menschenrechte die Sicherheit und die Würde der Rückkehrer garantieren.«<sup>119</sup>*

---

117 Siehe Ammon Kapeliouk: *Le piège du sommet de Camp David*. In: *Le Monde diplomatique*. Manière de voir. Paris Novembre-Décembre. S. 27.

118 Ebenda. S. 27f.

119 Document. *La Position des Palestiniens sur les divers volets de la négociation*. Camp David. S. 27.

### 5. Gerechte Verteilung der Wasserressourcen notwendig

Seit der Eroberung des Westjordanlandes im Sechs-Tage-Krieg 1967 kontrolliert Israel alle Grundwasserspeicher westlich des Jordans und weitgehend auch das Jordanbecken. Es zieht daraus fast 90 Prozent des Wassers für seine eigene Versorgung ab und kontrolliert seither 40 Prozent der Quellen seines gesamten benötigten Wasserbedarfs.

Bis zur israelischen Besetzung des Westjordanlandes entnahmen die Palästinenser ihr Wasser aus ca. 750 Brunnen. Heute sind es kaum noch die Hälfte. Tiefergehende Bohrungen der Israelis ließen die weniger tiefgehenden Bohrungen der Palästinenser austrocknen. Darüber hinaus sichert die Besetzung des syrischen Golan Israel die Kontrolle über den Jordan und über 50 Prozent des Wassers, mit dem es seit 1967 die Wüste bewässert. Auch aus dieser Sicht macht es sich Israel schwer mit der Rückgabe des Golan an Syrien.

Tatsächlich speist Israel seine Wasserversorgung hauptsächlich aus Quellen außerhalb seines Staatsgebietes: durch Vorkommen aus dem syrischen Golan, im Südlibanon, im Westjordanland und dem Gaza-Streifen. Mehr noch: im Gegensatz zu den Forderungen der UNO-Resolution 242, sich aus den 1967 besetzten Gebieten zurückzuziehen, wird »diese rechtswidrige Wasserversorgung von Israel als »Sicherheitsargument« mißbraucht, um staatsfremdes Territorium weiterhin besetzt zu halten.«<sup>120</sup>

Die Genfer Konventionen und die Haager Landkriegsordnung verbieten einer Besatzungsmacht zwar, in Besitzverhältnisse und Infrastruktur des besetzten Landes einzugreifen: und dazu zählen die Wasserressourcen. Israel übertrug trotzdem die alleinige Verfügungsgewalt in Wasserangelegenheiten seiner Armee. Seitdem ist die Grundwassernutzung vom israelischen Militär abhängig. Das Wasser wird höchst ungleich verteilt. Jüdische Siedler können gegenüber ihren palästinensischen Nachbarn durchaus das 50-fache an Wasser verbrauchen.<sup>121</sup> Die Palästinenser des Westjordanlandes dürfen nur 20 Prozent der Vorräte aus ihrem Gebiet nutzen. Das Wasser wird immer knapper. Die Brunnen führen so wenig Wasser, dass die größeren Städte des Westjordanlandes nur einen Tag pro Woche versorgt werden können.<sup>122</sup>

---

120 Siehe A. v. Edig: Kriegsgrund Wasser. Verteilungskonflikte im Nahen Osten: In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Bonn 8(1998). S. 997.

121 Siehe Wasserkonflikt in Palästina. In: Archipel. Nr. 53. Basel. September 1998. S. 6.

122 Siehe: »Neue Zürcher Zeitung« vom 18. August 1999, S. 23.

Den größten Durst hat die israelische Landwirtschaft. Wasserintensive Baumwoll- und Melonenfelder, die für den Export produzieren, verschwenden die Wasserressourcen. Die Landwirtschaft allein verbraucht 53 Prozent von Israels Trinkwasser. Trotzdem steht Israels Haushalten viermal so viel Wasser zur Verfügung wie palästinensischen. Was die palästinensische Landwirtschaft betrifft, so kann sie sich niemals mit dem ihr zugeteilten Wasser entwickeln. Von einem Gesamtumfang von jährlich disponiblen 700 Millionen Kubikmetern Wasser im Westjordanland und 60 Millionen Kubikmetern im Gaza-Streifen werden 515 Millionen Kubikmeter, das sind mehr als 2/3, in Israel und in den israelischen Siedlungen im Westjordanland und im Gaza-Streifen verbraucht.

Voller Stolz erklärte nach dem Abschluss des Osloer Vertrages der damalige Außenminister Israels *Shimon Peres*, aus dem Vertragstext »ergibt sich, dass Israel weiterhin über 73 Prozent des Bodens in den besetzten Gebieten, über 80 Prozent der Wasservorkommen und 97 Prozent der Sicherheitskräfte verfügen wird«. <sup>123</sup>

Wie treffend ist angesichts dieser Missstände die Warnung des Londoner Nachrichtenmagazins *Middle East*: »Im Palästina-Konflikt könnte am Ende das Wasser alle anderen Streitpunkte übertreffen«. <sup>124</sup>

Die PLO hat ihre Position zum Wasserproblem innerhalb des bereits erwähnten Positionspapiers zu den Verhandlungen von Camp David II bestimmt, die wir im Folgenden wiedergeben:

### »D A S W A S S E R

*Die palästinensische Souveränität über das Westjordanland und den Gaza-Streifen geht einher mit der Souveränität über die natürlichen Ressourcen dieser Territorien. In Bezug auf das Wasser hat der palästinensische Staat das Recht auf die alleinige Kontrolle der Wasserressourcen, die sich innerhalb der palästinensischen Grenzen befinden sowie über einen gerechten und vernünftigen Teil der internationalen Wasserressourcen des Westjordanlands und des Jordanflusses.*

*Während seiner Besetzung hat Israel sehr restriktiv den palästinensischen Zugang zu den Wasserressourcen kontrolliert, während*

---

123 Siehe S. F. Nasser: *Nahost, Prüfstein Wasser*. In: *Neue Wege*. Zürich 89(1995).10. S. 294.

124 Siehe *The Middle East*. Nr. 311. London. April 2001. S. 23.

*der Löwenanteil des Qualitätswassers den israelischen Bürgern und namentlich den Siedlern zugestanden wurde. Gegenwärtig besitzen die Israelis drei bis vier Mal mehr Wasser pro Einwohner als die Palästinenser. Palästina braucht einen gerechten Teil am Wasser, um den Bedarf an Trink- und Haushaltswasser für eine ständig wachsende Bevölkerung sowie für die volle Leistung seines Agrarsektors zu gewährleisten».<sup>125</sup>*

---

125 Document. La Position des Palestiniens sur les divers volets de la négociation. Camp David. S. 27-28.

## **Schlussbemerkung**

Die tragischen Ereignisse des 11. September 2001 haben der Menschheit die unumgängliche Aufgabe gestellt, bestehende Konflikte von weltweiter Dimension mit erhöhter Dringlichkeit einer Lösung zuzuführen, um dem internationalen Terrorismus damit den Nährboden zu entziehen.

Ein gerechter Frieden im Nahen Osten, der das Recht des arabischen Volkes von Palästina auf einen unabhängigen Staat verwirklicht und das Klima des Misstrauens grundlegend verändert, mit dem der Jahrhundertkonflikt den Nahen Osten überzogen und dem Gedeihen von Gewalt und Terror Vorschub geleistet hat, würde den beiden Gesellschaften, der palästinensischen sowie der israelischen, den Weg zu mehr Sicherheit, Gerechtigkeit und Demokratie ebnen. Damit könnte ein maßgeblicher Beitrag zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus geleistet werden.

Für einen stabilen Frieden im Nahen Osten ist es notwendig, die fortdauernde Vorenthaltung bereits zugestander Menschenrechte für die Palästinenser zu beenden. Dies setzt voraus, die Besetzung von Palästina aufzugeben und der Hoffnung von Millionen palästinensischer Flüchtlinge zu entsprechen, ihnen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen. Denn ihr Leidensweg schürt seit mehr als fünfzig Jahren in erheblichem Maße den Jahrhundertkonflikt.

Wie man auch immer zu Israel und zu den Palästinensern stehen mag, es ist an Israel, den Palästinensern erobertes Land zurückzugeben, um den Frieden zu erlangen. Es ist an Israel, die mit den Palästinensern geschlossenen Verträge und die Resolutionen der Vereinten Nationen zu respektieren und die Illusion aufzugeben, mit militärischer und sonstiger Stärke die Bedingungen eines dauerhaften Friedens diktieren zu können.

In diesen Dezembertagen 2001, in denen das Gespenst des Terrorismus die Welt verunsichert, ergeht an die Palästinenser und Israelis der gleiche Appell: Gebt dem Frieden eine Chance!

## Zum Autor

*Sarkis Latchinian*, Prof. Dr. sc., geboren 1930 in Beirut (Libanon), stammt aus einer armenischen Familie, studierte Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Hochschule für Ökonomie in Sofia. 1962 promovierte er an der Karl-Marx-Universität Leipzig mit einer Dissertationsschrift zum arabischen Erdöl. Seine Habilitation zum amerikanischen Kapital in Westeuropa erfolgte 1971, ebenfalls in Leipzig. 1962 zum Oberassistenten für Politische Ökonomie des Kapitalismus ernannt, 1972 zum Hochschuldozenten und 1975 zum ordentlichen Professor für Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Karl-Marx-Universität berufen, leitete er von 1978 bis zu seiner Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Alma mater lipsiensis.

Zu seinem Forschungs- und Lehrgebiet gehörten neben der Politischen Ökonomie des Kapitalismus Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Westeuropas, der USA und Japans; die Ost-West- sowie Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen; die Prozesse der ökonomischen Integration und der Internationalisierung; die Entwicklungsländer sowie wirtschaftliche Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.

Als Gastprofessor wirkte er an den Universitäten Leningrad, Kiew, Jerewan, Warschau, Sofia, Addis-Abeba, Paris, Lyon, Brügge, Leuven la Neuve und Konstanz. Er nahm teil an den Weltkongressen der Politologen in Paris (1985) und Washington (1988). Er ist seit 1982 Mitglied des Research Committee for European Unification (London). Sarkis Latchinian ist Mitautor und -herausgeber zahlreicher Monographien: Karl Marx' »Das Kapital«. Erbe und Verpflichtung (Karl-Marx-Universität Leipzig 1967); Kapitalistische Ausbeutung heute (Verlag Die Wirtschaft Berlin 1977); Lehrbuch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (Dietz Verlag Berlin 1974); Mehrwert heute (Verlag Die Wirtschaft Berlin 1981); 70 Jahre Lenins Werk »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« (Karl-Marx-Universität Leipzig 1987); Nouvelles technologies et enjeux sociaux (Presses universitaires de Lyon 1986).

Zu Problemen der Europäischen Union publizierte er: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? (Leipzig 1994) sowie »Maastricht« – eine Fehlkonstruktion für Europa (Leipzig 1996).

Arbeiten zu Neuentwicklungen in der Weltwirtschaft, zur Karabach-Problematik (Leipzig 1996), zur NATO-Osterweiterung (Leipzig 1999), zum »Dritten Weg« (Berlin 2000) und zum »Kaspischen Raum« (Leipzig 2000) stellte er auch auf Foren zur Diskussion.

